

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Nicole Maisch, Rainer Steenblock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/9387 –**

Internationales Jahr für sanitäre Grundversorgung 2008 der Vereinten Nationen – Chancen und Potentiale der Sanitärversorgung

Vorbemerkung der Fragesteller

Wasser- und Sanitärversorgung sind ein Schlüssel zur nachhaltigen ökonomischen und sozialen Entwicklung. Mangelnde Fortschritte bei Wasser- und Sanitärversorgung werden Fortschritte bei der Armutsbekämpfung und der ökonomischen Entwicklung stark behindern. Aufgrund der natürlichen Wasserkreisläufe und des regional unterschiedlichen Wasserdargebots sind Wasser- und Sanitärversorgung vielerorts untrennbar miteinander verbunden. Ohne ein substantiell verstärktes Engagement, bei dem zugleich die Wasser- und Sanitärversorgung gleichberechtigte Bestandteile sind, sind nachhaltige Verbesserungen unmöglich, wie etwa in Zusammenhang mit der Gesundheit, der Geschlechtergleichstellung und der Bildung.

Die sanitäre Grundversorgung ist in der internationalen Entwicklungspolitik in ihrer Bedeutung deutlich unterschätzt und steht noch immer stark im Schatten der Wasserversorgung. Daher haben die Vereinten Nationen die Jahre 2005 bis 2015 als Wasserdekade ausgerufen und das Jahr 2008 auf Initiative des Beraterkreises für Wasser und sanitäre Grundversorgung des UN-Generalsekretärs (UNSGAB) zum „Internationalen Jahr der sanitären Grundversorgung“ ausgerufen. Der Deutsche Bundestag (Bundestagsdrucksache 16/2758) und die Bundesregierung haben diese Initiative von Anfang an unterstützt. Zudem setzt sich die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrem aktuellen Antrag zur Modernisierung der Wasserwirtschaft dafür ein, dass Deutschland sowohl national als auch international zur Umsetzung einer nachhaltigen Wasserwirtschaft beiträgt.

1,1 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, während mehr als doppelt so viele, nämlich 2,6 Milliarden Menschen oder ca. 40 Prozent der Weltbevölkerung, keinen Zugang zu sanitärer Grundversorgung wie etwa Toiletten und Abwassersystemen besitzen. Mit den Millenniums-entwicklungszielen (MDGs) hat sich die internationale Gemeinschaft dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2015 den Anteil der Menschen ohne Zugang zu Wasser-

und Sanitärversorgung zu halbieren. Während WHO-Angaben vom Jahr 2008 zufolge das Wasserziel auf gutem Wege ist, ist das Sanitärversorgungsziel weit davon entfernt, diese Zielmarke zu erreichen. Werden die nationalen und internationalen Anstrengungen nicht substantiell erhöht, ist beispielsweise abzusehen, dass das Sanitärversorgungsziel in Afrika erst 2076 realisiert werden kann, wie der Human Development Report von 2006 unterstreicht. Im Mai dieses Jahres zieht die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung Bilanz bisheriger Beschlüsse und deren Umsetzung im Bereich Wasser und Sanitärversorgung.

Die Auswirkungen verschmutzten Wassers als Entwicklungshindernis sind immens. Rund 80 Prozent aller Krankheiten in Entwicklungsländern sind durch verschmutztes Wasser verursacht. Die Hälfte aller Krankenhausbetten ist mit Patienten belegt, die an wasserbedingten Krankheiten leiden. Rund 5 000 Kinder unter fünf Jahren sterben täglich an den Folgen schmutzigen Wassers – ein Vielfaches der Kinder, die an AIDS sterben. Allein die Sanitärversorgung kann die Kindersterblichkeit mehr als halbieren. Wasser- und Sanitärversorgung sind daher die beste Präventivmedizin. Die Arbeitsausfälle und Gesundheitsausgaben, die südlich der Sahara wegen unhygienischer Wohn- und Lebensbedingungen infolge unzureichender Wasser- und Sanitärversorgung auftreten, kosten Afrika laut UNDP jährlich fünf Prozent der Wirtschaftskraft und damit mehr Geld als der Kontinent im Jahr 2003 an Entwicklungshilfe und Schuldenerlassen erhielt. Investitionen in die Sanitärversorgung sind überaus lohnend: Jeder in den Sektor investierte Euro erbringt laut Human Development Report 2006 einen durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Gewinn von 9 Euro. Die aufgrund steigenden Verbrauchs und des Klimawandels schrumpfenden Süßwasservorkommen werden durch die defizitäre Abwasserentsorgung nach Angaben von UN Water erheblich belastet: 70 Prozent der Industrieabwässer in Entwicklungsländern werden ungeklärt in die Umwelt geleitet. Bei den kommunalen Abwässern sind es sogar 90 Prozent. Mehr als 200 Millionen Tonnen menschlicher Ausscheidungen gehen jährlich unbehandelt in die Umwelt und verschmutzen die Wasserressourcen und die Wohnumgebung der Menschen.

Deutschland fällt im Kreis der entwicklungspolitischen Partner eine besondere Verantwortung für die Verbesserung der Sanitärversorgung zu: Die damalige rot-grüne Bundesregierung war als Gastgeber und Initiator der Internationalen Süßwasserkonferenz in Bonn 2001 eine treibende Kraft dafür, dass das Sanitär-Millenniumsziel auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 nachträglich in den Katalog der Millenniumsziele aufgenommen wurde.

Um dem Sanitär-Millenniumsziel nachhaltig näher zu kommen, gilt es, dem Thema auf der innenpolitischen Agenda der betroffenen Länder, aber auch auf der internationalen politischen Tagesordnung eine höhere Priorität einzuräumen, die Kapazitätsentwicklung voranzutreiben, das Marketing von Sanitärversorgung auszubauen, adäquate Finanzmittel zu generieren und das Monitoring zu stärken. Besonderes Augenmerk verdient das Potential wiederverwertungsorientierter Ansätze der Sanitärversorgung, die durch Wassereinsparung und Umwandlung von Fäkalien zu Biogas oder Dünger wichtige und kostengünstige Beiträge leisten können, um Ressourcen zu schützen, die Anpassung an den Klimawandel und die landwirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Zudem können auch internationale Regelwerke an der Schnittstelle zwischen Umwelt- und Entwicklungspolitik sowie eine verbesserte Koordination verschiedener Akteure einen Beitrag dazu leisten, die Sanitärversorgung politisch zu stärken und ihre Implementierung zu verbessern.

Vorbemerkung der Bundesregierung

In ihrer Antwort legt die Bundesregierung dar, dass Zugang zu einer nachhaltigen Trinkwasser- und Sanitärversorgung ein entscheidender Faktor zur Armutsbekämpfung ist und maßgeblich zur Umsetzung der im September 2000 in New York von Staats- und Regierungschefs aus 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedeten Millenniumserklärung beitragen kann. Diese ist Grundlage für die von den Vereinten Nationen vorgelegten

Millenniumsentwicklungsziele (millennium development goals – MDGs). Darin hat sich die Weltgemeinschaft das Ziel gesetzt, bis 2015 die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu verbesserter Sanitärversorgung und Trinkwasser haben, zu halbieren.

Weltweit leben laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) 2,5 Milliarden Menschen ohne Zugang zu sanitärer Basisversorgung. Besonders gravierend ist die Lage in Subsahara-Afrika und in Südasien. Zentrale Punkte, die Fortschritten im Bereich sanitärer Grundversorgung entgegenstehen, sind u.a. mangelnder politischer Wille, Tabuisierung des Themas, Kapazitätsmangel und unzureichende finanzielle Mittel. Nach Schätzung der WHO sind Mängel bei Wasserversorgung, Abwassermanagement und Hygiene in Entwicklungsländern für 5,5 Prozent der Todesfälle und 7,7 Prozent der Erkrankungen verantwortlich.

Daher ist die Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung ein wichtiges Ziel der Bundesregierung und ein Schwerpunkt ihrer internationalen Zusammenarbeit. Die Bundesregierung orientiert sich dabei an den Millenniumsentwicklungszielen und den Prinzipien des Integrierten Wasserressourcenmanagements. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit durchschnittlich 350 Mio. Euro pro Jahr einer der drei größten bilateralen Geber im Wassersektor weltweit und der größte bilaterale Geber in Afrika. Circa 40 Prozent dieses Betrags werden für Maßnahmen im Bereich Sanitärversorgung und Abwassermanagement eingesetzt. Im Regelfall enthalten Trinkwasserprojekte immer auch eine Abwasserkomponente. Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit erreicht mit den derzeit laufenden Projekten in den Bereichen Sanitärversorgung und Abwassermanagement ca. 35 Millionen Menschen.

Entwicklungspolitik muss Hilfe zur Selbsthilfe leisten, wenn Verbesserungen wie der Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung dauerhaft und für alle Menschen sichergestellt werden soll. Aus Sicht der Bundesregierung ist daher die Stärkung der nationalen Handlungskapazitäten durch Strukturreformen mittel- und langfristig der einzige Weg, diese Ziele nachhaltig zu erreichen. Daher setzt die Bundesregierung auf ein Gesamtkonzept, das Kapazitätsentwicklung, Sektorreformen, Verbesserung der politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie Investitionen beinhaltet. Hinzu kommt der wissenschaftliche Austausch zwischen deutschen Universitäten und Forschungsinstituten mit Partnern weltweit sowie die Förderung von Fortbildungen und Studiengängen im Wassersektor, die einen wichtigen Beitrag zur Kapazitätsentwicklung leisten.

Die Bundesregierung setzt sich auch in internationalen Verhandlungen, Organisationen und Initiativen für das Thema nachhaltige Sanitärversorgung ein, beispielsweise während der 16. Sitzung der Kommission für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen in New York, während des Gipfeltreffens der acht großen Industriestaaten (G8) in Japan im August dieses Jahres und im Rahmen eines von der Bundesrepublik Deutschland mitorganisierten Side Event zum Thema „Water and Sanitation“ am Rande des VN High Level Event zu den Millenniumsentwicklungszielen im September 2008. Auch im Rahmen der Wasserinitiative der Europäischen Union sowie im Dialog mit internationalen Partnern wie dem Afrikanischen Rat der Wasserminister (AMCOW) tritt die Bundesregierung aktiv für das Thema ein, in dem sie auf die Bedeutung von Sanitärversorgung für Gesundheit der Menschen, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung insgesamt hinweist.

Die Bundesregierung unterstützt die im Jahr 2008 neu gegründete German Water Partnership und fördert damit ein stärkeres internationales Engagement der deutschen Wasserwirtschaft und der deutschen Wasserforschung, auch und nicht zuletzt im Abwasser- und Sanitärbereich.

Als Beitrag zum Internationalen Jahr der Sanitärversorgung hat die Bundesregierung die Gründung des Netzwerkes „Sustainable Sanitation Alliance“ (SuSanA), in dem mehr als 100 internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und Firmen vertreten sind, unterstützt. Das Netzwerk setzt sich weltweit für das Thema nachhaltige Sanitärversorgung ein.

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung des ehemaligen UN-Generalsekretärs, Kofi Annan, dass Wasser- und Sanitäre Grundversorgung der Schlüssel zur Armutsbekämpfung sind und welche Konsequenzen schließt sie daraus für ihre internationale Kooperation?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, dass Wasser- und Sanitärversorgung ein Schlüssel zur Armutsbekämpfung sind und maßgeblich zum Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) insgesamt beitragen können. Daher gehört der Wasser- und Sanitärsektor seit vielen Jahren zu den wichtigsten Bereichen der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Mit einer durchschnittlichen bilateralen Fördersumme von 350 Mio. Euro pro Jahr ist die Bundesrepublik Deutschland seit vielen Jahren einer der drei größten bilateralen Geber im Wassersektor. Auch in der umweltpolitischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit nimmt der Wassersektor eine Schlüsselstellung ein.

2. Welche Bilanz zieht die Bundesregierung über ihre seit 2005 getroffenen abwasserpolitischen Maßnahmen und Entscheidungen zur Umsetzung der Kapitel 18 und 21 der Agenda 21 (UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro, 1992) sowie der Folgebeschlüsse des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg 2002, sowohl für die internationale Ebene als auch im Inland?

Internationale Ebene

Das im Jahr 2006 veröffentlichte neue Sektorkonzept „Wasser“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bezieht sich auf den gesamten Wassersektor sowie angrenzende Bereiche und ist explizit am Geiste des Kapitels 18 „Schutz der Süßwasserqualität und der Süßwasservorkommen: Anwendung integrierter Ansätze zur Erschließung, Bewirtschaftung und Nutzung der Wasserressourcen“ der Agenda 21 ausgerichtet.

Das Sektorkonzept orientiert sich am international anerkannten Leitbild des Integrierten Wasserressourcenmanagements (IWRM). Es macht klare Vorgaben, wie das integrierte Wasserressourcenmanagement in den Vorhaben der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit umgesetzt werden soll. Ein wichtiger Pfeiler ist dabei auch das grenzüberschreitende Wassermanagement, das die Bundesregierung im Rahmen zahlreicher Vorhaben, insbesondere in Subsahara-Afrika, fördert.

Kapitel 21 der Agenda 21 handelt von der umweltgerechten Behandlung fester Abfälle und Abwasserfragen mit den vier Schwerpunkten Abfallvermeidung, Wiederverwendung, umweltgerechte Entsorgung und erweiterte Flächendeckung der Dienstleistungen. Die Bundesregierung unterstützt über ihre Vorhaben der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit die Vermeidung von Abwasser („Verursacherprinzip“), die Energiegewinnung (Biogas aus der Schlammfäulung) und die Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser und von Klärschlamm in der Landwirtschaft. In allen Vorhaben wird auf die umweltgerechte Behandlung und Entsorgung von Klär- und Fäkalschlamm geachtet. Die Bundesregierung hat bereits im Jahr 2001 zu diesem Thema auch das Sektorvorhaben der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) „Ökonomisch und ökologisch nachhaltige Sanitärsysteme – ecosan“ eingerichtet.

Nationale Ebene

Mit der 7. Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) wurde die europäische Wasserrahmenrichtlinie bundesrechtlich umgesetzt und die abwasserrechtlichen Festlegungen des Wasserhaushaltsgesetzes ergänzt. Für die Abwasserbeseitigung sind vor allem die Kommunalabwasserrichtlinie und die Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung von besonderer Bedeutung. Die Bundesregierung arbeitet mit zahlreichen Aktivitäten an einer Neukonzeption der Abwasserverordnung. Diese Neukonzeption, als Folge der nationalen Umsetzung der beiden Richtlinien, dient der Fortschreibung des im Wasserhaushaltsgesetz, Bundes-Immissionsschutzgesetz und Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz vereinheitlichten Standes der Technik unter Berücksichtigung nationaler und internationaler Informationen.

Der integrierte, medienübergreifende Ansatz zur Bestimmung des Standes der Technik wird in konkrete Anforderungen an das Einleiten von Abwasser gefasst. Die Orientierung an den Kriterien laut Anhang 2 zu § 7a Abs. 5 WHG führt zu einer vorsorgenden, nachhaltigen Wasserwirtschaft, wobei vor allem die Vermeidung von Verlagerungseffekten in andere Umweltmedien, Emissions- und Verbrauchsminderungen, die Steigerung der Energieeffizienz und die Ressourcenschonung eine stärkere Berücksichtigung finden. Bund und Länder haben einen Leitfaden zur branchenspezifischen Überprüfung und Anpassung des Standes der Technik unter Berücksichtigung des integrierten, medienübergreifenden Ansatzes des § 7a WHG erarbeitet. Danach findet die im Kapitel 21 der Agenda 21 genannte Zielhierarchie auch beim Vorgehen zur Ermittlung des Standes der Technik grundsätzlich Anwendung. In erster Linie gilt es, Schadstoffe zu vermeiden (Vermeidung), sie in zweiter Linie stofflich oder energetisch zu verwerten (Verwertung) und sie nur dann einzuleiten oder in die Umwelt abzugeben (Beseitigung), wenn dies die umweltverträglichere Lösung darstellt.

Im Einklang mit dem integrierten, medienübergreifenden Ansatz steht u. a. auch das von der Bundesregierung 2005 in Kraft gesetzte Deponierungsverbot für organische Abfälle, welches durch die Technische Anleitung Siedlungsabfall (Verwaltungsvorschrift, 1993) und durch die Abfallablagerungsverordnung (2001) beschlossen wurde. Diese Maßnahme trug zur Entwicklung neuer Wege bei der Klärschlammbehandlung und -entsorgung bei. Im Jahr 2006 wurden in der Bundesrepublik Deutschland keine organischen Abfälle mehr auf Deponien abgelagert. Von der Bundesregierung wird zurzeit die Entwicklung von Verfahren unterstützt, die zu einer Minimierung der Klärschlammmenge und des organischen Trockensubstanzanteils, zu einer Erhöhung der Biogasproduktion und zur Minimierung des Energieeinsatzes führen und die eine umfassende Rückgewinnung und Wiederverwertung von Wertstoffen einschließlich Wasser ermöglichen und sicherstellen. Dies ist ein wichtiger Schritt, um negative Auswirkungen aus dem Abwasser-/Klärschlammfad (Verlagerung von Schwermetallen, organischen Spurenstoffen, Mikroschadstoffen und der Keimbelastung) auf andere Umweltbereiche zu minimieren bzw. zu unterbinden.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördern seit 2004 im Rahmen einer gemeinsamen Förderinitiative „Kreislaufwirtschaft für Pflanzennährstoffe – insbesondere Phosphor“ den Einsatz neuer großtechnischer Verfahren zum Recycling von Phosphor aus kommunalen Klärschlämmen, kommunalem Abwasser, Überschuss-Gülle, Tiermehl und anderen phosphorhaltigen organischen Materialien. Die Förderinitiative leistet einen Beitrag zur Verwirklichung des Rahmenprogramms „Forschung für die Nachhaltigkeit“ und zielt darauf ab, einen Impuls für innovative Verfahren zur Herstellung von Düngemitteln, Düngemittelkomponenten oder Einsatzstoffen für die Düngemittelproduktion unter Verwendung dieser Recyclingprodukte auszulösen. Die gewonnenen Materialien müssen zumindest den gesetzlichen Anforderungen,

z. B. den Anforderungen der Düngemittelverordnung, entsprechen. In Ergänzung zu den Forschungs- und Entwicklungsvorhaben können mit Unterstützung des BMU Investitionsvorhaben zur großtechnischen Demonstration der Praxistauglichkeit bereits entwickelter Verfahren gefördert werden.

3. Wie schätzt die Bundesregierung die Wahrscheinlichkeit ein, dass das Millenniums-Entwicklungsziel (Millennium Development Goal – MDG) im Bereich der sanitären Grundversorgung zu erreichen und welche wesentlichen Engpässe stehen Fortschritten entgegen?

Aller Voraussicht nach werden v. a. Länder Subsahara-Afrikas und Südasiens das Ziel, bis 2015 den Anteil der Menschen ohne Zugang zu angemessener Sanitärversorgung zu halbieren, nur bei grundlegenden Änderungen in der politischen Schwerpunktsetzung durch die Entwicklungsländer und entsprechender Bereitstellung von Finanzmitteln erreichen. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) leben in Subsahara-Afrika 69 Prozent und in Südasiens 67 Prozent der Bevölkerung – insgesamt mehr als 1,6 Milliarden Menschen – ohne verbesserte sanitäre Einrichtungen.¹ Die Zahl der Menschen ohne Zugang zu ausreichenden sanitären Einrichtungen ist in Subsahara-Afrika aufgrund des schnellen Bevölkerungswachstums seit 1990 um rund 160 Millionen Menschen sogar stark angestiegen.

Auch einzelne Länder anderer Regionen, wie z. B. Bolivien, Nicaragua oder der Jemen werden voraussichtlich große Schwierigkeiten haben, das Ziel zu erreichen.

Die Gründe für die anhaltend schlechte Sanitärversorgung und die geringe öffentliche Aufmerksamkeit für dieses Thema sind vielschichtig. Mangelnder politischer Wille, Tabuisierung des Themas, Kapazitätsmangel und unzureichende finanzielle Mittel sind die zentralen Punkte, die nachhaltigen Fortschritten im Bereich sanitärer Grundversorgung entgegenstehen. Nach Schätzungen einer WHO-Studie belaufen sich die jährlichen Kosten für die Erreichung der Sanitär- und Wassermillenniumsziele (weltweit Halbierung der Anzahl der Menschen ohne Zugang zu verbesserter Trinkwasser- und Sanitärversorgung bis 2015) auf ca. 11,3 Mrd. US-Dollar.²

Die Herausforderungen liegen sowohl auf nationaler politischer, auf lokaler, betrieblicher und individueller Ebene. Auf politischer Ebene ist die Zuständigkeit für Abwassermanagement und Hygiene meist auf eine Vielzahl von Institutionen (Gesundheit, Infrastruktur, Kommunalverwaltung, Nichtregierungsorganisationen) verteilt. Fehlende oder nicht ausreichende Gesetze und Regelwerke verhindern eine Verbesserung der Situation. Wo Gesetze den Umgang mit Abfall, Fäkalien und Abwasser regeln, werden sie häufig nicht umgesetzt. Eine Strategie und Politik, die leistungsfähige Strukturen und Institutionen fördert, fehlt zumeist. Findet eine Dezentralisierung statt, dann werden den kleineren Verwaltungseinheiten oft zwar die Aufgaben, nicht aber die erforderlichen Finanzmittel übertragen. Reformen verlaufen in der Regel langsam.

Neben den Herausforderungen auf politischer Ebene spielen betriebliche Mängel eine zentrale Rolle. Häufig liegt die Verantwortung für Abwassermanagement auf der kommunalen Ebene. Dort fehlt qualifiziertes Personal, und die Abwasser- und Müllgebühren werden zumeist nicht effizient eingezogen, so dass diese Dienstleistungen nicht wirtschaftlich erbracht werden. Politischer Einfluss

¹ WHO/UNICEF: Progress in Drinking-water and Sanitation: Special focus on sanitation. World Health Organization and United Nations Children's Fund Joint Monitoring Programme for Water Supply and Sanitation, New York and Geneva, 2008.

² Hutton, G.; Haller, L.: Evaluation of the costs and benefits of water and sanitation improvements at the global level. WHO, Geneva 2004.

führt oft dazu, dass die Gebühren vorgeblich als Entgegenkommen der Politiker gegenüber der Bevölkerung viel zu niedrig festgesetzt werden. Die wenigen in den Städten vorhandenen Kanalisationen und zentralen Kläranlagen bedienen oft nur die Stadtzentren, während die Bewohner von Stadtrandgebieten oft nicht einmal angemessene Toilettensysteme haben. In Armenvierteln liegt der Grund häufig in unsicheren Miet- und Eigentumsverhältnissen. Schließlich fehlt auf der individuellen Ebene oft das Bewusstsein für die Wichtigkeit hygienischen Verhaltens u. a. weil Zusammenhänge mit der Gesundheit der eigenen Familie nicht erkannt werden und schließlich haben Investitionen in bessere Sanitäreinrichtungen im eigenen Haus für Menschen in generell unsicheren Verhältnissen oft keine hohe Priorität.

4. Wie lassen sich die Beiträge von Fortschritten beim Sanitärziel zu anderen Millenniumszielen quantifizieren (bitte aufschlüsseln)?

Die Wirkungen im Wasser- und Abwassersektor sind sehr vielfältig. Die Bereitstellung von Trinkwasser und sanitären Anlagen trägt unter anderem dazu bei, dass:

- der monetäre und zeitliche Aufwand der Haushalte für Trinkwasserbeschaffung reduziert wird. Die gewonnene Zeit kann zum einen für wirtschaftliche Aktivitäten eingesetzt werden, zum anderen entfallen die Kosten für die Behandlung von Krankheiten, die durch unsauberes Wasser und mangelnde Hygiene entstehen. Das Einkommen der Haushalte kann sich durch den Rückgang der Krankheitstage erhöhen. Zusätzlich können aus Abwasser zurückgewonnene Nährstoffe und aufbereitete Fäkalien in der Landwirtschaft die Produktion und damit das Einkommen und die Ernährungssicherheit erhöhen (Millenniumsziel 1: Armutsbekämpfung).
- keine Schuljahre mehr verloren gehen und damit die Ausbildungschancen erhöht werden. Die Teilnahme am Unterricht, insbesondere bei Mädchen und jungen Frauen, wird durch den Wegfall der Pflicht des Wasserholens und durch den Einbau sanitärer Anlagen in den Schulen nachweislich deutlich erhöht. Auch durch die verbesserte Gesundheit steigen die Bildungschancen von Jungen und Mädchen. Außerdem tragen adäquate Toiletten in Schulen zur Erhöhung des Schulbesuchs von Mädchen nach Eintreten der Menstruation bei (Millenniumsziel 2: Bildung).
- die Gleichstellung der Geschlechter gefördert wird. Eine sichere Umgebung zur Verrichtung der Notdurft ist ein Zuwachs an Lebensqualität und verringert die Gefahren von sexuellen Übergriffen für Frauen und Mädchen. Das Beschaffen des Wassers und die Pflege der Kranken beansprucht insbesondere die Zeit von Frauen und Mädchen. Durch kürzere Wege und eine verbesserte Familiengesundheit wird Zeit frei, in der sie zum Einkommen der Familie oder zum Gesellschaftsleben (Nutzerkomitees) beitragen können, so dass ihre soziale Stellung gefestigt wird (Millenniumsziel 3: Gender).
- die Gesundheitssituation verbessert wird und somit Menschenleben gerettet werden können. In den Entwicklungsländern sind die Mängel bei Wasserversorgung, Abwassermanagement und Hygiene für eine Vielzahl von Erkrankungen verantwortlich. Kinder leiden besonders unter diesen Umständen. 1,8 Millionen Menschen sterben jährlich an den Folgen von Durchfallerkrankungen, über 90 Prozent davon sind Kinder unter fünf Jahren. Sauberes Trinkwasser und Hygiene schützen vor Durchfallerkrankungen sowie Haut- und Augenerkrankungen. Verbessertes Wassermanagement reduziert Moskitolebensräume und somit Malariavorkommen (Millenniumsziele 4-6: Gesundheit).

- die natürlichen Ressourcen geschützt werden. Feuchtgebiete, Seen, Flüsse und Grundwasser werden durch unbehandelte Abwässer von Haushalten, Landwirtschaft und Industrie gefährdet. In Abwasser und Fäkalien enthaltene Düngestoffe (z. B. Phosphor) und Energieinhalte (z. B. Biogas) werden bislang meist nicht hygienisch sicher zurückgewonnen, sondern belasten und schädigen Mensch und Umwelt. Durch ein integriertes Wasserressourcenmanagement sowie vernünftiges Abfall- und Abwassermanagement, wo sinnvoll mit Kreislauforientierung, können Wasser- und Bodenressourcen geschützt und Umweltrisiken abgebaut werden (Millenniumsziel 7: Umwelt).

Eine Quantifizierung ist derzeit aufgrund der international verfügbaren Daten nur in wenigen Fällen möglich. So sind z. B. Zahlen zu den Wirkungen auf Gesundheit und Haushaltseinkommen und damit zum Millenniumsziel der Armutbekämpfung verfügbar (siehe Antwort zu den Fragen 4a und d). Dennoch zeigen die beschriebenen Zusammenhänge, dass dem Erreichen der Sanitärzielmarke eine wichtige Bedeutung für das Erreichen der Millenniumsziele insgesamt zukommt.

- a) Wie hoch sind die Verluste an Volkseinkommen durch mangelhafte Sanitärversorgung in Entwicklungsländern global, in Afrika, Asien und Lateinamerika, und wie stark könnte die Erreichung des Sanitärziels diese jeweils verringern?

Hohe Krankheitsraten in der Bevölkerung haben negative Auswirkungen auf die Volkswirtschaft. Eine Studie der Weltgesundheitsorganisation berücksichtigt durch Durchfall bedingte Ausfälle, die direkten Kosten für die Behandlung der Krankheiten, die Belastung durch die erhöhte Kindersterblichkeit, Bildungsdefizite durch verpasste Schultage und Aufmerksamkeitsdefizite bei chronisch kranken Kindern (Wurminfektionen) und die zeitliche Belastung durch fehlende Toiletten.¹ Die Last der Krankenpflege haben in der Regel Frauen und Mädchen zu tragen. Daher fehlt den Frauen bzw. Mädchen die Zeit, um einer Beschäftigung nachzugehen bzw. regelmäßig die Schule zu besuchen, so dass den Volkswirtschaften dadurch weitere Verluste entstehen. In der Literatur schwankt die Bewertung dieser volkswirtschaftlichen Kosten erheblich. Die o. g. Studie bewertet die Zeitverluste durch schlechte Wasser- und Sanitärversorgung als sehr hoch (weltweit 229 Mrd. US-Dollar pro Jahr), die übrigen volkswirtschaftlichen Schäden werden mit insgesamt 34 Mrd. US-Dollar pro Jahr angesetzt.

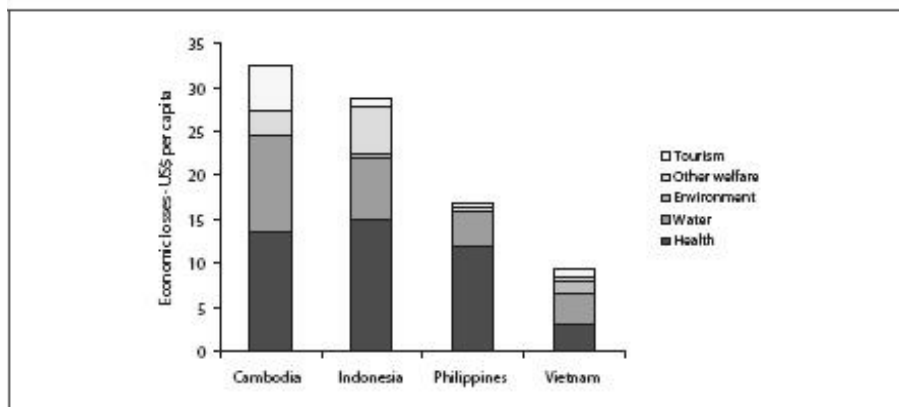
Eine Studie des Water and Sanitation Programs (WSP) bewertet die Kosten der Todesfälle leicht höher, die Zeitverluste aber sehr viel niedriger und berücksichtigt auch die Kosten von Wasserverschmutzung und Verluste für den Tourismus.² Die Todesfälle machen hier etwa die Hälfte der volkswirtschaftlichen Kosten aus, die für Vietnam auf 1,3 Prozent, für Philippinen auf 1,5 Prozent, für Indonesien auf 2,3 und für Kambodscha auf 7,2 Prozent des jeweiligen Brutto-sozialprodukts geschätzt werden (siehe Grafik 1).

Für andere Weltregionen sind keine vergleichbaren Studien verfügbar. Besonders hohe volkswirtschaftliche Kosten sind in Regionen mit einem hohen Anteil an wasserinduzierten Krankheiten (siehe Antwort zu Frage 4b) zu erwarten.

¹ Hutton, G.; Haller, L.: Evaluation of the costs and benefits of water and sanitation improvements at the global level. WHO, Geneva 2004.

² Water and Sanitation Program: Economic Impacts of Sanitation in South East Asia, Jakarta 2007.

Annual per capita losses, by impact (US\$)



Grafik 1: Ökonomische Auswirkungen der Sanitärversorgung in Südostasien (Quelle WSP, 2007)

- b) Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Sanitärversorgung für die Gesundheitssituation in Entwicklungsländern zu?

Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser, die Abwasserentsorgung und Sanitärversorgung stellen eine wichtige Voraussetzung für die Gesundheit von Menschen in Entwicklungsländern und einen Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung dar. Nach Schätzung der Weltgesundheitsorganisation sind die Mängel bei Wasserversorgung, Abwassermanagement und Hygiene in Entwicklungsländern für 5,5 Prozent der Todesfälle und 7,7 Prozent der Erkrankungen verantwortlich.¹ Besonders betroffen sind ländliche Gebiete und städtische Armutsviertel. In Gebieten mit fehlenden sanitären Einrichtungen (Defäkation im Freien) oder ins Grundwasser infiltrierende Latrinen sind die umliegenden Trinkwasserbrunnen oft mit Fäkalkeimen belastet. Neben kontaminierten Trinkwasserressourcen ist mangelnde Hygiene eine der Hauptursachen für Erkrankungen, von denen Kinder in besonderem Maße betroffen sind. Jedes Jahr sterben schätzungsweise mehr als 1,5 Millionen Kinder unter 5 Jahren an Durchfallerkrankungen, die damit die dritthäufigste Todesursache bei Kindern dieser Altersgruppe darstellen.

Im Hinblick auf die Gesundheit misst die Bundesregierung intersektoralen Ansätzen eine große Bedeutung zu, weil neben infrastrukturellen Verbesserungen im Sanitärbereich Maßnahmen zur Verhaltensänderung einen großen Einfluss auf die Gesundheit haben. Die Förderung individueller Hygienemaßnahmen wie das Händewaschen hat einen hohen Stellenwert. Studien haben gezeigt, dass regelmäßiges Händewaschen mit Seife das Risiko von Durchfallerkrankungen schon um bis zu 47 Prozent senken kann, wenn sauberes Wasser zur Verfügung steht. Im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit werden deshalb in Bildungsvorhaben Aktivitäten zur Hygieneerziehung in Schulprogramme integriert. Schulen sind dabei aufgrund ihrer Multiplikatorenwirkung ein besonders wichtiger Ort für die Gesundheitsförderung. Auch in Wasser- und Sanitärvorhaben werden präventive Maßnahmen zur Gesundheitsförderung integriert.

- c) Sieht die Bundesregierung die Sanitärversorgung in der internationalen Entwicklungspolitik im Gesundheitssektor ausreichend repräsentiert?

Die Bedeutung der Sanitärversorgung für die Gesundheit insbesondere von Kindern ist seit langer Zeit bekannt und gesundheitsfördernde Maßnahmen einschließlich der Veränderung des Hygieneverhaltens spielen spätestens seit der

¹ WHO: „Water, sanitation and hygiene“, Geneva 2007.

Erklärung von Alma Ata vor 30 Jahren „Health for All by the Year 2000“ eine wichtige Rolle.

Gesundheitssektor und Sanitärversorgung werden zunehmend als zusammenhängend wahrgenommen, dies drückt sich durch die Besetzung oder Ansiedlung von Arbeitsgruppen oder Organisationen aus. So wird das Joint Monitoring Programme, das den weltweiten Stand der Wasser- und Sanitärversorgung beobachtet und darüber berichtet, gemeinsam von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) getragen. Auch der Water Supply and Sanitation Collaborative Council (WSSCC) hat seinen Sitz in der Zentrale der WHO in Genf. Gleichwohl findet in vielen Programmen und Institutionen immer noch eine Trennung der beiden Themenbereiche statt, die eine integrierte Sicht- und Vorgehensweise behindern. Eine kontinuierliche Sensibilisierung für die Relevanz der intersektoralen Kooperation sowie eine Verstärkung des internationalen Engagements bei der Verknüpfung von Sanitärversorgung mit gesundheitsfördernden Elementen ist daher notwendig.

Innerhalb der deutschen bilateralen Entwicklungspolitik wird bereits zunehmend auf Maßnahmen, die sowohl auf den Wasser- als auch auf den Gesundheitssektor ausgerichtet sind, gesetzt.

- d) Welche Entlastungspotentiale bietet das Erreichen des Sanitärziels hinsichtlich der öffentlich wie individuell zu tragenden Gesundheitskosten in Entwicklungsländern?

Nach Schätzungen einer WHO-Studie belaufen sich die jährlichen Kosten für die Erreichung des Sanitär- und Wasserziels (weltweit Halbierung der Anzahl der Menschen ohne Zugang zu verbesserter Trinkwasser- und Sanitärversorgung bis 2015) auf circa 11,3 Mrd. US-Dollar. Mit diesen Mitteln könnten weltweit jährlich 546 Mio. der schätzungsweise 5,4 Milliarden, d. h. circa 10 Prozent der Durchfallfälle verhindert werden. Im Gesundheitssektor könnten nach dieser Schätzung jährlich mehr als 6,9 Mrd. US-Dollar eingespart werden sowie mehr als 340 Mio. US-Dollar hinsichtlich individueller Patientenkosten (Behandlung und Transport). Nimmt man die hohen indirekten Kosten (Krankheitszeit, verhinderbare Todesfälle, etc.) in die Berechnungen auf, so beliefen sich die gesamten Kosteneinsparungen auf circa 84 Mrd. US-Dollar jährlich. Insgesamt schätzt die WHO das Kosten-Nutzen-Verhältnis für Wasser- und Sanitärmaßnahmen auf zwischen 5 bis 11 US-Dollar pro investiertem US-Dollar.¹

Die Höhe der individuell zu tragenden Gesundheitskosten ist schwer zu errechnen, zumal wenn direkte (z. B. für den Kauf von Medikamenten) und indirekte Kosten (z. B. durch den Verlust von Zeit) einbezogen werden. Die Höhe der direkten individuellen Kosten hängt zudem von der Art des Gesundheitssystems ab.

- e) Wie erklärt und bewertet die Bundesregierung die Feststellung von WaterAid, dass die globale Entwicklungszusammenarbeit (official development assistance – ODA) für „Gesundheit“ und „Bildung“ sich seit 1990 fast verdoppelte, während der Anteil für Wasser und Sanitärversorgung schrumpfte, obwohl 80 Prozent aller Krankheiten wasserbedingt sind?

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass nicht 80 Prozent aller Krankheiten in Entwicklungsländern wasserbedingt sind, sondern dass fast 90 Prozent aller Durchfallerkrankungen in Entwicklungsländern auf verschmutztes Wasser, mangelnde sanitäre Grundversorgung und Hygiene zurückzuführen sind.

¹ Hutton, G.; Haller, L.: Evaluation of the costs and benefits of water and sanitation improvements at the global level. WHO, Geneva 2004.

Nach OECD-DAC Angaben ist der Anteil der globalen bilateralen ODA-Zusagen für den Wasser- und Sanitärsektor seit 1990 nicht geschrumpft, sondern von 3,2 Prozent im Jahr 1990 auf 3,9 Prozent im Jahr 2006 angestiegen. Der Anteil der deutschen bilateralen ODA-Zusagen für den Wasser- und Sanitärsektor ist im selben Zeitraum von 3,5 Prozent im Jahr 1990 auf 5,2 Prozent im Jahr 2006 angestiegen.

Während der 1990er Jahre hatten Infrastrukturinvestitionen für die Gebergemeinschaft nur geringe Priorität. Auch die Nachfrage der Partner war gering. Die globale Entwicklungspolitik konzentrierte sich auf die menschliche Entwicklung und unterstützte vornehmlich die Sektoren Gesundheit und Bildung. Durch den engen Zusammenhang von Bildung und Hygieneverhalten hat dieser Ansatz in vielen Ländern deutlich zur Reduzierung von Infektionen, darunter auch der wasserbedingten Krankheiten beitragen können.

Seit Anfang des neuen Jahrhundert sind Infrastrukturzusagen wieder angestiegen. Die positiven Rückwirkungen einer angemessenen Wasser- und Abwasserinfrastruktur auf Bildung und Gesundheit rückten damit wieder stärker in den Vordergrund.

Auf Partnerseite wird dem Wasser- und Abwassersektor weiterhin vielfach nicht ausreichend Priorität eingeräumt – gerade in Konkurrenz zu anderen Sektoren. Dies zeigt sich beispielsweise in geringen Haushaltsmitteln sowie schwachen Sektorinstitutionen.

5. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Sanitärversorgung und der Abwasserbehandlung für die Qualität der globalen Süßwasserressourcen bei?

Ein hoher Standard der Sanitärversorgung, verbunden mit Abwasserreinigung, sind Grundvoraussetzungen für eine gute ökologische und chemische Qualität sowie allgemeine Nutzbarkeit der Süßwasserressourcen in stark bevölkerten Flussgebieten.

Weltweit werden derzeit 90 bis 95 Prozent der Abwässer aus Industrie und Haushalten ungeklärt abgeleitet und verschmutzen zahlreiche Oberflächengewässer und Grundwasservorkommen. Ein Liter Abwasser verunreinigt dabei im Durchschnitt acht Liter Süßwasser. Die mikrobakterielle Verschmutzung der Wasserressourcen durch Haushaltsabwässer hat in den vergangenen Jahrzehnten stark zugenommen. Hinzu kommen Düngemittel- und Pestizideinträge aus der Landwirtschaft. Dies führt dazu, dass in einigen Partnerländern Wasserressourcen nur noch mit hohen Aufbereitungskosten nutzbar gemacht werden können. Daher kommt dem Abwassermanagement eine wichtige Rolle für den Ressourcenschutz zu.

Die zunehmende Verschmutzung beschleunigt zudem die Degradation von Ökosystemen und verringert deren ökologische Leistungsfähigkeit, da diese auf quantitativ und qualitativ ausreichendes Wasser angewiesen sind. Ökosysteme spielen eine Schlüsselrolle im Wasserkreislauf und bilden wichtige Wasserspeicher, wie z. B. Feuchtgebiete, Tropenwälder und Seen. Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) prognostiziert einen weiterhin dramatischen Rückgang der Süßwasserverfügbarkeit pro Kopf aufgrund von anhaltend starkem Bevölkerungswachstum und steigendem Wasserverbrauch.

Die lokalen Verhältnisse in den Fluss- und Grundwassereinzugsgebieten sollten bestimmen, welche Systeme zur Anwendung kommen.

Wichtige Aspekte sind z. B.:

- In ländlichen Gebieten mit größeren Abständen zu großen Flüssen und ohne Kanalisationen können dezentrale Behandlungssysteme vorteilhaft sein, so-

fern sie nachweisbar das Grundwasser ausreichend schonen. Solche Systeme helfen in trockenen Gebieten auch den Landschaftswasserhaushalt zu stützen.

- Kanalisationen ohne Kläranlage sind sehr oft eine erhebliche hygienische und ökologische Gefahr für die aufnehmenden Flüsse. Biologische Kläranlagen sind Mindestanforderung.
- Bei langsam fließenden Flüssen oder Zufluss zu Talsperren, Seen oder Küstenseen ist meistens eine Phosphor- manchmal zusätzlich eine Stickstoffentfernung erforderlich.

Aufgrund der hohen Keimbelastung stellt Abwasser aus klassischen mechanisch-biologischen Kläranlagen eine Gefahr für die menschliche Gesundheit dar. Gereinigtes Abwasser enthält 10 bis 100 Millionen Keime pro Liter. Auch wenn es in der Bundesrepublik Deutschland keine Hygieneanforderung an das Abwasser gibt, sollten in sensiblen, hygienisch empfindlichen Gebieten (Trinkwasserschutzgebiete, Trinkwassertalsperren, Gewässer, die über Uferfiltrat das Grundwasser beeinflussen, Badegewässer oder Küstengebiete mit Badestrand, Muschelbänke, Entnahmestellen für Meerwasserentsalzung) weiter gehende Abwasserreinigungsverfahren zum Einsatz kommen, die geeignet sind, Krankheitserreger und Nährstoffe zu entfernen.

6. Welche Bedeutung haben Sanitärsysteme nach Einschätzung der Bundesregierung dafür, klimabedingt zunehmende Überschwemmungskatastrophen in Städten und ihre Folgen für Mensch und Umwelt zu minimieren?

Vor dem Hintergrund des beobachteten Klimawandels und der projizierten Zunahme extremer Wetterereignisse hat eine an die aktuellen wasserwirtschaftlichen Verhältnisse angepasste Niederschlagsbewirtschaftung besondere Bedeutung. Vor allem bei starken Regenereignissen belasten stoßartige Einleitungen aus der Kanalisation die oberirdischen Gewässer und können zum Anschwellen kleinerer Flüsse und Bäche führen.

Zukünftig muss insbesondere in Städten die Schmutzwasserableitung vom Niederschlagswasser entkoppelt werden. Wo immer möglich, sollte unbelastetes Niederschlagswasser dem Wasserkreislauf an Ort und Stelle wieder zugeführt werden (Entsiegelung, Regenwasserversickerung). Eine konsequente dezentrale Regenwasserbewirtschaftung trägt zum Hochwasserschutz, vor allem in Städten und kleinen Einzugsgebieten bei. Zudem wird die Grundwasserneubildung unterstützt, das Kleinklima verbessert und die Kanalnetze werden entlastet. Die Bundesregierung strebt deshalb einen bundeseinheitlichen Regelungsrahmen zum Umgang mit unbelastetem und belastetem Regenwasser an, der auch den Belangen des Grundwasserschutzes Rechnung trägt.

7. Welche Chancen und Potentiale erblickt die Bundesregierung im Internationalen Jahr für Sanitäre Grundversorgung, den Anstrengungen zur Verbesserung der Sanitärversorgung einen Schub zu verleihen?

Die Bundesregierung misst dem Internationalen Jahr der Sanitären Grundversorgung der Vereinten Nationen (UN International Year of Sanitation – IYS) hohe Bedeutung bei. Sie sieht darin die Chance, die politische Aufmerksamkeit für diesen Themenbereich zu erhöhen, damit nationale Regierungen und internationale Geber verstärkt Mittel für Sanitärversorgung bereitstellen. Die ersten positiven Effekte des Internationalen Jahres der Sanitären Grundversorgung zeigen sich bereits auf hoher politischer Ebene. Sowohl bei hochrangig besetzten Regionalkonferenzen (LatinaSan 2007 und die AfricaSan 2008), im Rahmen der 16. Sitzung der Kommission der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwick-

lung als auch während des von Deutschland koorganisierten Side Events zu Wasser- und Sanitärversorgung beim „High-Level-Event“ zu den Millenniums-entwicklungszielen der Vereinten Nationen in New York im September 2008 nahm Sanitärversorgung eine wichtige Stellung ein. Auch im Rahmen des G8-Prozess unter japanischer Präsidentschaft und während des Gipfels der Afrikanischen Union zu Wasser- und Sanitärversorgung wurde Sanitärversorgung gleichrangig mit Wasserversorgung behandelt. Durch die Initiierung und Förderung des Netzwerkes „Sustainable Sanitation Alliance“ (SuSanA), in dem mehr als 100 internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und Firmen vertreten sind, nutzt die Bundesregierung die Möglichkeit, die Bedeutung nachhaltiger Lösungen in diesem Bereich zu unterstreichen und deren Umsetzung international zu fördern.

- a) Welche Beiträge, zu welchem Zweck und an welche Organisationen, leistet die Bundesregierung, um das internationale Sanitärjahr zu unterstützen, sei es auf nationaler oder internationaler Ebene?

Der Wasser- und Sanitärsektor gehört traditionell zu den wichtigsten Bereichen der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Gemessen an der bilateralen Fördersumme von rund 350 Mio. Euro pro Jahr ist die Bundesrepublik Deutschland seit vielen Jahren auch international einer der drei größten Geber im Wasser- und Sanitärsektor. Insgesamt werden rund 40 Prozent der bilateralen Fördersumme des Wassersektors für Maßnahmen im Abwassersektor eingesetzt.

Schon im November 2007 veranstalteten – als Auftakt zum Internationalen Jahr der Sanitären Grundversorgung – das kenianische Wasserministerium und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) organisierte Regionalkonferenz zum Thema Abwassermanagement und Sanitärversorgung. Im Oktober 2008 unterstützte die Bundesregierung das Internationale Symposium „Coupling Sustainable Sanitation and Groundwater Protection“ der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Zudem wurden in 2007 und 2008 insgesamt acht Netzwerktreffen der Sustainable Sanitation Alliance und eine von Georgien und der Kreditanstalt für Wiederaufbau ausgerichtete regionale Wasser- und Abwasserkonferenz für Transformationsländer unterstützt.

Weiterhin wurde in diesem Jahr das Sektorvorhaben zur Förderung ökonomisch und ökologisch nachhaltiger Sanitärkonzepte (Ecological Sanitation – ecosan) – als Kompetenzzentrum zum Thema – um weitere 3 Jahre verlängert.

Die Bundesregierung unterstützt auch die Arbeiten des Beratungsgremiums des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, zum Thema Wasser- und Sanitärversorgung (United Nations Secretary General’s Advisory Board on Water and Sanitation – UNSGAB) durch fachliche Beratung der Vizevorsitzenden Dr. Uschi Eid. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Kernaufgabe von UNSGAB, auf höchstem politischem Niveau für den Sanitärbereich zu werben und zur Stärkung des politischen Willens beizutragen.

(zu der Unterstützung auf internationaler Ebene siehe Antwort zu Frage 7d)

- b) Ist die Bundesregierung bereit, eine Führungsrolle für eine internationale Initiative zu übernehmen, um den Anstrengungen zur Erreichung des Sanitärziels bis 2015 einen Schub zu verleihen – vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Deutschland auf der internationalen Wasserkonferenz in Bonn 2001 die treibende Kraft war, dass sanitäre Grundversorgung nachträglich noch auf der UN-Konferenz zur Nachhaltigen Entwicklung

in Johannesburg 2002 in den Katalog der Millenniumsziele aufgenommen wurde?

Wenn ja, wie will sie eine solche Initiative gestalten?

Wenn nein, warum nicht?

Wie bereits in der Antwort zu Frage 7a ausgeführt, hat die Bundesregierung schon jetzt die Führungsrolle bei verschiedenen internationalen Initiativen zum Thema ergriffen. Insbesondere ist hervorzuheben, dass bereits mit Bekanntwerden der Entscheidung der Vereinten Nationen das Internationale Jahr der Sanitären Grundversorgung auszurufen, die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit Schweden im Januar 2007 die „Sustainable Sanitation Alliance“ (SuSanA) initiierte. Das SuSanA-Netzwerk trägt spezifisch dazu bei, dass das Sanitär-Millenniumsziel mit nachhaltigen Lösungen erreicht wird. Dem SuSanA-Netzwerk gehören mittlerweile mehr als 100 Organisationen an – von internationalen Institutionen (wie zum Beispiel das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat), das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und das „Water and Sanitation Programme“ der Weltbank) bis hin zu nationalen und regionalen Organisationen (vgl. Antwort zu Frage 61). Die Unterstützung des SuSanA-Netzwerkes und der internationalen Verbreitung von nachhaltigen Sanitärsystemen ist wesentlicher Beitrag der Bundesregierung für die Diskussion und Weiterentwicklung von Politiken und Strategien im Internationalen Jahr der Sanitären Grundversorgung und darüber hinaus.

Weitere aktuelle internationale Initiativen der Bundesregierung sind u. a.:

- Fokus auf sanitäre Grundversorgung bei den Erhebungsparametern des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC)

Die Bundesregierung tritt für eine Weiterentwicklung der OECD-DAC Erhebungsparameter im Wassersektor zur besseren Erfassung von Daten zur Sanitärversorgung ein. Ziel ist hier, im statistischen Prozess die getrennte Erfassung der Ausgaben für Abwassermanagement zu ermöglichen. Dies ist ein wichtiger Schritt denn nur so können Investitionen im Bereich Abwassermanagement international sichtbar und diskutierbar gemacht werden (siehe dazu auch Antwort zu den Fragen 15, 43, 63).

- Weiterentwicklung des Monitorings der Millenniumsentwicklungsziele

Die Bundesregierung hat gemeinsam mit anderen Gebern eine Initiative zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Monitorings der Millenniumsentwicklungsziele gestartet, um die Datenqualität des Joint Monitoring Programmes zu verbessern. Diese Initiative verfolgt die Ziele: (I) Spezifische Verbesserungen innerhalb des derzeitigen Monitoring-Systems, (II) eine klare Kommunikation der Gründe der Datendivergenz zwischen Daten aus nationalen Monitoringsystemen und JMP-Daten sowie (III) die langfristige Mitarbeit an einem adäquateren Monitoring-System für die Zeit nach 2015.

- c) Welche Initiativen hat sie mit welchem Erfolg ergriffen, die Sanitärversorgung international höher auf die entwicklungspolitische Agenda zu setzen?

Wie bereits bei der Antwort zu den Teilfragen a) und b) ausgeführt, hat die Bundesregierung eine ganze Reihe von Initiativen ergriffen, die dazu beitragen, dass das Thema Sanitärversorgung international höher auf die politische Agenda gesetzt wird. Ergänzt werden kann an dieser Stelle:

Bei der African Water Week und dem Gipfel der Afrikanischen Union (AU) sowie der Europäischen Wasserinitiative (EUWI) hat die Bundesrepublik

Deutschland dazu beigetragen, dass das Thema Sanitäre Grundversorgung prominent vertreten und diskutiert wurde. Über das SuSanA-Netzwerk hat die Bundesregierung weiterhin dazu beigetragen, dass Sanitäre Grundversorgung das zentrale Thema der diesjährigen Stockholm World Water Week wurde. Bei der AfricaSan 2008 und der LatinaSan 2007 wurden nachhaltige Ansätze der deutschen Entwicklungspolitik auf hoher politischer Ebene prominent vorgestellt.

- d) Welche freiwilligen Beiträge an die Vereinten Nationen (siehe Antwort auf die schriftliche Frage 59 auf Bundestagsdrucksache 16/7676) in welcher Höhe und an welche Organisationen der Vereinten Nationen sieht die Bundesregierung in Zusammenhang mit dem IYS (International Year of Sanitation 2008) vor, und wofür sollen die Mittel verwendet werden (bitte aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung misst dem Internationalen Jahr der Sanitärversorgung (International Year of Sanitation – IYS) hohe Bedeutung bei und sieht darin insbesondere die Chance, die politische Aufmerksamkeit für diesen Themenbereich zu erhöhen.

Zentrales Anliegen der Bundesregierung für den Wasserbereich in den Vereinten Nationen ist die bessere Koordinierung der Aktivitäten von 25 verschiedenen VN-Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind. Diese Koordinierung obliegt insbesondere der Dachstruktur UN-Water. Zu diesem Zweck fördert die Bundesregierung aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Arbeit des UN-Water Decade Programme on Capacity Development (UNW-DPC) mit Sitz in Bonn für zunächst drei Jahre (2007 bis 2009) mit jährlich bis zu 500 000 Euro. Hauptaufgabe ist die Förderung einer kohärenten Herangehensweise an „capacity development“ (d. h. Qualifizierungsmaßnahmen) im Wasserbereich insgesamt und damit auch im Sanitärbereich.

Zudem unterstützte die Bundesregierung das von der WHO und UNICEF getragene Joint Monitoring Programme (JMP), das global die Fortschritte in der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele im Wasserversorgungs- und Sanitärbereich beobachtet, in den Jahren 2006 bis 2008 mit jährlich bis zu 200 000 Euro. Eine Fortsetzung der Förderung wird angestrebt. Angesichts häufig divergierender Ergebnisse des globalen JMP Monitoring und der von den nationalen Sektorministerien vorgelegten Daten hat die Bundesregierung gemeinsam mit anderen Gebern eine Initiative zur Weiterentwicklung und Verbesserung des „MDG Monitoring“ gestartet.

- e) Welches sind die Politikdialoge und Konferenzen, auf die die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die schriftliche Frage 59 auf Bundestagsdrucksache 16/7676 verwiesen hat, wer veranstaltet diese und wie werden sie durch die Bundesregierung gefördert?

Die Vielzahl an Veranstaltungen zum Thema sanitärer Grundversorgung umfassen vor allem regionale Konferenzen, z. B. die East Africa Regional Conference ‚fast tracking sanitation in Africa‘, die East Asia Ministerial Conference on Sanitation and Hygiene (EASAN), der Asia-Pacific Water Summit, die Africa-San+5 oder Asian Water 2008. Dazu gehören aber auch internationale Foren und Ausstellungen wie die EXPO Zaragoza 2008, die Stockholm World Water Week und das 5th World Water Forum. Zudem wird Sanitärversorgung auf punktuellen Veranstaltungen wie dem World Toilet Day oder in multilateralen Prozessen wie dem G8-Gipfel thematisiert. Die Bundesregierung beteiligt sich aktiv – in einigen Fällen auch mit finanzieller Unterstützung – an diesen Prozessen.

8. In welcher Weise ist die Bundesregierung ihrer Verpflichtung aus dem Johannesburg Plan of Implementation, Kapitel 4 Abs. 25 nachgekommen,

ein Aktionsprogramm zur Erreichung der Wasser- und Sanitärversorgungs-Millenniumsziele zu starten

Der Johannesburg Plan umfasst unter anderem die Vereinbarung, dass der Anteil der Menschen ohne sicheren Zugang zu sauberem Trinkwasser und der Anteil der Menschen, der keinen Zugang zu grundlegenden Sanitäreinrichtungen hat, bis 2015 halbiert werden soll.

Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, an der Verwirklichung der Ziele, die in der Millenniumserklärung, im Monterrey Konsensus und im Aktionsplan von Johannesburg genannt werden, aktiv mitzuwirken. Dabei ist das ressortübergreifende Aktionsprogramm 2015 das zentrale Instrument der Bundesregierung zur Einhaltung dieser Verpflichtungen. Das Programm umfasst zehn Ansatzpunkte, die zur Umsetzung der Millenniumserklärung und den daraus abgeleiteten Millenniumsentwicklungszielen beitragen sollen.

Die im Kapitel 4, Abs. 25a bis e des Aktionsplans von Johannesburg geforderten, auf allen Ebenen auszuführenden Maßnahmen, wurden gleich in mehreren der zehn Ansatzpunkte im Aktionsplan 2015 aufgenommen. Ansatzpunkte 5 bis 9 sind besonders relevant für den Sanitärbereich:

5. Soziale Grunddienste gewährleisten und soziale Sicherheit stärken.
6. Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen sichern und eine intakte Umwelt fördern.
7. Alle Menschenrechte verwirklichen und die Kernarbeitsnormen respektieren.
8. Die Gleichberechtigung der Geschlechter fördern.
9. Die Beteiligung der Armen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben sichern und verantwortungsvolle Regierungsführung stärken.

Insbesondere die Sicherstellung sozialer Grunddienste wie Grundbildung, Basisgesundheitsversorgung, Ernährung, Sanitärversorgung und sauberes Wasser sowie entsprechende Reformen der sektoralen Rahmenbedingungen sind wichtige Elemente der Armutsbekämpfung und des Aktionsplans 2015. Das im Juni 2008 vorgelegte Weißbuch Entwicklungspolitik der Bundesregierung bestätigt diesen Weg. Des Weiteren unterstützt die Bundesregierung die Partnerländer bei der Gestaltung einer nachhaltigen und auf Armutsminderung orientierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen sowie bei der Sanitärversorgung (siehe auch Antwort zu Frage 13).

9. Welche internationalen Aktionspläne zur Erreichung der Wasser- und Sanitärversorgungs-Millenniumsziele mit globaler Reichweite sind der Bundesregierung bekannt?

a) Wie bewertet sie diese?

- Der „Hashimoto-Aktionsplan“ (HAP) ist das Arbeitsdokument des vom Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan im Jahr 2003 einberufenen Beirats zu Wasser- und Sanitärversorgung. Der Beirat (United Nations Secretary General's Advisory Board on Water and Sanitation – UNSGAB) hat im März 2006 im „Hashimoto-Aktionsplan“ klar umrissene Aktionen, die zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele beitragen, identifiziert. Der Beirat hat seitdem sein politisches Gewicht für die Umsetzung des HAP eingesetzt. Wichtige Ziele – wie die Ausrufung eines Internationalen Jahres der Sanitärversorgung wurden bereits erreicht.
- Der Global Sanitation Fund wurde im März 2008 durch den Water Supply and Sanitation Collaborative Council (WSSCC) mit Sitz in Genf eingerichtet. Das Budget sieht circa 10 Mio. US-Dollar für die ersten zwei Jahre vor. Mit

diesen Mitteln soll ein Beitrag zur Erreichung der Sanitär-Zielmarke der Millenniumsziele geleistet werden. Die Länderauswahl soll sich am stärksten Bedarf – gemessen an der Anzahl von Menschen mit unzureichender Wasser- und Sanitärversorgung sowie der Höhe der Kindersterblichkeitsrate – orientieren.

- Mit dem 2003 verabschiedeten G8-Wasseraktionsplan von Evian (G8 Water Action Plan) haben sich die G8-Staaten verpflichtet, bei der Vergabe von ODA-Mitteln dem Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung hohe Priorität zu geben. Besondere Unterstützung soll den Partnerländern zuteil werden, die selbst starke Anstrengungen unternehmen, um die Trinkwasser- und Sanitärversorgung im Rahmen der Armutsbekämpfung zu verbessern. Der Wasseraktionsplan von Evian greift alle wichtigen Fragen der Wasser- und Sanitärversorgung auf. Die Umsetzung des Wasseraktionsplans geschieht – ebenso wie die des G8-Afrika Aktionsplans – im Rahmen der bestehenden Entwicklungszusammenarbeit der einzelnen Mitgliedstaaten im Wassersektor. Auf dem G8-Gipfel in Hokkaido haben sich die G8-Staaten verpflichtet, bis zum nächsten G8-Gipfel in 2009 einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung des G8-Wasseraktionsplans vorzulegen. Der regionale Fokus des Wasseraktionsplans ist Afrika (insoweit besteht eine Überlappung mit dem wasser- und sanitärbezogenen Teil des G8-Afrika-Aktionsplans).

b) Wie unterstützt sie die Umsetzung und die Träger dieser Pläne?

Die Bundesregierung unterstützt die Umsetzung des „Hashimoto-Aktionsplans“. Dr. Uschi Eid wird in ihrer Funktion als Vizevorsitzende von UNSGAB kontinuierlich zu den sechs Kernthemen des „Hashimoto Aktionsplans“ beraten: 1) Partnerschaften zwischen Wasserversorgungsunternehmen, 2) Finanzierung, 3) Sanitäre Grundversorgung, 4) Monitoring und Berichterstattung, 5) Integriertes Wasserressourcenmanagement und 6) Wasser und Katastrophen. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt zudem die Regionaldialoge, die von UNSGAB mit einer jeweiligen Gastinstitution bzw. Land durchgeführt werden. Mit diesen Regionaldialogen hebt UNSGAB gemeinsam mit den zuständigen Ministerien und anderen relevanten Akteuren der Regionen die Aktivitäten hervor, die dazu beitragen, die wasser- und abwasserbezogenen Millenniumsziele in der jeweiligen Region zu erreichen.

Die Bundesregierung unterstützt die Umsetzung des G8-Wasseraktionsplan (G8 Water Action Plan). Positiv wird seine Funktion als globaler Aktionsplan bewertet. In der jetzigen Form sieht die Bundesregierung jedoch noch Defizite angesichts der Partnerorientierung und der mangelnden regionalen Verankerung des Aktionsplans. Daher hat sich die Bundesregierung im Rahmen der G8-Verhandlungen 2008 dafür eingesetzt, dass die G8 gemeinsam mit afrikanischen Partnern eine Implementierungsstrategie erarbeiten. Die G8-Gipfelerklärung nimmt dieses Thema auf.

Zur Unterstützung des G8-Afrika-Aktionsplans und des G8-Wasseraktionsplans von Evian siehe die Antwort zu den Fragen 29 und 67.

10. Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung im UNDP-Bericht zur menschlichen Entwicklung von 2006 nach einem Globalen Aktionsplan für Wasser- und Sanitäre Grundversorgung und von welchen internationalen Bemühungen hat sie Kenntnis, diesen auf den Weg zu bringen?

Der Globale Aktionsplan für Wasser- und Sanitärversorgung, den das britische Ministerium für internationale Entwicklung (DFID) 2006 vorgelegt hat (und der auch dem UNDP-Vorschlag zugrunde liegt) enthält die folgenden 5 Ziele: i) ein jährlicher Monitoringbericht, in dem die Fortschritte zur Erreichung der Wasser-

und Sanitär-Millenniumsentwicklungsziele darlegt werden (ergänzend zu dem von der Weltgesundheitsorganisation und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen getragenen Joint Monitoring Programme), ii) ein nationaler Plan für Wasser- und Sanitärversorgung, iii) eine Geber-Koordinierungsgruppe für Wasser- und Sanitärversorgung auf Länderebene, iv) die Etablierung einer führenden VN-Organisation pro Land im Wassersektor und v) ein jährlich stattfindendes hochrangiges Wassersektortreffen („High-Level-Meeting“).

Die Bundesregierung unterstützt bereits heute die ersten vier der genannten Ziele. Grundsätzlich setzt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang auf nationale und regionale Prozesse, die durch globale Initiativen ergänzt werden müssen. Die im genannten Globalen Aktionsplan formulierten Ziele können mit den vorhandenen Instrumentarien häufig bereits effektiv verfolgt werden. Die Bundesregierung beteiligt sich aktiv in verschiedenen Foren und Kontexten an Koordinierungsprozessen, welche die genannten Ziele verfolgen, wie z. B. im Rahmen der VN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD). Derzeit wird international auch das fünfte Ziel die Initiierung eines zusätzlichen jährlichen hochrangigen Wassersektortreffens erörtert. Aufgrund der Vielzahl bereits existierender – auch hochrangiger Konferenzen und Veranstaltungen (Beispiele: Stockholmer Wasserwoche, Weltwasserforum) – hat sich die Bundesregierung hier bisher zurückhaltend positioniert.

11. Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung von UN-Generalsekretär Ban ki-Moon in seiner Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2008: „Was wir letztes Jahr für den Klimawandel getan haben, wollen wir für Wasser und Entwicklung in 2008 tun“?

Die Bundesregierung begrüßt die Entschlossenheit des VN-Generalsekretärs, Ban Ki Moon, das Thema Wasser in den VN-Aktivitäten und der öffentlichen Diskussion noch stärker auf die Tagesordnung zu setzen. Wie in der Antwort zu Frage 1 dargestellt, ist der Wassersektor für die Bundesregierung bereits seit vielen Jahren ein wichtiger Schwerpunktsektor der internationalen Kooperation.

12. Betrachtet die Bundesregierung die sanitäre Grundversorgung als Menschenrecht und welche Schritte unternimmt sie, um dieses völkerrechtlich zu stärken?

Die Bundesregierung setzt sich für eine universelle Anerkennung des Rechts auf diskriminierungsfreien Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung ein. Sie ist der Auffassung, dass dieses Recht auch den Zugang zu einer Grundsanitärversorgung umfasst. Dieses Recht leitet sich ab aus dem Recht auf Leben, dem Recht auf Gesundheit, dem Recht auf Nahrung und dem Recht auf einen angemessenen Lebensstandard. Diese Auffassung teilt auch die vom VN-Menschenrechtsrat auf Initiative der Bundesrepublik Deutschland und Spaniens in Auftrag gegebene Studie des Büros der Hochkommissarin für Menschenrechte, Navanethem Pillay. Diese Studie, die im September 2007 vorgelegt wurde, stellt allerdings auch fest, dass einige Aspekte des Rechts auf diskriminierungsfreien Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung noch der weiteren inhaltlichen Klärung bedürfen. Dies gelte insbesondere für den Aspekt Sanitärversorgung als Teil dieses Menschenrechtes. Unter anderem auch aus diesem Grund ist ein wichtiger Teil des neu geschaffenen Mandates eines Unabhängigen Experten zum Recht auf Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung des VN-Menschenrechtsrates die weitere inhaltliche Klärung dieses Rechtes. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat am 24. September auf seiner 9. Sitzung die Portugiesin Catarina de Albuquerque als Unabhängige Expertin berufen. Das

Mandat wurde auf die deutsch-spanische Initiative hin geschaffen. Die Bundesrepublik Deutschland wird den/die Unabhängige/n Experten/in unterstützen und erhofft sich von dem Mandat u. a. auch eine weitere inhaltliche Klärung der noch offenen Fragen im Hinblick auf die Sanitärversorgung als Teil des Menschenrechtes auf diskriminierungsfreien Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung.

13. Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung im Bereich Sanitärversorgung bis 2015 als Zieljahr der MDGs, sowie für den Zeitraum nach dem Zieljahr 2015 im Rahmen ihrer eigenen Entwicklungskooperation sowie gemeinsam mit internationalen Partnern?

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich verpflichtet, an der Verwirklichung der Ziele, die in der Millenniumserklärung, im Monterrey Konsensus und im Aktionsplan von Johannesburg genannt werden, aktiv mitzuwirken. Dabei ist das ressortübergreifende Aktionsprogramm 2015 das zentrale Instrument der Bundesregierung (siehe Antwort zu Frage 8).

Zahlreiche bilaterale Vereinbarungen sind heute schon für den Zeitraum über 2015 hinaus geschlossen (siehe auch Antwort zu Frage 8).

Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass im Rahmen der Vereinten Nationen dem Thema Sanitärversorgung auch über das aktuelle Zieljahr 2015 für die Erreichung der MDGs hinaus ein hoher Stellenwert eingeräumt wird und die Anstrengungen, mehr Menschen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu verschaffen, mit hoher Intensität fortgeführt werden.

14. Wie plant die Bundesregierung die Sitzungen der Commission on Sustainable Development im Jahr 2008 und 2012 strategisch für das Erreichen des Sanitär-Millenniumsziels zu nutzen?

Die diesjährige Sitzung der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD 16) fand in New York statt und behandelte das Themencluster Landwirtschaft, Ländliche Entwicklung, Land, Dürre, Wüstenbildung und Afrika. Durch die Organisation einer separaten Sitzung zum Stand der Umsetzungen der wasserbezogenen Entscheidungen der CSD 13 hat die Kommission für Nachhaltige Entwicklung erstmals den Versuch unternommen, systematisch die Umsetzung früherer Entscheidungen zu überprüfen. Auch wenn dies aufgrund mangelnden Monitorings nur eingeschränkt möglich war, geht davon eine wichtige Signalwirkung für die Kommission für Nachhaltige Entwicklung insgesamt aus. Die Bundesrepublik Deutschland spielte sowohl in der Vorbereitung als auch während der Sitzung eine wichtige Rolle, und die Erwartungshaltung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland bleibt im Bereich Wasser und sanitäre Grundversorgung hoch. Die Bonner Süßwasserkonferenz 2001 wurde sowohl in Bezug auf Prozess als auch Ergebnis wiederholt als Referenzpunkt genannt.

Die Diskussion im Rahmen der Sitzung zu Wasser und sanitärer Grundversorgung umfasste sowohl Integriertes Wasserressourcenmanagement (IWRM) als auch die Umsetzung der wasser- und sanitärbezogenen Millenniumsziele. Der deutsche Delegationsleiter (Staatssekretär Matthias Machnig, BMU) schlug vor, Wasser und sanitäre Grundversorgung 2009 auch in die Verhandlungen der CSD 17 einzubeziehen, um das Momentum der Sitzung auch in konkrete Beschlüsse zu übertragen. Dieser Vorschlag, der auf eine Intensivierung der Arbeiten zur Erreichung der Wassermillenniumsziele abzielt, wurde von der EU in ihrem Schlussstatement ausdrücklich aufgegriffen.

Für 2012 strebt die Bundesregierung nach derzeitigem Stand vor allem zwei Ziele an: (1) Mobilisierung aller Kräfte der internationalen Gemeinschaft für das Erreichen der Wasser- und Sanitär-Millenniumsziele und (2) Ausgestaltung des

internationalen Handlungsrahmens für den Wasser- und Sanitärsektor für die Zeit nach 2015. Es wird beabsichtigt, dass die Initiative der Bundesregierung, die Kriterien des Joint Monitoring Programmes zu modifizieren, im Jahr 2012 bereits zu konkreten Ergebnissen geführt hat. Schließlich strebt die Bundesregierung an, dass der Paradigmenwechsel von Entsorgungs- hin zu kreislauforientierten Sanitärssystemen international unterstützt wird.

15. Zu welchen Ergebnissen hat die bilaterale Kooperation der Bundesregierung seit 2002 geführt und wie viel mehr Menschen haben hierdurch Zugang zu sanitärer Grundversorgung erhalten?

Aus Sicht der Bundesregierung ist die Stärkung der nationalen Handlungskapazitäten durch Strukturreformen mittel- und langfristig der einzige Weg, quantitative Ziele nachhaltig zu erreichen. Daher setzt die Bundesregierung im Rahmen der Entwicklungspolitik aus einem Guss auf ein Gesamtkonzept, das Kapazitätsentwicklung, Sektorreformen, Verbesserung der politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie Investitionen beinhaltet.

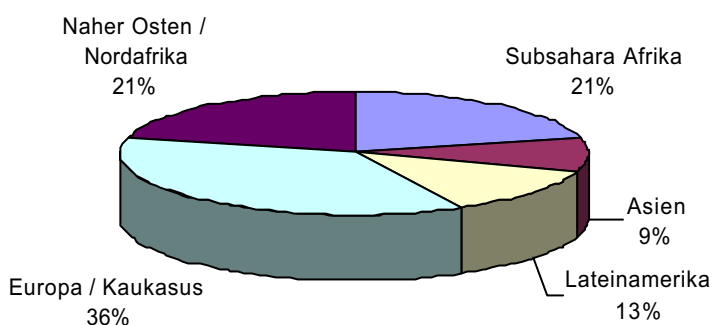
Im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit werden derzeit 130 Investitionsvorhaben im Abwassersektor in 39 Partnerländern mit einem Gesamtvolumen von rund 1,5 Mrd. Euro finanziert. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die MDG-Definition des Zugangs zu Sanitärversorgung nicht den Gesamtsektor Abwassermanagement und Siedlungshygiene umfasst, da es für die MDG-Messung keine Rolle spielt, ob neben dem unmittelbaren Zugang zu einer Toilette oder einer hygienischen Latrine auch eine umweltverträgliche und nicht gesundheitsgefährdende Abwasserentsorgung existiert. Sowohl in Hinblick auf die Gesundheits- als auch auf die Umweltwirkungen ist dieser Aspekt jedoch zentral. Es ist daher wichtig, das MDG-Teilziel 7,10 im Gesamtkontext von MDG 7, Umweltschutz und Nachhaltigkeit, zu sehen.

Daher zielen viele Maßnahmen auch auf verbessertes Abwassermanagement (z. B. Ausbau der Kanalisation oder Bau von Kläranlagen) oder die Sanierung bestehender (aber nicht oder schlecht funktionierender) Anlagen ab.

In diesem Verständnis wird mit den aktuell im Bereich Sanitärversorgung/Abwassermanagement laufenden Vorhaben die Lebenssituation von 35 Millionen Menschen verbessert. Mit den Zusagen seit 2002 werden potentiell ca. 11 Millionen Menschen erreicht (siehe Graphik). Einige dieser Vorhaben sind noch nicht abgeschlossen.

Im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit führt die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in 24 Ländern Vorhaben zur Verbesserung der Sanitärversorgung durch. Sie setzt dabei gezielt auf die Kapazitätsentwicklung von Sektorinstitutionen und auf die Verbesserung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen im Wasser- und Sanitärbereich in den Partnerländern. Die nachhaltige Stärkung von regionalen Wasserinstitutionen an den wesentlichen wasserbezogenen Engpässen in den Regionen ist ein weiterer Schwerpunkt. Diese Vorgehensweise hat sich als effektiv erwiesen, da die Wasser- und Sanitärversorgung der armen Bevölkerung sich nicht ohne entsprechende institutionelle und strukturelle Begleitmaßnahmen auf nationaler Ebene nachhaltig realisieren lässt. Dabei werden zum Beispiel, Institutionen und Betriebe organisatorisch und fachlich beraten, Strategien für die Sanitärversorgung entwickelt und Entscheidungsträger und Bevölkerung für Hygiene und nachhaltige Sanitärversorgung sensibilisiert. Ziel ist es, zusammen mit den Partnern Strukturen und Verfahren im Land so zu verändern, dass sich die Lebenssituation der Bevölkerung nachhaltig verbessert. Die laufenden Maßnahmen zur Sanitärversorgung, die die GTZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchführt, haben ein Volumen von knapp 60 Mio. Euro.

Zielgruppengröße Abwassermanagement ab 2002
Gesamt: 11 Mio. Menschen



Grafik 2: Zielgruppengröße Abwassermanagement ab 2002 (Quelle KfW)

16. In welchen Ländern ist die Kooperation im Wasserbereich für die technische und die finanzielle Zusammenarbeit ein Schwerpunktthema, in welchen ist Sanitärversorgung expliziter Kooperationsbestandteil und welche dieser Länder sind für die Erreichung des Millenniumsziels Sanitäre Grundversorgung bzw. Wasserversorgung „on track“ (bitte aufschlüsseln)?

Die deutsche bilaterale entwicklungspolitische Zusammenarbeit unterstützt 39 Länder bei Abwassermanagement und Sanitärversorgung. Insgesamt werden rund 40 Prozent der gesamten bilateralen Fördersumme des Wassersektors im Abwasserbereich investiert.

Afrika südlich der Sahara	Asien	Lateinamerika	Südosteuropa	Naher Osten/ Mittelmeerraum
Benin**	Afghanistan**	Bolivien**	Albanien**	Ägypten**
Burkina Faso**	Philippinen**	Nicaragua**	Bosnien-Herzegovina	Jemen**
Burundi**	Indien**	Peru**	Kosovo*	Marokko**
Kenia**	Vietnam**	Costa Rica	Montenegro*	Palästinensische Gebiete**
Mali**			Serbien*	Syrien**
Sambia**				Algerien**
Sudan				Jordanien**
Tansania**				Libanon**
Uganda**				Tunesien**
DR Kongo**				

Fett: Partnerländer mit den Schwerpunkten Wasser (inkl. Sanitärversorgung) oder Umwelt

Nicht fett: Engagement im Rahmen regionaler und thematischer Programme

Dunkelgrau: laut JMP bei Sanitärversorgung „on track“; hellgrau: nicht „on track“; weiß: nicht genügend Daten

** Hier ist Sanitärversorgung explizit Kooperationsbestandteil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

* Abwassermanagement im Schwerpunkt öffentliche Infrastrukturförderung

Grafik 3: Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Wasser (inkl. Abwassermanagement) und Umwelt, Stand: Juni 2008

Etwa die Hälfte der oben genannten Länder sind derzeit nach aktuellen Zahlen des Joint Monitoring Programmes (JMP) nicht „on track“, d. h. die Fortschritte bei der Versorgung reichen nicht aus, um das Millenniumsziel zu erreichen.

17. In welcher Weise integriert die Bundesregierung die sanitäre Grundversorgung in relevante Sektorpolitiken (etwa in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Frauen, Wirtschaftsentwicklung und Umwelt) und wie stellt sie sicher, dass in allen von ihr geförderten Projekten angemessene und geschlechtergetrennte Toiletten zur Verfügung stehen?

Die Bundesregierung integriert sanitäre Grundversorgung vor allem in den Sektoren Bildung, Gesundheit, Kommunalförderung und Umwelt. Das Sektorkonzept Wasser betont die Bedeutung von Sanitärversorgung für Gesundheit, Umwelt, Bildung und die Gleichberechtigung von Frauen.¹

Im Bereich Kindergesundheit verursacht der fehlende Zugang zu sanitärer Grundversorgung vor allem bei Kindern Wurm- und Durchfallerkrankungen mit nachhaltigen Auswirkungen auf den Ernährungs- und Gesundheitszustand. Da sich Kinder in einer Phase intensiven physischen und geistigen Wachstums befinden, sind sie besonders anfällig für diese Einflüsse. So fördert die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit die Gesundheits- und Hygieneerziehung an Schulen durch die Anleitung zur hygienisch sicheren Nutzung von Toilettenanlagen und die Reinigung und Behandlung von Trinkwasser. Ein wichtiges Element dabei stellt die Aufklärung über die gesundheitsfördernden Effekte von Händewaschen und persönlicher Hygiene dar.

Die Qualität der Sanitärversorgung beeinflusst auch die Chancen auf Bildung, da Mädchen nach Eintreten der Menstruation bei fehlenden sanitären Einrichtungen oft der Schule fern bleiben. Zudem bedeuten häufige Krankheiten im Familienkreis, u. a. verursacht durch eine mangelhafte Sanitärversorgung, eine zusätzliche Belastung vor allem für Mädchen, die sie möglicherweise von Schul- und Ausbildung abhält. Hinsichtlich angemessener und geschlechtergetrennter Toiletten für die Planung und Durchführung von Vorhaben im Bereich Wasser- und Sanitärversorgung macht das Sektorkonzept „Wasser“ verbindliche Vorgaben. Maßnahmen zur Sanitärversorgung werden demnach nach Nutzergruppen konzipiert. Während z. B. Toiletten für individuelle Haushalte nicht geschlechtergetrennt geplant werden, sind Gemeinschaftstoiletten beispielsweise in Armutsvierteln, auf Märkten oder in Schulen geschlechtergetrennt zu planen. Entwicklungspolitische Vorhaben im Bereich Wasser- und Sanitärversorgung umfassen aber auch die Unterstützung und Kapazitätsentwicklung von Frauen, damit diese ihre spezifischen Interessen und Bedürfnisse in Entscheidungsprozesse einbringen können.

In Umweltvorhaben spielt das umweltverträgliche Abwasser- und Abfallmanagement in vielen Ländern, so z. B. in Marokko, Tunesien, Kosovo, Montenegro, Serbien und Vietnam eine große Rolle.

Eine angepasste Technologiewahl ist wichtig für die Armutsorientierung und Nachhaltigkeit von Vorhaben. Wasser- und Sanitärsysteme müssen sich daher u. a. an siedlungsgeographischen, hygienischen und hydrogeologischen Gegebenheiten sowie am kulturellen und sozialen Kontext orientieren und den nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen Wasser, Boden, Nährstoffe und/oder Energie fördern.

¹ BMZ Konzepte Nr. 143 (September 2006): „Sektorkonzept Wasser“

18. Welche Anteile der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Sanitärbereich gehen in den ländlichen Raum, welche in urbane Gebiete und wie begründet die Bundesregierung dies?

Die Bundesregierung orientiert sich bei der bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit eng an den Strategien der Partner, wie dies in der Pariser Erklärung gefordert ist, die auf der Konferenz zur Wirksamkeit von Entwicklungshilfe im März 2005 durch die Gebergemeinschaft verabschiedet wurde. Derzeit fließen etwa 70 Prozent des finanziellen Volumens von Wasser- und Sanitärvorhaben der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit in städtische Gebiete. Etwa 15 Prozent der Mittel fließen in regionale Vorhaben bzw. in Sektorreformprogramme, die sowohl auf Städte als auch auf ländliche Gebiete ausgerichtet sind. Weitere 15 Prozent der Mittel fließen in ländliche Vorhaben. Die Wasser- und Sanitärversorgungssituation in den Städten ist in den meisten Partnerländern der Bundesregierung, insbesondere in unkontrolliert wachsenden städtischen Slums, schlimmer als in ländlichen Gebieten. Zwar ist insgesamt die Anzahl der Menschen, die unversorgt sind, auf dem Land größer als in urbanen Gebieten, aber die Auswirkungen der mangelhaften Versorgung sind in den Städten aufgrund höherer Bevölkerungsdichte gravierender.

Vor allem in Subsahara-Afrika spiegelt die Schwerpunktsetzung im städtischen Bereich auch die Notwendigkeit einer stärkeren Arbeitsteilung zwischen den Gebern und größerer Spezialisierung wider. Die Bundesrepublik Deutschland profiliert sich in diesem Zusammenhang im Bereich Städtische Wasser- und Basis-sanitärversorgung, vor allem in Stadtrandgebieten sowie Klein- und Mittelstädten.

19. In welchem Verhältnis stehen im Bereich der Sanitärversorgung der Mitteleinsatz der Bundesregierung zur Unterstützung von wiederverwertungsorientierten Ansätzen der Sanitärversorgung (ecosan) und der Mitteleinsatz zur Unterstützung konventioneller Systeme, sowie der Mitteleinsatz für dezentrale und der für zentrale Systeme (bitte gesondert aufschlüsseln)?

Mitteleinsatz der Bundesregierung zur Unterstützung von wiederverwertungsorientierten Ansätzen der Sanitärversorgung (ecosan):

Wiederverwertungsorientierte Ansätze lassen sich in drei Kategorien unterscheiden: (A) Umfassend kreislauforientierte Abwasser- und Sanitärsysteme, (B) Kreislauforientierte Abwasser- und Sanitärsysteme, und (C) Entsorgungsorientierte Abwasser- und Sanitärsysteme (siehe Legende). 15 Prozent der Mittel werden für umfassende kreislauforientierte Systeme eingesetzt, 35 Prozent für kreislauforientierte Systeme und 50 Prozent für entsorgungsorientierte Systeme. (siehe Tabelle).

Auftragsvolumen laufender Projekte	(A) Umfassend kreislaufforientierte Systeme	(B) Kreislaufforientierte Systeme	(C) Entsorgungsorientierte Systeme
Gesamt FZ und TZ [EUR]	ca. 240 Mio. (220 + 20)	ca. 550 Mio. (530 + 20)	ca. 780 Mio. (750 + 30)
[Prozent]	ca. 15 Prozent	ca. 35 Prozent	ca. 50 Prozent

Legende – Erläuterung zur Einordnung verschiedener Sanitärsysteme in die genannten Kategorien:

A: Umfassend kreislaufforientierte Systeme (weitgehende Schließung von Energie-, Nährstoff- und Wasserkreisläufen) ... sind solche, die eine hygienisch sichere, umfassende Rückführung der in Fäkalien und Haushaltsabwasser enthaltenen Energieinhalte (z. B. via Biogasgewinnung) bzw. Nährstoffe in natürliche Kreisläufe ermöglichen sowie eine Wasserwiederverwendung (z. B. als Brauch- oder Bewässerungswasser) fördern. Dies wird zum Beispiel in Haushaltsbiogasanlagen in Nepal verwirklicht, die Toilettenabwässer und Dung von Kühen aufnehmen und dann Kochgas für die Familien, sowie Dünger für die Landwirtschaft liefern. Ein anderes Beispiel für umfassende kreislaufforientierte Systeme sind Urinseparations-Trocknungs-Toiletten, bei denen Urin und kompostierte Fäkalien wieder in die landwirtschaftliche Nutzung zurückgeführt werden. Weitere Beispiele sind Kläranlagen ohne Nährstoffelimination (z. B. Pflanzen- oder Teichkläranlagen), bei denen das gereinigte Abwasser für die Bewässerung genutzt und der Schlamm in der Landwirtschaft als Dünger verwendet wird.

B: Kreislaufforientierte Systeme (teilweise Nutzung von Energie, Wasser und Nährstoffen) ... sind solche, die eine Kreislaufführung von bestimmten Teilströmen gezielt ermöglichen.

Wenn zum Beispiel Fäkalschlamm aus Sickergruben gesammelt, aufbereitet und als Bodenverbesserer zurück in die Landwirtschaft gebracht wird oder der Energie- und Düngewert des anfallenden Klärschlammes in zentralen Kläranlagen genutzt wird, dann ist teilweise eine Kreislaufführung erreicht. Die im Sickerwasser und Kläranlagenablauf enthaltenen Stoffe gehen jedoch für eine gezielte Kreislaufführung verloren.

C: Entsorgungsorientierte Systeme

... sind solche, die keine gezielte Kreislaufführung erreichen, jedoch zum Schutz der Gesundheit und/oder der Umwelt beitragen. Typische Beispiele sind zentrale oder dezentrale Abwassersysteme bei denen Fäkalien, Schlämme aus Aufbereitungsanlagen in Deponien oder anderweitig entsorgt werden und das gereinigte Abwasser in Oberflächengewässer eingeleitet wird.

Nicht alle Fälle in der Realität passen eindeutig in diese Einteilung.

Mitteinsatz der Bundesregierung zur Unterstützung von dezentralen und zentralen Sanitärsystemen:

Sanitärsysteme lassen sich auch folgendermaßen unterscheiden: (X) dezentrale Sanitärsysteme, (Y) Semizentrale Sanitärsysteme, und (Z) Zentrale Sanitärsysteme (siehe Legende). Derzeit werden 2 Prozent der Mittel für dezentrale Systeme, 5 Prozent für semizentrale und gemischte Systeme und 93 für zentrale Abwassersysteme ausgegeben (siehe Tabelle).

Auftragsvolumen laufender Projekte	(X) Dezentrale Sanitärsysteme	(Y) Semizentrale und gemischte Systeme	(Z) Zentrale Abwassersysteme
Gesamt FZ und TZ [EUR]	ca. 30 Mio.	ca. 80 Mio.	ca. 1 500 Mio.
[Prozent]	ca. 2 Prozent	ca. 5 Prozent	ca. 93 Prozent

Legende – Erläuterung zur Einordnung verschiedener Sanitärsysteme in die genannten Kategorien:

X: dezentrale Systeme
... reichen von Grubenlatrinen (mit oder ohne ausreichende Behandlung des Fäkalschlamm) bis hin zu Systemen wie Urinseparations-Trocknungs-Toiletten oder Haushaltsbiogasanlagen. In dem Betrag sind Vorhaben anderer Sektoren mit einer Basissanitärkomponente nicht enthalten, etwa Slumsanierungen, Sanitäreinrichtungen an Schulen oder Gesundheitszentren oder ländliche Energieversorgung, wie z. B. die über 300 000 Biogasanlagen in Nepal (22 Mio. Euro der Finanziellen Zusammenarbeit).

Y: semizentrale Systeme
... umfassen Sanitärsysteme mit kleinen Kanalnetzen und ggf. angeschlossenen Kläranlagen für Kleinsiedlungen oder Stadtteile (z. B. Teichanlagen, Pflanzenkläranlagen, Anaerobic Baffled Reactors, etc.).

Z: zentrale Systeme
... werden i. d. R. durch ein zentrales Kanalnetz mit einer angeschlossenen Kläranlage (häufig Teichanlagen oder Kläranlagen mit Belebtschlammverfahren), charakterisiert.

Die Einteilung in die Kategorien X, Y, und Z sagt nichts über die Kreislauforientierung aus. Allerdings sind große zentrale Systeme in Ländern ohne Wasserstress häufiger entsorgungsorientiert, da hier das gereinigte Wasser nicht für die Bewässerung benötigt wird und die Rückführung von Nährstoffen nur eingeschränkt empfohlen werden kann, wenn z. B. durch eine gemeinsame Ableitung von Haushalts- und Industrieabwässern die Klärschlämme mit Industrieabwässern belastet sind.

20. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, die Anwendung des ecosan-Ansatzes substantiell auszuweiten?

Im Verständnis der Bundesregierung bezeichnet der ecosan-Ansatz eine Herangehensweise, die zum Ziel hat, eine größtmögliche Nachhaltigkeit zu erreichen und die Kreisläufe von Wasser, Nährstoffen und organischem Material weitgehend zu schließen. Des Weiteren kann die Energie, die in Abwässern, Fäkalien und organischem festen Abfall enthalten ist, nutzbar gemacht werden, indem in anaeroben Verfahren Biogas produziert und erfasst wird.

Technische ecosan-Lösungen müssen immer standortangepasst angewendet werden. Sie können eine Vielzahl von Technologie-Komponenten beinhalten und als dezentrale, semizentrale aber auch als zentrale Systeme ausgestaltet werden. Ein Beispiel für ein dezentrales System sind Urinseparations-Trocknungs-Toiletten auf Haushaltsebene, verbunden mit Grauwasserreinigungs-Systemen in Form von bepflanzten Bodenfiltern. Semizentrale kreislauforientierte Systeme können etwa Biogasanlagen oder Pflanzenkläranlagen für kleinere Stadtteile sein, die mit einem vereinfachten Kanalisationssystem auskommen. Stoffstromtrennung (z. B. die Trennung von Grauwasser und Fäkalien) kann auch hier sinnvoll sein. Beispiele für zentrale Systeme, sind energieeffiziente Kläranlagen, bei denen das gereinigte Abwasser zur landwirtschaftlichen Bewässerung genutzt wird und Klärschlamm zu Biogas oder Dünger verarbeitet wird. Die Qualität des Klärschlamm Düngers ist besonders gut, wenn bestimmte städtische Industrieabwässer getrennt gesammelt werden.

Die Bundesregierung unterstützt im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit bereits in erheblichem Umfang Kreislaufwirtschaftsansätze bei zentralen Lösungen (siehe Antwort zu Frage 19 zu Ausgaben für laufende Vorhaben).

Um den ecosan-Ansatz auszuweiten, hat die Bundesregierung im Jahr 2001 das ecosan-Sektorvorhaben eingerichtet, das sich derzeit in der dritten Projektphase (2008 bis 2011) befindet. Das Gesamtvolumen für den Zeitraum 2003 bis 2011

beträgt 5 450 000 Euro. Das übergeordnete Ziel des Sektorvorhabens ist es, durch die konzeptionelle Weiterentwicklung von ökologischen Sanitärkonzepten, Kapazitätsentwicklung und Pilotmaßnahmen die Grundlagen für die Verbreitung nachhaltiger Sanitärkonzepte zu schaffen. Aktuelle Aktivitäten beinhalten: die Moderation von Netzwerken und Arbeitsgruppen (seit Januar 2007 insbesondere die Sustainable Sanitation Alliance, siehe unten), fachliche Beiträge und Studien, Durchführung von Pilotprojekten, Entwicklung und Anpassung von Technologien, geeigneter Organisationsmodelle und Verwertungskonzepte, und die Wissensvermittlung mit unterschiedlichen Informationsmanagement-Instrumenten sowie die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit.

Übergeordnetes Ziel des Sektorvorhabens ist dabei die Verankerung von ecosan-Konzepten in nationalen Strategien und Ansätzen, z. B. als Bestandteil von Curricula in Bildungseinrichtungen; in nationalen politischen Strategien, Richtlinien und Standards oder nationalen Förderprogrammen. So hat z. B. die indische Regierung beschlossen, dass die Leiter der Indien-weit erfolgreichen Kampagne „Sanitärversorgung für alle“ („total sanitation campaign“) im ecosan-Ansatz ausgebildet werden sollen. In den Philippinen wird gegenwärtig ebenfalls ein Gesetz zur gezielten Förderung von ecosan-Systemen ausformuliert.

Im Ergebnis besitzt die Bundesrepublik Deutschland heute zusammen mit Schweden, den Niederlanden, Norwegen und der Schweiz – in Europa die Themenführerschaft im Bereich ecosan und nachhaltigen Sanitärssystemen.

Um zur weiteren Ausbreitung von nachhaltigen Sanitärkonzepten beizutragen, wurde im Januar 2007 die Sustainable Sanitation Alliance (SuSanA) gegründet. SuSanA ist eine strategische Allianz für die schnellere Verbreitung von nachhaltigen Sanitärkonzepten, und wird über das ecosan-Sektorvorhaben und die Mitarbeit deutscher Organisationen wie dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED), der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffen (BGR), KfW, BORDA TTZ und mehreren Universitäten gefördert.

Dem SuSanA-Netzwerk gehören bereits mehr als 100 internationale Partner an (Stand August 2008). Das Netzwerk dient dem Wissenstransfer und der verstärkten Vernetzung der wichtigsten Organisationen im Bereich der nachhaltigen Sanitärversorgung, wobei die SuSanA definitorisch nicht nur Kriterien der ökologischen Nachhaltigkeit zugrunde legt. Dies geschieht durch die thematische Arbeit in zwölf Arbeitsgruppen, in der Projektanalyse mittels einer internet-basierten Darstellungs-Software und Projektdatenblättern, durch umfassende Informationen über die SuSanA-Homepage und durch gemeinsame Konferenzauftritte. Die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von nachhaltiger Sanitärversorgung unter den beteiligten Organisationen und der gemeinsame Einsatz trägt zur weiteren Ausbreitung von nachhaltigen Sanitärkonzepten bei – innerhalb der Organisationen, die dem Netzwerk angehören, sowie durch Informations- und Lobbyarbeit gegenüber Dritten.

Auch im Forschungsbereich wird die Ausbreitung von kreislauforientierten Ansätzen gefördert. Ein Beispiel ist hier das BMBF-geförderte Valley View University Projekt in Accra, Ghana. Das Konzept der „ersten ökologisch geplanten Universität von Afrika“ beinhaltet die Wiederverwertung von Urin und kompostierten Fäkalien als Dünger sowie die Nutzung von Grau- und Regenwasser. Es ist vorgesehen, die Umsetzung von Teilen dieses Konzepts unter dem Aspekt der Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu fördern.

Ein Beispiel für Forschungsvorhaben in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in Knittlingen bei Pforzheim: „DEUS 21 (Decentralised Urban Infrastructure Systems)“ ist ein Modellprojekt mit u. a. Vakuum-Kanalisationssystem, dezentraler Abwasserreinigung und Regenwasseraufbereitung.

21. Inwiefern sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf dafür, auch in Deutschland weitere bundespolitische Maßnahmen im Hinblick auf die Abwasserbeseitigung, Verwertung und der Siedlungshygiene zu ergreifen?

Mit der Wasserrahmenrichtlinie und mit der Übernahme der Zielsetzungen der beiden Richtlinien über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung sowie über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten in das Wasserhaushaltsgesetz wird der Anforderungsbereich der Abwasserverordnung in Richtung auf integrative Umweltschutzanforderungen erheblich erweitert. Ziel dabei ist es, die von der Abwasserbehandlung ausgehende Gesamtwirkung bzw. die Gesamtemissionen stärker zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Föderalismusreform wurde im September 2006 das Recht zur umfassenden Gesetzgebung im Bereich der Abwasserentsorgung auf den Bund überführt. Vor dem Hintergrund des integrierten und medienübergreifenden Ansatzes erfolgen derzeit folgende bundespolitische Maßnahmen im Hinblick auf die Abwasserbeseitigung:

- Überprüfung der mehr als 50 Anhänge zur Abwasserverordnung auf Vereinfachungsmöglichkeiten und Anpassungsbedarf an den Stand der Technik,
- Überprüfung der Anforderungen für die Regenwasserbewirtschaftung,
- Festlegung von Mindestmaßnahmen für die Energieeffizienz von Kläranlagen,
- Rückgewinnung von Rohstoffen (zum Beispiel Phosphor und Nitrat) aus Abwasser und Klärschlamm.

Zu den „Gefahren für den Menschen“ zählen dabei insbesondere mikrobielle Schadorganismen, deren Emissionen im Sinne der Richtlinien über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung vermieden werden sollen. Mit den klassischen Abwasserbehandlungsverfahren werden hygienisch bedenkliche Keime (Viren, Bakterien, Parasiten, darunter auch Keime mit Mehrfachresistenz gegen Antibiotika) oder andere Mikroverunreinigungen nicht bzw. nicht vollständig eliminiert. Maßnahmen zur Hygienisierung des Abwassers müssen daher, neben Maßnahmen vor Ort, z. B. an Gewässern, die auch als Badegewässer genutzt werden, unternommen werden. Mit dem Einsatz von Membranfiltrationsanlagen können sowohl die Anforderungen einer weitergehenden Abwasserreinigung als auch eine hohe hygienische Sicherheit (mit praktisch vollständiger Entfernung pathogener Erreger) bei der Einleitung erreicht werden.

Die Rolle der Entwicklungsländer

22. Welche wesentlichen Engpässe sieht die Bundesregierung in Entwicklungsländern, die Fortschritten entgegenstehen?

Mangelnder politischer Wille, mangelnde finanzielle Mittel (Zahlungsfähigkeit), Tabuisierung des Themas und Kapazitätsmangel sind die zentralen Punkte, die nachhaltigen Fortschritten im Bereich sanitärer Grundversorgung entgegenstehen. Zudem hängen Fortschritte vor allem bei dezentralen Systemen auch von der Nachfrage und den Prioritäten der privaten Haushalte bei ihren Investitionsentscheidungen ab. Auch mangelndes Wissen über den volkswirtschaftlichen Nutzen von Investitionen in sanitäre Grundversorgung und die Bedeutung für nachhaltige Entwicklung insgesamt ist ein wesentliches Hindernis. Siehe hierzu auch die Antwort zu Frage 3 zu den wesentlichen Engpässen.

- a) Welche Rolle spielen dabei die Tabuisierung des Themas und Kapazitätsmängel?

Tabuisierung des Themas, mangelndes Wissen und Kapazitätsmängel spielen eine zentrale Rolle. Ein Beispiel für die Probleme, die durch die Tabuisierung des Themas entstehen, stellt die besondere Benachteiligung von Mädchen und Frauen durch unzureichende Sanitäranlagen dar. Wenn keine Sanitäranlagen vorhanden sind, müssen Frauen oft warten bis es dunkel ist, um sich zu erleichtern. In der Dunkelheit steigt jedoch die Gefahr von sexuellen Übergriffen. Fehlende oder unhygienische Schultoiletten führen außerdem nicht selten dazu, dass Mädchen beim Einsetzen der Menstruation die Schule verlassen.

Die zahlreichen Aktivitäten im Internationalen Jahr der Sanitärversorgung 2008 haben bereits dazu geführt, dass auf internationalen und regionalen Konferenzen sehr offen über das Thema diskutiert wurde. Beispiele hierfür sind neben den Regionalkonferenzen (siehe Antwort zu Frage 7) auch der AU-Gipfel zu Wasser- und Sanitärversorgung, der G8-Prozess unter japanischer Ratspräsidentschaft sowie das EU-AMCOW Statement on Sanitation.

- b) Was tut die Bundesregierung, um diese Engpässe beseitigen zu helfen?

Das Ziel der gesamten deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im Wassersektor ist es, Engpässe, die einer nachhaltigen Wasser- und Sanitärversorgung entgegenstehen, zu überwinden. Die Antwort zu Frage 7 beschreiben die Ansätze der Bundesregierung, die politische Aufmerksamkeit für diesen Themenbereich zu erhöhen sowie finanzielle Mittel für die Umsetzung bereit zu stellen. Ein wichtiger Faktor ist dabei die Bereitschaft zu langfristigem Engagement, denn einschneidende Verhaltensänderungen und der Wandel sozialer Normen erfordern Zeit.

23. Wie und in welchem Umfang fördert die Bundesregierung die Entwicklung nationaler Strategien und Pläne von Entwicklungsländern für ihre Wasser- und Sanitärversorgung?

Die Förderung der Wassersektorreform ist in vielen Ländern eine wichtige Aufgabe der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Die Sanitärversorgung und das Abwassermanagement spielen dabei sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum eine entscheidende Rolle im Rahmen der Gesamtwassersektorreform. Die Reform beinhaltet in den meisten Ländern, u. a.:

- Die Klärung von Zuständigkeiten: i) auf ministerialer Ebene (zwischen den verschiedenen Ministerien – Wasser, Gesundheit, Umwelt usw.), ii) zwischen der sektorpolitischen und operativen Ebene (oft Einmischung des zuständigen Ministeriums in operative Aufgaben, vor allem im ländlichen Raum) und iii) zwischen dem Zentralstaat und den Gebietskörperschaften.
- Die Festlegung der subsektoralen Zielsetzungen im Rahmen der MDGs und der nationalen sektorübergreifenden Strategien (PRSP usw.).
- Die Verbesserung des sektoralen Informations- und Monitoringsystems.
- Technologische Orientierungen und Normen für die Planung und Auswahl von Investitionen (zentral oder dezentral, ecological sanitation usw.).
- Die nachhaltige und armutsorientierte Finanzierung der Sanitärversorgung: z. B. gemeinsame Gebühr für Sanitär- und Trinkwasserversorgung, Zuschüsse des nationalen Staatshaushalts, internationale ODA-Finanzierungen, private Investitionen.

In der Region Naher Osten und Nordafrika und in den Regionen Europa und Asien spielt das Abwassermanagement schon lange eine sehr wichtige Rolle,

während in Subsahara-Afrika der Fokus bisher auf dem Bereich der Wasserversorgung lag. Nachdem in vielen Partnerländern die oben genannten Grundlagen für Fortschritte in diesem Bereich geschaffen wurden, gibt es nun auch dort eine verstärkte Orientierung auf den Sanitärsektor.

In welcher Weise fördert die Bundesregierung Reformen des Sanitärsektors in Entwicklungsländern?

Die Aufteilung der Subsektoren erfolgt in den meisten Ländern in i) städtische Wasser- und Sanitärversorgung und ii) ländliche Wasser- und Sanitärversorgung und iii) Wasserressourcenmanagement. Daher beziehen sich Reformen auf diese Subsektoren, die die Sanitärversorgung beinhalten. Darüber hinaus gibt es auch Reformen des Gesamtwassersektors der Wasserversorgung und des Abwassersektors.

Reformen werden in allen genannten Teilbereichen unterstützt. In der Region Naher Osten und Nordafrika und in den Regionen Europa und Asien spielt das Abwassermanagement schon lange eine sehr wichtige Rolle, während in Subsahara-Afrika der Fokus bisher auf dem Bereich der Wasserversorgung lag. Nachdem in vielen Partnerländern die Grundlagen (z. B. Klärung von Zuständigkeiten) für Fortschritte in diesem Bereich geschaffen wurden, gibt es nun auch dort eine verstärkte Orientierung auf den Sanitärsektor.

24. Wie und in welchem Umfang fördert die Bundesregierung die Einbeziehung von Wasser- und Sanitärversorgung in die nationalen Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP)?

In folgenden Partnerländern der Bundesregierung mit Wasserschwerpunkt gibt es bereits Armutsbekämpfungsstrategiepapiere (Poverty Reduction Strategy Papers – PRSP): Afghanistan, Benin, Bolivien, Burkina Faso, Burundi, Jemen, Kenia, Kongo, Mali, Sambia, Tansania, Uganda. In den PRSP setzen die nationalen Regierungen ihre eigenen Entwicklungsprioritäten. Die deutsche Bundesregierung setzt sich durch aktive Beteiligung am Politikdialog über prioritäre Themen für die menschliche Entwicklung (z. B. Wasser- und Sanitärversorgung) bei der Erstellung der PRSP ein. Wasser- und Sanitärversorgung wird allerdings auch in zahlreichen Ländern in denen es keine PRSP gibt gefördert. In diesen Ländern setzt sich die Bundesregierung für die Integration in nationale und sektorale Entwicklungsstrategien ein.

- a) Wie bewertet die Bundesregierung das bislang in diesem Bereich Erreichte?

Wie sich aus Anlage I ergibt, wurde im Rahmen der Erstellung von PRSP in vielen Partnerländern der Bundesregierung die Wasser- und Sanitärversorgung als wichtiger Sektor zur Reduzierung der Armut erkannt und in die PRSP als prioritäre Maßnahmen aufgenommen.

- b) In welchen unserer Partnerländer mit Schwerpunkt Wasser, die Schuldenerlasse im Rahmen der HIPC (Heavily Indebted Poor Countries)-Initiative erhalten haben, war die Sanitärversorgung von Anfang an Teil der Armutsbekämpfungsstrategie, in welchen Ländern kam sie später hinzu und wo fehlt sie ganz?

Benin, Burkina Faso, Burundi, Mali, Sambia, Tansania, Uganda, Bolivien, Nicaragua und Afghanistan haben von den oben genannten Ländern (siehe Antwort zu Frage 24) im Rahmen der HIPC¹-Initiative Schuldenerlasse erhalten. In allen

¹ HIPC = Heavily Indebted Poor Countries (hoch verschuldete arme Länder).

diesen Ländern – mit Ausnahme Afghanistans – sehen die nationalen Armutsbekämpfungsstrategien Maßnahmen im Bereich Abwasser und sanitäre Basisversorgung vor. In Afghanistan waren im (Interims-)PRSP von 2006 zunächst keine konkreten Maßnahmen im Bereich Sanitärversorgung vorgesehen. Dies wurde zwischenzeitlich korrigiert. Im PRSP von 2008 für Afghanistan sind konkrete Maßnahmen im Bereich Sanitärversorgung vorgesehen.

25. Inwieweit wird nach Kenntnis der Bundesregierung die Sanitärversorgung in nationale IWRM (Integriertes Wasser-Ressourcen-Management)-Pläne einbezogen, wie dies der Johannesburg Plan of Implementation in Kapitel 2 Abs. 8g vorsieht und unterstützt sie unsere Partnerländer – speziell die mit Kooperationschwerpunkt Wasser – dies zu tun?

Inwieweit Sanitärversorgung in die nationalen Pläne des Integrierten Wasserressourcenmanagements (IWRM) einbezogen wird, variiert stark nach Region und Partnerland. Die folgenden Ergebnisse einer Länderabfrage aus einigen wichtigen Partnerländern mit Kooperationschwerpunkt Wasser geben einen Überblick über die Integration von Sanitärversorgung in nationalen IWRM-Plänen.

Sanitärversorgung in nationalen IWRM-Plänen der Partnerländer

Land	Sanitärversorgung in nationalen IWRM-Plänen
DR Kongo	– Ein strategisches Konzept zur Neuordnung des Wassersektors unter Berücksichtigung von IWRM wird entwickelt. Reformen des städtischen Wassersektors sind eingeleitet.
Sambia	– Förderung einer integrierten Entwicklung von Wasser- und Sanitärversorgung sowie Hygieneerziehung zur Stärkung der Wirkungen auf die Gesundheit.
Tansania	– Eine integrierte sektorumfassende Planungsstruktur für Wasserressourcenmanagement und zugleich Wasser- und Sanitärversorgung ist in Kraft. – Nutzer sind an Entscheidungen über adäquate Technologie für die Bereitstellung von Wasser- und Sanitärversorgung beteiligt.
Afghanistan	– Im Ministry of Water ist es Konsens, dass IWRM zu Poverty Reduction beiträgt. Bisher gibt es dazu aber kein spezifisches Dokument, die Aufteilung der sektoralen Zuständigkeiten auf mehrere Ministerien erschwert die Abstimmung.
Ägypten	– Sanitärversorgung ist in Ägypten ein fester und wichtiger Bestandteil des „National Water Resources Plan“ wie auch des Restrukturierungsplanes „Vision and Strategy on Institutional Reform“ im Wassersektor, die beide die Einführung von IWRM zum Ziel haben.
Marokko	– Marokko setzt auf eine IWRM-Strategie, die eine Verbesserung und Effizienzsteigerung in der Bewässerungslandwirtschaft sowie verbesserten und nachhaltigen Zugang zu Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung beinhaltet. Wasserwirtschaftverbände in den Flusseinzugsgebieten tragen die Verantwortung für die Umsetzung.
Philippinen	– Auf nationaler Ebene wurde 2007 ein „Philippine IWRM Directional Framework Plan“ veröffentlicht. Er ist verbindlich für die Erstellung der IWRM-Pläne auf Provinzebene. Auf nationaler Ebene ist kein IWRM-Plan vorgesehen. – Wasser- und Sanitärversorgung sind Teil der IWRM-Pläne. – Wasser- und Sanitärversorgung haben den gleichen Stellenwert in den IWRM Plänen. – Die GTZ unterstützt in den Pilotprovinzen Bohol und Negros Oriental die Erstellung der IWRM-Pläne und die Umsetzung erster Maßnahmen.

- Vietnam**
- In der vietnamesischen „National Strategy on Water Resources to 2020“ werden die IWRM-Prinzipien deutlich bekräftigt. Das Ministry of Natural Resources and Environment ist mit IWRM beauftragt. Es hat diese Aufgabe delegiert an das Department for Water Resources Management (DWRM) und Center of Water Resources Planning and Investigation (CEWAPRI).
 - Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) plant mit CEWAPRI ein Projekt, mit dem die Integration der mit Abwasserwirtschaft verbundenen Aspekte in das IWRM gestärkt werden sollen.

26. Welche Aktionspläne zur Umsetzung der NePAD (New Partnership for Africa's Development) peer review-Berichte enthalten nach Kenntnis der Bundesregierung Aktionen im Bereich der sanitären Grundversorgung und wie bietet die Bundesregierung im Sinne den NePAD-Staaten zugesagten bevorzugten Partnerschaften an, solche Aktionen zu unterstützen?

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt die Reformprojekte der Neuen Partnerschaft für Afrikanische Entwicklung (New Partnership for African Development – NEPAD)-Initiative im Rahmen des G8-Afrika-Aktionsplans. Zu den prioritären Infrastrukturprojekten NEPADs auf dem Afrikanischen Kontinent gehören auch Wasser- und Sanitärprojekte. Das deutsche Engagement im Wassersektor knüpft an diese afrikanischen Initiativen an. Die Bundesrepublik Deutschland ist der größte bilaterale Geber im Wassersektor in Subsahara-Afrika.

Dabei konzentriert die Bundesrepublik Deutschland sich in derzeit zehn Schwerpunktländern auf die folgenden Schlüsselbereiche:

- Wasser- und Sanitärversorgung, besonders in Klein- und Mittelstädten,
- Reformen des Wassersektors,
- Stärkung von Wasserressourcenmanagement.

Die deutsche Entwicklungspolitik orientiert sich damit am Bedarf der afrikanischen Partnerländer sowie der wasserpolitischen Institutionen in Afrika (AMCOW, AfDB) und bringt ihre besonderen Stärken im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung ein.

Die NEPAD peer review-Länderberichte nehmen Sanitärversorgung im sozial-ökonomischen Teil auf. Im Folgenden sind ausgewählte Länderergebnisse der NEPAD peer review-Berichte exemplarisch dargestellt:

- Ghana: Für Ghana wird die Verbesserung der sanitären Grundversorgung angesprochen. „Erweiterung des Zugangs für arme Bevölkerungsschichten zu sozialen Einrichtungen speziell zu Gesundheit, Bildung, Wasser und Sanitärversorgung.“ Der Aktionsplan empfiehlt eine dem Bevölkerungswachstum angepasste Sanitärversorgung.
- Benin: Zwar zeigt der peer review-Länderbericht Probleme im Sanitärbereich auf, ebenso fordert er mehr Aufmerksamkeit für das Thema Sanitärversorgung, jedoch werden im Aktionsplan (Programme of Action) keine konkreten Vorschläge für eine bessere Umsetzung der Sanitärprogramme gemacht.
- Algerien: Der Aktionsplan von Algerien greift das Thema Sanitärversorgung auf und empfiehlt die Umsetzung von Sanitärprojekten.
- Kenia: Der Aktionsplan fordert eine Beschleunigung bei der Umsetzung von Wassersektorreformen, die auch sanitäre Grundversorgung beinhalten.
- Südafrika: Der Aktionsplan für Südafrika fordert einen massiven Ausbau der Sanitärinfrastruktur, um die sanitäre Grundversorgung der Bevölkerung besser zu gewährleisten.

Es ist nun Aufgabe der Peer Review-Staaten, diese Ergebnisse in den nationalen Dialog zu Wasser- und Sanitärversorgung einzubringen. Wo die Bundesrepublik Deutschland in diesem Sektor tätig ist, wird sie diese Punkte im Sektordialog aufgreifen und in der Umsetzung gemeinsam mit anderen zu unterstützen versuchen.

27. Wie hoch müssten – gemessen sowohl am Bruttoinlandsprodukt als auch als Anteil am nationalen Haushalt – die Ausgaben für sanitäre Grundversorgung in unseren Partnerländern mit Schwerpunkt Wasser sein, um das Millenniumsziel zu erreichen und welche globale Zielmarke empfiehlt die Bundesregierung?

Dem Human Development Report von 2006 zufolge wurden im Jahr 2005 weniger als 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Maßnahmen in den Bereichen Wasser- und Sanitärversorgung investiert. Im gleichen Bericht wird empfohlen, mindestens 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Sektor zu investieren.

In der auf der AfricaSan verabschiedeten eThekweni-Ministererklärung verpflichten sich die afrikanischen Wasserminister dazu, spezifische öffentliche Ausgaben für Sanitär- und Hygienemaßnahmen einzusetzen. Als Ziel wurde festgelegt, dass diese Allokationen mindestens 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts umfassen.

In der internationalen Diskussion herrscht heute in weiten Teilen Konsens darüber, dass ein Teil des nationalen Budgets in Entwicklungsländern explizit für den Bereich Abwassermanagement und Sanitärversorgung bereitgestellt werden sollte. Allerdings lässt sich nicht pauschal sagen, wie hoch dieser Anteil sein sollte, denn auch ein erhöhter Mitteleinsatz ist nur wirksam, wenn wichtige Voraussetzungen gegeben sind und die Gelder richtig eingesetzt werden. So kommt es darauf an, ob eine Strategie für den Sanitärsektor vorliegt, ob die Verantwortlichkeiten geklärt sind, Kooperationsmechanismen zwischen den zuständigen Ministerien existieren und die Bevölkerung in die Planungs- und Umsetzungsprozesse eingebunden ist.

28. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung der Höhe der Finanzmittel, die Regierungen von Entwicklungsländern, insbesondere unsere Partnerländer mit dem Schwerpunkt Wasser, in die Sanitärversorgung investieren und was tut sie, dafür zu werben, dass diese den Anteil erhöhen?

Die Datenlage über die Höhe der Finanzmittel, die die Regierungen der Partnerländer in die Sanitärversorgung investieren, ist äußerst dürftig. Bestenfalls finden sich Daten zu den öffentlichen Ausgaben für den gesamten Wassersektor. Diese machen typischer Weise weniger als 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.¹ Der Anteil der Sanitärversorgung an diesen Ausgaben ist oftmals nicht dokumentiert. Schätzungen zufolge fällt er in Subsahara-Afrika sehr gering aus, während er in Asien, Lateinamerika, Südosteuropa und der Region Naher Osten und Nordafrika in den letzten Jahren stark angestiegen ist (z. B. China, Vietnam, Ägypten, Marokko, Tunesien, Syrien). In den ärmsten Ländern liegt die Hauptfinanzierungslast derzeit bei den Gebern, während Schwellenländer im Wesentlichen eigene Haushaltsmittel einsetzen.

Die Bundesregierung wirbt im Sektordialog mit den Partnerländern für eine Erhöhung des Budgetanteils für Abwassermanagement und Basissanitärversorgung.

¹ United Nations Development Programme: Human Development Report, New York 2006.

29. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die Umsetzung der eThekwini Ministererklärung der Afrikanischen Sanitärkonferenz „African“ vom Februar 2008 und der „Erklärung des Afrikanischen Wasserministerrats zur Beschleunigung der Wassersicherheit für Afrikas sozioökonomische Entwicklung“ vom März 2008 zu unterstützen?

Der größte Teil der Zusagen der deutschen Entwicklungspolitik im Wassersektor fließt nach Afrika, wo die Bundesrepublik Deutschland der größte bilaterale Geber im Wasser- und Sanitärbereich ist. Im Rahmen dieses Engagements leistet die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur verstärkten Positionierung des Themas auf der Agenda des regionalen Sektordialogs sowie in nationalen wie regionalen Sektorstrategien. Dabei wird neben umfassenden Investitionen in Sanitär-Infrastruktur vornehmlich beim Aufbau von regionalen Institutionen und nachhaltigen Betreiberstrukturen, bei Sektorpolitikreformen, Kapazitätsaufbau und Bewusstseinsbildung in den Partnerländern angesetzt.

Die eThekwini-Ministererklärung (2008) enthält weit reichende und spezifische Selbstverpflichtungen der afrikanischen Wasserministerinnen und -minister. Die Bundesregierung begrüßt diese Verpflichtungen ausdrücklich und tritt für diese Zielsetzung auch im Rahmen des Sektordialogs ein. Verpflichtungen, wie die Entwicklung von Sektorstrategien oder die Aufwendung eigener öffentlicher Mittel stellen sektorpolitische Grundpositionen der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit dar.

Die Bundesregierung unterstützt die Partnerregierungen bei der Umsetzung der eThekwini-Ministererklärung durch ihr finanzielles und technisches Engagement im afrikanischen Wasser- und Sanitärsektor und durch die Förderung des Rates der afrikanischen Wasserminister (AMCOW).

Die Bundesrepublik Deutschland engagiert sich intensiv in dem auf Afrika bezogenen internationalen Wassersektordialog und fördert die internationale Zusammenarbeit mit regionalen Partnern durch eine Reihe von Maßnahmen. Ein zentrales Element stellen dabei die Bemühungen zur Stärkung der politischen Rolle und Funktionsfähigkeit von AMCOW dar, als dem wichtigsten regionalen politischen Partner im afrikanischen Wassersektor. Diese Unterstützung trägt u. a. auch zur Umsetzung der regionalen Komponente der eThekwini-Ministererklärung bei. Die Bundesregierung begrüßt auch die in der eThekwini Ministererklärung vorgesehene Monitoring-Rolle für AMCOW.

Kapazitätsentwicklung und Sanitärversorgungs-Marketing

30. Welche Rolle misst die Bundesregierung der Kapazitätsentwicklung für das Sanitärversorgungs-Millenniumziel bei, welche Defizite sieht sie in diesem Bereich und wie trägt die Bundesregierung in ihrer Entwicklungskooperation dazu bei, diese zu beseitigen?

Die Bundesregierung misst der Kapazitätsentwicklung – insbesondere für das Erreichen des Millenniumsentwicklungsziels der Sanitärversorgung – eine entscheidende Rolle bei. Ziel ist es, Kapazitäten, sowohl auf institutioneller als auch auf individueller Ebene zu stärken, um den wirkungsorientierten und nachhaltigen Einsatz von nationalen und internationalen Mitteln zu gewährleisten. Im Austausch mit anderen Gebern und insbesondere der Weltbank weist die Bundesregierung stets auf die Notwendigkeit einer stärkeren Unterstützung von Capacity Development hin.

Kapazitätsförderung (Capacity Development) ist wichtiger Bestandteil und Ziel der Maßnahmen der deutschen Entwicklungspolitik. Der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit wird von vielen Seiten eine hohe Wirksamkeit bei der Unterstützung von Capacity Development bescheinigt. So kommt

die Deutschland-Prüfung (Peer Review) 2005 des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) zu einer sehr positiven Einschätzung der Wirkungen der deutschen Aktivitäten im Bereich Kapazitätsentwicklung und fordert die Bundesrepublik Deutschland auf, international in diesem Bereich eine Führungsrolle zu übernehmen.

Für die deutsche Entwicklungspolitik stellt der Aufbau von Wissens- und Handlungskompetenz für eine sichere und nachhaltige Sanitärversorgung einen Schwerpunkt der Maßnahmen dar. Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit engagiert sich dabei insbesondere in den Regionen Subsahara-Afrika, Naher Osten und Nordafrika sowie Europa. Die Partnerländer werden auf politischer, institutioneller, nationaler, regionaler, kommunaler und lokaler Ebene unterstützt. Akteure im Wassersektor, die von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Kapazitätsaufbaus unterstützt werden, umfassen staatliche Institutionen, Betreiber der Wasser- und Sanitärversorgung, der Privatsektor und dessen Verbände, Nutzergruppen sowie Aus- und Weiterbildungseinrichtungen.

Die deutsche Entwicklungspolitik fördert diese Akteure durch abgestimmte Maßnahmen zum sektorpolitischen Dialog, Training, Rahmenplanentwicklung, Beratung zur strategischen Personalentwicklung und regionale Wissensnetzwerke. Diese Aktivitäten und die Politikberatung gehen dabei Hand in Hand mit Investitionen für Infrastrukturentwicklung, um die Nachhaltigkeit und die Eigenverantwortung der Entwicklungsprozesse im Wasser- und Abwassersektor zu fördern. Derzeit ist der Bedarf an Kapazitätsentwicklung im Bereich Abwassermanagement und Sanitärversorgung höher als bei der Wasserversorgung.

Von zunehmender Bedeutung ist die Integration von Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen in nationale und sektorale Strategien sowie die Erarbeitung eigener Capacity Development-Strategien. Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit hat sich in vielen Ländern an der Ausarbeitung dieser Strategien beteiligt.

31. Wie bewertet die Bundesregierung die Potentiale und das Ausmaß des gegenwärtigen Kapazitätsaufbaus bei
 - a) dem lokalen Handwerk und dem Privatsektor,

Im Kapazitätsaufbau des lokalen Handwerks und des lokalen bzw. regionalen Privatsektors liegt ein großes, noch unausgeschöpftes Potential. Bisherige Erfahrungen mit der Einbindung des lokalen Privatsektors waren überwiegend positiv. In vielen Ländern gibt es jedoch keinen lokalen Privatsektor, der die notwendigen Kapazitäten aufweist, um komplexere Aufgaben in der Sanitärversorgung zu übernehmen.

Die von der Bundesregierung geförderten Entwicklungsvorhaben arbeiten eng mit dem lokalen Handwerk und dem Privatsektor zusammen, um Wissen über Bau und Wartung von hygienischen und umweltgerechten Sanitärsystemen nachhaltig in den Partnerländern zu verankern. Dazu zählen unter anderem Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, die zu einer Verbesserung der Leistung des Privatsektors in den Ländern der Region Naher Osten und Nordafrika beitragen. Das von der Bundesregierung geförderte Netzwerk „Sustainable Sanitation Alliance“ baut derzeit eine internetbasierte Datenbank auf, um weltweit bestehende Kurse und Bildungsangebote zu nachhaltiger Sanitärversorgung zu erfassen.

Trotz vieler Initiativen zum Aufbau der Kapazitäten und punktueller Erfolge sind die Potentiale der Privatwirtschaft und der in vielen Fällen teilprivatisierten Wasserversorgungs- und Entsorgungsbetriebe aber noch nicht ausreichend genutzt, um eine angepasste, flächendeckende und dem Stand der Technik entsprechende Sanitärversorgung in den Partnerländern zu gewährleisten.

b) den Beschäftigten im Bereich Wasser- und Sanitärversorgung,

Aus- und Bildungsmaßnahmen bilden einen wichtigen Bestandteil von Entwicklungsvorhaben im Abwasserbereich. Sie richten sich sowohl an die Beschäftigten öffentlicher Abwasserversorgungsbetriebe als auch an private Handwerker und Dienstleister. Dazu gehören auch Fortbildungsprogramme in der Bundesrepublik Deutschland, wobei Teilnehmer/Teilnehmerinnen aus dem Privatsektor sowie Beschäftigte der öffentlichen Wasser- und Sanitärversorger durch mehrmonatige Aufenthalte bei Wasser- und Sanitärversorgungsbetrieben und Herstellerfirmen in der Bundesrepublik Deutschland umfassende und praktische Erfahrung vermittelt bekommen. Dabei werden gleichzeitig Beziehungen zu Privatsektor und Verbänden in der Bundesrepublik Deutschland geknüpft und durch Alumni-Programme vertieft.

In vielen Fällen wird auch darauf Wert gelegt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen in die Vorhaben mit einzubeziehen, um gezielt die ärmeren Bevölkerungsgruppen zu erreichen, und insbesondere den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen gerecht zu werden.

Das BMBF fördert ferner Projekte, in denen Kurse für Ingenieure, Betriebspersonal und Entscheidungsträger in Verwaltungen von deutschen Dozenten aus Hochschulen, Verwaltungen und der Privatwirtschaft abgehalten werden. Damit wird der schnelle Transfer hoher und effizienter deutscher Technologien im Sanitärbereich zielgerichtet und wirkungsvoll ermöglicht.

c) traditionellen Methoden der Sanitärversorgung,

Teilfrage c wird zusammen mit Teilfrage d beantwortet.

d) wiederverwertungsorientierten Ansätzen der Sanitärversorgung,

Das Sektorkonzept Wasser (2006) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung legt fest, dass der Einsatz von traditionellen Methoden der Sanitärversorgung grundsätzlich gefördert wird. Diese Grundsatzentscheidung ist Ausdruck des großen Potentials, dass die Bundesregierung in traditionellen und wiederverwertungsorientierten Ansätzen der Sanitärversorgung sieht. Kapazitätsentwicklung spielt eine zentrale Rolle, um dieses Potential zu realisieren.

Gerade in landwirtschaftlich orientierten Gesellschaften besitzen kreislauforientierte Konzepte auch bei Sanitärsystemen oft eine lange Tradition, z. B. in China, Vietnam oder auch in der Bundesrepublik Deutschland. Aufgrund dieser Anknüpfungspunkte an lokal akzeptierte Praktiken und lokales Wissen ist das Potential für Kapazitätsentwicklung dort besonders hoch. In andern Regionen muss Kapazitätsentwicklung auf anderen Ebenen ansetzen und Information und Aufklärung in den Mittelpunkt stellen. Mittel- und langfristig ist das Potential jedoch auch dort hoch.

In den letzten Jahren wurde in vielen Ländern der Aufbau von effizienten, leistungsfähigen Abwasserbetrieben gefördert und die Potentiale und Kapazitäten der Akteure verbessert, um praxisnahe umweltgerechte Lösungen für zentrale oder dezentrale Sanitärsysteme nachhaltig betreiben zu können. In vielen Projekten werden Sensibilisierungsmaßnahmen, Kapazitätenaufbau, Projektplanung bis hin zur Implementierung von nachhaltigem Abwassermanagement und wiederverwertungsorientierten Sanitärtechniken gefördert.

Dazu soll die Wiederverwendung von Energieinhalten (z. B. Biogas) und Düngestoffen aus Fäkalien und Abwasser untersucht und wo immer dies hygienisch sicher und unter Nachhaltigkeitskriterien vorteilhaft ist, deren Verbreitung gefördert oder zu verbreitungsfähigen Ansätzen weiterentwickelt werden. Die

Wiederverwertung von gereinigtem Abwasser in der Landwirtschaft aber auch in der Industrie oder zur Grundwasseranreicherung spielt eine zunehmend bedeutende Rolle, insbesondere in Ländern des Nahen Ostens, Nordafrikas und Asiens. Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau in diesem Bereich können dabei von Workshops zur Verbesserung der vielen verschiedenen mit dem Thema befassten Ministerien, die Sensibilisierung und Information der Landwirte, die Organisation der Nutzer und die Entwicklung an sachgerechten Richtlinien für die Abwasserbehandlung und -wiederverwendung reichen.

- e) Politikern und Verwaltungsmitarbeitern auf allen politischen Entscheidungsebenen,

Wie in der Antwort zu den Fragen 3 und 22 dargelegt, sind Kapazitätsmängel weiterhin ein Problem. Die Bundesregierung schätzt jedoch das Potential, mit Kapazitätsförderung langfristig zu nachhaltiger Entwicklung beizutragen, als sehr hoch ein. Aus diesem Grund spielt die Kapazitätsförderung eine zentrale Rolle im deutschen entwicklungspolitischen Engagement. Dabei verfolgt die Bundesregierung einen Mehrebenenansatz, d. h. Maßnahmen zur Kapazitätsentwicklung richten sich an Akteure auf allen Ebenen und unterschiedliche Organisationen wie Ministerien, Fachbehörden und Regulierungsbehörden.

Der Aufbau von Kapazitäten insbesondere im staatlichen Sektor ist ein langwieriger Prozess, auch weil oftmals die organisatorischen Voraussetzungen für eine sachgerechte Planung und das Management zur Sanitärversorgung fehlen. Die Sensibilisierung von Entscheidungsträgern, welche die erforderlichen Personal- und Finanzmittelallokationen für eine ausreichende Sanitärversorgung bereitstellen, ist daher weiterhin elementarer Bestandteil der Kapazitätsförderung im Wassersektor.

- f) Wissenschaft und Forschung?

Die Fortbildungs- und Kapazitätenförderungsmaßnahmen werden in den Partnerländern in Kooperation z. B. mit Hochschulen oder Trainingseinrichtungen geplant und durchgeführt. Dadurch werden die wissenschaftlichen Einrichtungen und ihre Kompetenzen effektiv genutzt und gleichzeitig durch die gemeinsame Durchführung der Veranstaltungen eine engere Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch von Wissenschaft und Praxis in den Partnerländern gefördert. Fachpartnerschaften u. a. mit deutschen Einrichtungen der Lehre, Forschung und Verbänden gewährleisten, dass Lehrinhalte und Methoden mit den Partnerländern diskutiert und ausgetauscht werden können.

In Syrien unterstützt die Bundesregierung im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit derzeit den Aufbau einer Fachhochschule für Wassermanagement. Außerdem werden in manchen Ländern der Region Naher Osten und Nordafrika Pilotkläranlagen an Hochschulen gebaut, um die Ausbildung praxisnäher zu gestalten und die Forschung zu unterstützen.

Das BMBF hat 2001 das Aktionskonzept „Nachhaltige und wettbewerbsfähige deutsche Wasserwirtschaft“ initiiert. Im Rahmen dieser Maßnahme wurde das Projekt IPSWaT (International Postgraduate Studies in Water Technologies) ins Leben gerufen. Durch die Unterstützung des internationalen Wissenstransfers und der erweiterten Qualifikation junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in diesem Sektor, wird der nachhaltigen Entwicklung Rechnung getragen.

Die Vergabe von Stipendien an deutsche und internationale Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler zur Absolvierung eines Master Kurses bzw. der Anfertigung einer Promotion an einer deutschen Hochschule, schaffen bilaterale Möglichkeiten zum Wissensfluss. Hier werden Wissens- und Techno-

logietransfer der Zukunft in den internationalen Raum hinein vorbereitet sowie zum anderen die Ausbildung und Einbindung möglicher zukünftiger Entscheidungsträgerinnen und -trägern auch in Entwicklungs- und Transformationsländern unterstützt. Damit wird eine anbahnende Grundlage für künftige Kooperationsmöglichkeiten geschaffen. Ferner werden in bilateralen Kooperationsprojekten wissenschaftliche Mitarbeiter aus den Partnerländern bei den jeweiligen deutschen Partnern im Rahmen von in der Regel einjährigen Forschungsaufenthalten in der Verfahrensentwicklung ausgebildet.

- g) Wie fördert die Bundesregierung die genannten Akteure und Methoden?

Die deutsche Entwicklungspolitik fördert die genannten Akteure auf vielfältige Weise. Zu den Instrumenten gehören u.a. abgestimmte Maßnahmen zum sektorpolitischen Dialog, Trainings und Workshops, investitionsbegleitende Maßnahmen, Consultingeinsätze, Curricular-Entwicklung, Aufbau von e-learning Kursen und web-basierten Diskussionsforen, Beratung zur strategischen Personalentwicklung sowie regionale und internationale Wissensnetzwerke. Der Aufbau der Kapazitäten stellt Synergien zur Infrastrukturentwicklung her und unterstützt so die Nachhaltigkeit und Eigendynamik der Entwicklungsprozesse im Wasser- und Abwassersektor der Schwerpunktländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Siehe hierzu auch die Antwort zu Frage 30.

32. Welche Aktivitäten führt das 2007 eröffnete „UN Water Decade Programm on Capacity Development“ mit Sitz in Bonn in Bezug auf die Sanitärversorgung durch, und in welcher Weise ist für ein ausgewogenes Verhältnis der Aktivitäten in Bezug auf Wasser bzw. Sanitärversorgung Sorge getragen?

Das UN-Water Decade Programm on Capacity Development (UNW-DPC) nahm seine Arbeit Mitte des Jahres 2007 auf und hat Mitte des Jahres 2008 seine volle Geschäftstätigkeit erreicht. UNW-DPC ist eines von drei Programmbüros zur Steigerung der Kohärenz, Glaubwürdigkeit und Effektivität von UN-Water. UN-Water ist ein Koordinationsmechanismus im Wassersektor, der von 25 UN-Mitgliedstaaten und zusätzlichen Partnern getragen wird.

Ein Arbeitsplan mit den Aktivitätsfeldern von UNW-DPC wurde von UN-Water im Januar 2008 in Rom festgelegt. Dabei sind die Aktivitäten von UNW-DPC auf keinen spezifischen Wasseresektor begrenzt, sondern gewährleisten auf internationaler Ebene eine übergreifende Sichtweise auf dem Gebiet der wasserbezogenen Bildung, des Trainings und der institutionellen Kapazitätsentwicklung.

Auf der Grundlage dieses Arbeitsplans und des Ansatzes des Integrierten Wasserressourcenmanagements (IWRM) betrachtet UNW-DPC Wasser- und Sanitärmaßnahmen in einem ganzheitlichen Ansatz. Aspekte der Sanitärversorgung, wie der Zugang zu angemessener Sanitärversorgung und der Schutz von Wasserressourcen können dadurch, abhängig von der Nachfrage innerhalb des VN-Systems, adäquat behandelt werden.

Beispiele für UNW-DPC Aktivitäten, die sich auf Themen der sanitären Grundversorgung beziehen, umfassen Expertengruppentreffen, Journalistenworkshops und Weiterbildungsmaßnahmen und finden u. a. in Zusammenarbeit mit dem Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-HABITAT), der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UNDESA) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) statt.

Mit Anknüpfungspunkten zu den Themen Armutsreduzierung, Hygiene, Gesundheit, städtische Lebensbereiche, Lebensqualität und dem Schutz von Wasser und Ökosystemen nimmt das Thema Sanitärversorgung einen wichtigen Stellenwert innerhalb des IWRM-Ansatzes im Wassersektor ein. Deshalb ist es für alle Beteiligten wichtig, die Bedeutung von verbesserter Sanitärversorgung in den Mittelpunkt der internationalen Diskussionen zu stellen.

Für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist das Sektorkonzept Wasser, das dem Thema Sanitärversorgung einen sehr hohen Stellenwert einräumt, auch maßgeblich für die Zusammenarbeit mit multilateralen Akteuren im Wassersektor. In diesem Sinne setzt sich die Bundesregierung in der Zusammenarbeit mit UNW-DPC auch für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wasser- und Sanitärversorgung ein.

33. Wie bewertet und wie unterstützt die Bundesregierung die Water Operator's Partnership von UN-Habitat, die auf eine UNSGAB-Initiative zurückgeht?

Kapazitätsaufbau für Betreiber der Wasser- und Sanitärversorgung wird als wirksames Instrument zur Steigerung der Effektivität und Effizienz der Wasser- und Sanitärversorgung angesehen. Dies ist auch das Kernanliegen der Water Operators' Partnership (WOP). Das Ziel des globalen Water Operators' Partnership Centre, welcher von dem Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-HABITAT) verwaltet wird, ist es, die Kapazitäten öffentlicher Wasserversorger zu stärken und deren Leistungsfähigkeit zu verbessern. Die Bundesregierung unterstützt die Zielsetzung der WOP im Rahmen ihrer bilateralen Zusammenarbeit.

Generell ist eine stärkere Vernetzung von Betreibern zum Austausch von Erfahrungen, technischem und Management Know-how positiv zu bewerten. Daher wird auch der breite Ansatz des WOP, der sowohl öffentlich-öffentliche als auch öffentlich-private Partnerschaften beinhaltet, durch die Bundesregierung begrüßt. Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die Effektivität der Wasserversorger auch von den Rahmenbedingungen abhängt und die notwendigen umfassenden Sektorreformen daher über die Stärkung der Effektivität und Effizienz der einzelnen Versorger hinausgehen müssen.

Auf regionaler Ebene gibt es bereits verschiedene Initiativen mit einer ähnlichen Zielsetzung, wie z. B. die Arab Countries Water Utilities Association (ACWUA) oder der afrikanische Water Utility Partnership (WUP), die teilweise auch Unterstützung durch die deutsche Entwicklungspolitik bekommen. Aufgrund der Gefahr einer Dopplung bestehender Aktivitäten sollte die WOP daher strikt komplementär zu existierenden Initiativen arbeiten.

Außerdem unterstützt die Bundesregierung das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-HABITAT) im Rahmen der Beitragszahlung an die Vereinten Nationen. Darüber hinaus stellte die Bundesregierung 2007 rund 100 000 US-Dollar für einen Beigeordneten Sachverständigen bereit, welcher bei UN-HABITAT eingesetzt ist.

34. Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung der Förderung von Nachfrage nach sanitärer Grundversorgung für die Erreichung des Millenniumsziels in diesem Bereich bei und wie spiegelt sich dies in ihrer Entwicklungspolitik in dem Sektor wider?

Weltweit kann beobachtet werden, dass auf der einen Seite die Nachfrage nach sauberem Trinkwasser sehr hoch ist, dass auf der anderen Seite aber der nachhaltigen Sanitärversorgung sowohl auf staatlicher als auch auf individueller

Ebene eine geringere Bedeutung beigemessen wird. Hauptursache hierfür ist, dass die Zusammenhänge zwischen Abwasser, verschmutztem Trinkwasser, mangelnder Hygiene und Krankheiten häufig von betroffenen Personen nicht richtig eingeschätzt werden.

Aus diesem Grund misst die Bundesregierung der Nachfrageförderung einen hohen Stellenwert bei. Sowohl auf internationaler als auch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene setzt sich die deutsche Entwicklungspolitik daher dafür ein, Bewusstsein für diese Zusammenhänge zu schaffen, und damit mittelfristig die Nachfrage zu erhöhen. Beispiele hierfür sind neben der Durchführung regionaler und nationaler Konferenzen insbesondere Aufklärungs- und Hygieneerziehungsmaßnahmen in zahlreichen Ländern. Das Sektorkonzept Wasser des BMZ betont dabei insbesondere die Integration von Aufklärungs- und Bewusstseinsbildungsmaßnahmen in die nationalen Bildungssysteme zur langfristigen Verbesserung der Nachfrage und der Hygienesituation.

35. Wie unterstützt die Bundesregierung die Bewusstseinsförderung und das Sozialmarketing für die Sanitärversorgung?
- a) Welche modernen Ansätze der Verhaltensänderung (wie etwa community-led total sanitation) betrachtet die Bundesregierung als besonders wirkungsvoll und wie bezieht sie diese Ansätze in ihre Entwicklungszusammenarbeit ein?

Die deutsche Entwicklungspolitik hat in ihren Partnerländern gute Erfahrungen mit dem so genannten soziopolitischen Umfeldmanagement gemacht. Es umfasst neben Aspekten der Gemeinwesenentwicklung und Bürgerbeteiligung auch Umwelt- und Hygieneerziehung sowie Konfliktprävention. Soziopolitisches Umfeldmanagement im Sanitärsektor zielt auf die Entwicklung der Fähigkeit von sozialen Organisationen, Gemeindeverwaltungen und Wasserbetrieben, das Sanitärwesen in nachhaltiger und partizipativer Form zu entwickeln. Insbesondere in den Partnerländern in Lateinamerika und in Indien hat die deutsche Entwicklungspolitik mit dieser Form der Zusammenarbeit gute Erfahrungen gemacht. Teile des Ansatzes werden in vielen Vorhaben der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit angewandt.

- b) Welche Lehren lassen sich aus erfolgreichen Ansätzen zur Enttabuisierung von AIDS für die Sanitärversorgung ziehen und inwiefern bezieht die Bundesregierung diese in ihre Entwicklungskooperation ein?

In der HIV-Bekämpfung sind, ebenso wie bei der Verbesserung der Sanitärversorgung, Ansätze notwendig, die sensibel und in kulturell angepasster Form tabuisierte Themen ansprechen. Solche kultursensiblen Ansätze werden von Seiten der deutschen Entwicklungspolitik gefördert und weiterentwickelt. Dabei haben die Erfahrungen in der HIV-Bekämpfung auch gezeigt, dass tabuisierte Themen erfolgreich oft nur dann angegangen werden können, wenn auch auf hoher politischer Ebene Offenheit und Engagement gezeigt wird. Eine sehr wichtige Rolle spielt dabei auch die Auseinandersetzung und offene Diskussion des Themas in den Medien.

Politische und religiöse Führungspersonlichkeiten für die Sache zu gewinnen, ist vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der HIV-Bekämpfung auch für die Verbesserung der Sanitärversorgung notwendig. Die Bundesregierung nimmt die Lehren aus Ansätzen zur Enttabuisierung vor allem auch im Rahmen des „soziopolitischen Umfeldmanagements“ auf (siehe auch Antwort zu Frage 35a) und tritt im politischen Dialog dafür ein, das Thema Sanitärversorgung höher auf die politische Agenda zu setzen und offen anzusprechen.

36. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Nutzer sanitärer Grundversorgung, insbesondere die Frauen, aber z. B. auch Slumbewohner, eine zentrale Rolle bei der Konzeption der von ihr geförderten Sanitärversorgungsmaßnahmen besitzen?

Wichtige Grundlagen für die Nachhaltigkeit der Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind Partizipation und Zielgruppenorientierung, sowohl bei der Planung als auch während der Betriebsphase. Die wichtigste Zielgruppe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor ist die arme Bevölkerung, die bisher keinen oder nur unzureichenden, bzw. übersteuerten Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung hat und am meisten unter mangelhafter Siedlungshygiene und verschmutzter Umwelt leidet.

Die deutsche Entwicklungspolitik berücksichtigt dabei in besonderem Maße die Anliegen von Frauen, was insbesondere bei der Sanitärversorgung von großer Bedeutung ist. Denn Frauen und Mädchen sind nicht nur in den meisten Haushalten für Gesundheits- und Hygienefragen zuständig; eine eigene Toilette im Haushalt erhöht auch ihre Sicherheit vor sexuellen Übergriffen. Fehlende oder unhygienische Schultoiletten führen außerdem nicht selten dazu, dass Mädchen beim Einsetzen der Menstruation die Schule verlassen. Da Frauen in der Regel auch für Gartenbau, Ernährung und das Sammeln von Feuerholz zuständig sind, profitieren sie auch besonders von einer Nutzbarmachung von Fäkalien als Düngemittel oder der Erzeugung von Biogas. Durch die explizite Einbeziehung von Frauen in die Entscheidungsabläufe werden Lösungen gefunden, die ihren Bedürfnissen in besonderem Maße gerecht werden.

Die Zielgruppenorientierung der Vorhaben beginnt bereits bei der Planung, d. h. beispielsweise bei der Auswahl der Projektgebiete, und reicht über die Ausgestaltung von Gebührensystemen bis zur Auswahl der Sanitärsysteme und Mitspracherechte bei der Standortwahl. Die Wünsche der Menschen nach Gesundheit, Komfort und sozialem Status werden ernst genommen. Abläufe, Ziele und Instrumente werden so transparent wie möglich gestaltet. Das soziopolitische Umfeldmanagement soll es Menschen im Projektgebiet ermöglichen, gut informierte Entscheidungen zu treffen. Zu diesem Umfeldmanagement gehören zum Beispiel Aufklärungsarbeit bei Behörden und bei der betroffenen Bevölkerung, aber auch Hygieneerziehung.

Alle Neuvorhaben werden nach ihren Wirkungen, u. a. auf die Verringerung der Armut sowie auf die Gleichberechtigung der Geschlechter untersucht und mit einer entsprechenden Kennung versehen.

Bei Vorhaben im ländlichen Bereich und in Stadtrandgebieten werden Nutzergruppen gefördert, da es sich gezeigt hat, dass auf diese Weise Eigenverantwortung und lokale Strukturen gestärkt werden. Auch über Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen, öffentliche Anhörungen und die Mitgliedschaft von Nutzervertreterinnen und -vertretern in Aufsichtsgremien der Wasserbetriebe werden die Zielgruppen an den Vorhaben beteiligt.

37. Wie stellt die Bundesregierung bei ihren Förderungsentscheidungen sicher, dass bei bewilligten Projekten im Bereich der sanitären Grundversorgung, einschließlich der Abwasserbehandlung, für Wartung, Betrieb und Überwachung personelle Kapazitäten und fachliches Wissen nachhaltig vor Ort vorhanden sind?

Im Rahmen der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sind Einzelvorhaben heute in der Regel in ein langfristig angelegtes Sektorengagement eingebettet, bei dem verschiedene Instrumente komplementär auf verschiedenen Ebenen zum Einsatz kommen können (Mehrebenenansatz).

Eine deutlich verbesserte Unternehmensführung und -kontrolle (Corporate Governance) von Wasserversorgungs- und Abwasserunternehmen ist dabei ein zentrales Element und Ziel der deutschen Entwicklungspolitik im Wassersektor. Corporate Governance ist fundamental für eine Verbesserung von Versorgungsqualität und -effizienz, der Versorgungsgrade und der Kundennähe. In vielen Partnerländern sind Reformen der Unternehmen, Institutionen und Verbände, eine Verbesserung der betriebswirtschaftlichen und technischen Kapazitäten sowie des Personalmanagements erforderlich.

In vielen Fällen wird Corporate Governance aktiv durch beratende und investive Maßnahmen unterstützt. Hierbei kommt der möglichst gleichzeitigen Beratung bei der Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Stärkung von Sektor- und Regulierungsinstitutionen auf nationaler Ebene eine wichtige Rolle zu.

Eine angepasste Technologiewahl ist darüber hinaus wesentlich für die Nachhaltigkeit von Vorhaben. In der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sind Technologien einzusetzen, die

- sich an die siedlungsgeographischen, -hygienischen und hydrogeologischen Gegebenheiten sowie an den kulturellen und sozialen Kontext anpassen;
- den nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen Wasser, Boden, Nährstoffe und/oder Energie fördern und
- den personellen, organisatorischen, technischen und finanziellen Kapazitäten der Betreiber und der Zahlungsfähigkeit und -willigkeit der Zielgruppe entsprechen.

Finanzierung

38. Mit welchem Finanzbedarf rechnet die Bundesregierung für die Erreichung des Millenniumsentwicklungsziels bei der sanitären Grundversorgung und welche Beträge sind nach ihrer Einschätzung von den nationalen Regierungen, der Privatwirtschaft und der öffentlichen Entwicklungshilfe aufzubringen?

Seit 2000 haben eine Reihe von Studien die Kosten der Erreichung des Sanitärziels zu schätzen versucht. Die Schätzungen reichen von 9 Mrd. US-Dollar pro Jahr bis zu 30 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Die große Spanne ist auf methodische Unterschiede bei den angenommenen Einheitskosten, bei der Technologiewahl sowie in der Definition einer angemessenen Dienstleistung zurückzuführen.

Jüngste Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation rechnen mit einem Finanzierungsbedarf für Sanitärversorgung weltweit von circa 357 Mrd. US-Dollar für die Jahre 2005 bis 2014 zur Erreichung des Millenniumsteilziels der Sanitärversorgung (siehe Grafik 4 unten).¹ An neuen Investitionskosten (access costs) allein werden geschätzte 142 Mrd. US-Dollar zur Erreichung des Teilziels 10 benötigt, was Pro-Kopf-Ausgaben von 28 US-Dollar und einem jährlichem Bedarf von circa 14 Mrd. US-Dollar entspricht. Für den Erhalt bestehender Systeme der Sanitärversorgung werden noch einmal zusätzlich geschätzte 216 Mrd. US-Dollar (2005 bis 2014) benötigt.

¹ Quelle: Hutton, G., Bartram, J.: Regional and Global Costs of Attaining the Water Supply and Sanitation Target (Target 10) of the MDG, Public Health and the Environment, World Health Organization, Geneva 2008.

Table 7
Total spending on new and existing sanitation coverage to meet MDG target 10^a, excluding programme costs

WHO subregion	Total spending (US\$ million) ^a	Context (%)		Cost item (%)		Coverage type (%)	
		Rural	Urban	Capital	Recurrent	New	Existing
AFR-D	27 272	48	52	58	42	57	43
AFR-E	29 700	58	42	63	37	62	38
AMR-B	44 303	12	88	19	81	14	86
AMR-D	7 575	25	75	32	68	27	73
EMR-B	3 300	29	71	10	90	4	96
EMR-D	24 124	50	50	34	66	30	70
EUR-B	11 242	29	71	18	82	12	88
EUR-C	15 622	22	78	19	81	14	86
SEAR-B	16 550	49	51	31	69	26	74
SEAR-D	76 141	60	40	56	44	55	45
WPR-B	101 656	37	63	44	56	42	58
All	357 485	41	59	43	57	40	60

^a Total spending includes operation and maintenance of existing supply; periodic replacement of existing infrastructure; and the costs of increasing coverage to existing and increased future populations so as to meet the MDG target. Totals may not add up as a result of rounding.

Annex A : WHO epidemiological subregions

Region ^a	Mortality stratum ^b	Countries
AFR	D	Algeria, Angola, Benin, Burkina Faso, Cameroon, Cape Verde, Chad, Comoros, Equatorial Guinea, Gabon, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Madagascar, Mali, Mauritania, Mauritius, Niger, Nigeria, Sao Tome and Principe, Senegal, Seychelles, Sierra Leone, Togo
	E	Botswana, Burundi, Central African Republic, Congo, Côte d'Ivoire, Democratic Republic of the Congo, Eritrea, Ethiopia, Kenya, Lesotho, Malawi, Mozambique, Namibia, Rwanda, South Africa, Swaziland, Uganda, United Republic of Tanzania, Zambia, Zimbabwe
AMR	B	Antigua and Barbuda, Argentina, Bahamas, Barbados, Belize, Brazil, Chile, Colombia, Costa Rica, Dominica, Dominican Republic, El Salvador, Grenada, Guyana, Honduras, Jamaica, Mexico, Panama, Paraguay, Saint Kitts and Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent and the Grenadines, Suriname, Trinidad and Tobago, Uruguay, Venezuela
	D	Bolivia, Ecuador, Guatemala, Haiti, Nicaragua, Peru
EMR	B	Bahrain, Cyprus, Iran (Islamic Republic of), Jordan, Kuwait, Lebanon, Libyan Arab Jamahiriya, Oman, Qatar, Saudi Arabia, Syrian Arab Republic, Tunisia, United Arab Emirates
	D	Afghanistan, Djibouti, Egypt, Iraq, Morocco, Pakistan, Somalia, Sudan, Yemen
EUR	B	Albania, Armenia, Azerbaijan, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Georgia, Kyrgyzstan, Poland, Romania, Serbia, Slovakia, Tajikistan, The former Yugoslav Republic of Macedonia, Montenegro, Turkey, Turkmenistan, Uzbekistan
	C	Belarus, Estonia, Hungary, Kazakhstan, Latvia, Lithuania, Republic of Moldova, Russian Federation, Ukraine
SEAR	B	Indonesia, Sri Lanka, Thailand
	D	Bangladesh, Bhutan, Democratic People's Republic of Korea, India, Maldives, Myanmar, Nepal
WPR	B	Cambodia, China, Cook Islands, Fiji, Kiribati, Lao People's Democratic Republic, Malaysia, Marshall Islands, Micronesia (Federated States of), Mongolia, Nauru, Niue, Palau, Papua New Guinea, Philippines, Republic of Korea, Samoa, Solomon Islands, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, Viet Nam

^a AFR = WHO African Region; AMR = WHO Region of the Americas; EMR = WHO Eastern Mediterranean Region; EUR = WHO European Region; SEAR = WHO South-East Asia Region; WPR = WHO Western Pacific Region.

^b B = low adult, low child mortality; C = high adult, low child mortality; D = high adult, high child mortality; E = very high adult, high child mortality.

Grafik 4: Finanzbedarf für Sanitärversorgung zur Erreichung von MDG 7, Ziel 10

Dabei kann aus Sicht der Bundesregierung nicht davon ausgegangen werden, dass eine Deckung des geschätzten Finanzbedarfs allein ausreichend ist, um die MDG-Zielerreichung zu garantieren, da gleichzeitig die Absorptionskapazität in den Ländern bzw. Sektoren erhöht werden muss, damit die Gelder nachhaltig und wirksam investiert werden können. Besonders problematisch ist, dass die Umsetzungskapazität in der Regel in den Ländern mit dem größten Bedarf am geringsten ist.

Hauptfinanzierungsquelle für die Wasser- und Sanitärversorgung sind in den meisten Ländern öffentliche Mittel und Nutzergebühren. Eine Ausnahme bilden dabei sehr arme Länder und insbesondere fragile Staaten, in denen ODA-Mittel die Hauptfinanzierungsquelle darstellen. Die Hauptlast für den Bau individueller Toiletten liegt generell bei den privaten Haushalten. Privatsektorinvestitionen spielen in der Wasser- und Sanitärversorgung zur Deckung des Investitionsbedarfs nur eine untergeordnete Rolle. Jüngst an Bedeutung gewinnt hingegen der Beitrag von Gebern, die nicht der OECD angehören (China, Indien und arabische Partner) und die sich insbesondere in Infrastruktursektoren der fragilen Staaten Afrikas engagieren.

39. Mit welchem Finanzbedarf rechnet die Bundesregierung dafür, bestehende Systeme der sanitären Grundversorgung zu rehabilitieren und zu erhalten?

Die jüngsten Schätzungen zum Erhalt bestehender Systeme der Sanitärversorgung belaufen sich auf 216 Mrd. US-Dollar für die Jahre 2005 bis 2014 (siehe Antwort zu Frage 38).

Bei (konventionellen zentralen) Abwassersystemen liegt der Bedarf für Unterhalt und Ersatzinvestitionen jährlich in der Größenordnung von etwa 5 Prozent der Investitionskosten. Fehlende Wartung und Ersatzinvestitionen über mehrere Jahre können dazu führen, dass die Rehabilitierungskosten steigen. Durch Trägerförderung und Unterstützung der geeigneten Rahmenbedingungen (kostendeckende Tarife) wird daher angestrebt, dass bei Vorhaben der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Unterhalt nachhaltig aus eigener Kraft finanziert werden kann.

40. Welche Strategien verfolgt die Bundesregierung, um dazu beizutragen, die bestehenden Finanzierungslücken zu schließen?

Die Investitionen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit reduzieren auch die Finanzierungslücke. Neben der finanziellen Unterstützung setzt die Bundesregierung auf die Förderung der Absorptionskapazität zur Gewährleistung eines nachhaltigen und wirkungsorientierten Mitteleinsatzes.

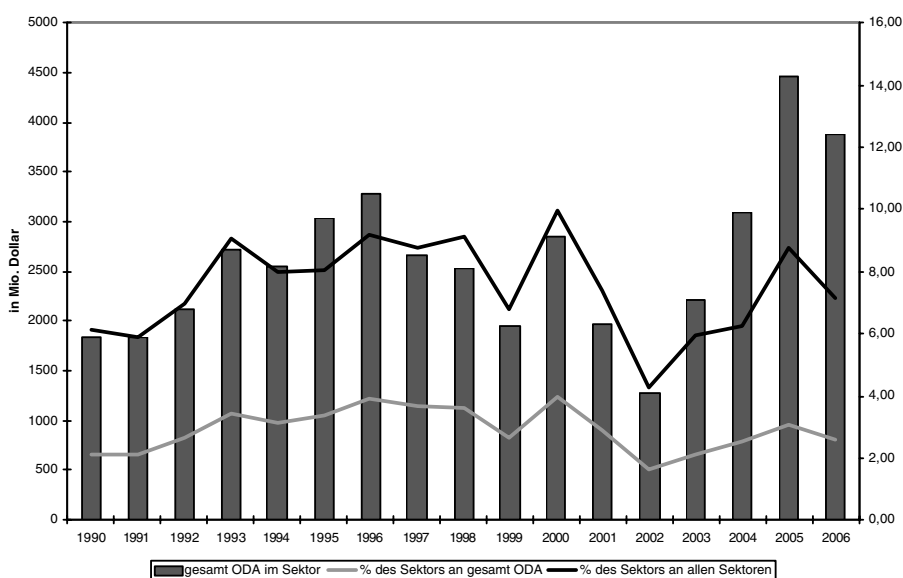
Langfristig können Finanzierungslücken jedoch nur durch Maßnahmen auf nationaler Ebene geschlossen werden. Daher gilt in allen entwicklungspolitischen Vorhaben der Grundsatz der finanziellen Nachhaltigkeit, insbesondere die Kostendeckung. Hierzu tragen Maßnahmen wie die Steigerung der betrieblichen Effizienz durch Reformen wie Modernisierung, Einführung privatwirtschaftlicher Managementmethoden und Anreizstrukturen bei. Auf diese Weise können Kostensenkungen den Finanzierungsbedarf verringern.

Im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit können in einigen Regionen mit guter Wirtschaftsentwicklung die Investitionen immer stärker über Darlehen finanziert werden, das heißt, dass Marktmittel in die Finanzierung einbezogen werden und so der Zuschussanteil gesenkt wird. Marktmittel machen inzwischen 8 Prozent der Finanzierungen der finanziellen Zusammenarbeit im Wassersektor aus. Zudem wird von den Partnerländern ein Eigenanteil erbracht, der dazu führt, dass weitere Mittel mobilisiert werden können. Hierbei konzentriert sich die finanzielle Zusammenarbeit im Abwassermanagement insbesondere

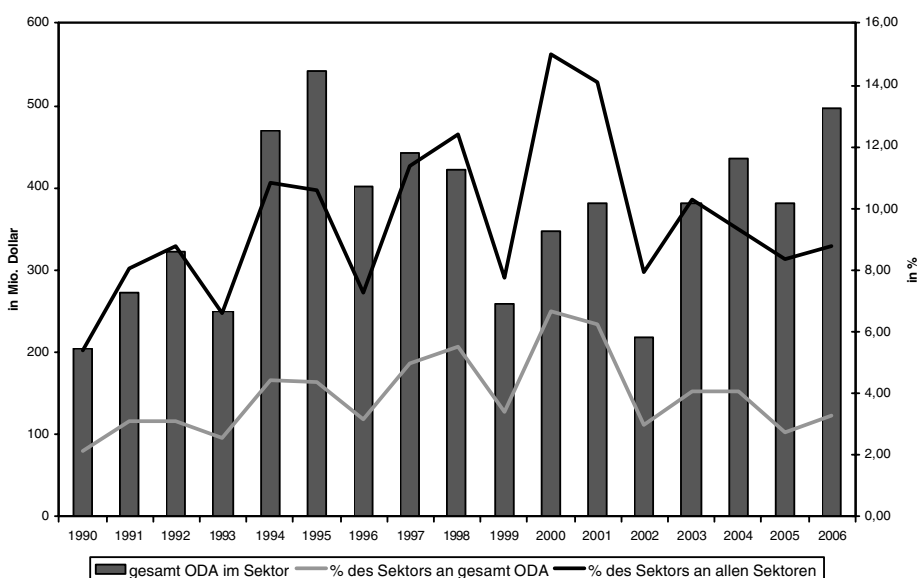
auf die sehr wasserarmen Regionen (mittlerer Osten, Nordafrika) ebenso wie auf die Schwellenländer, die vor der Herausforderung stehen, ihr Wirtschaftswachstum umweltverträglich und nachhaltig zu gestalten (Südosteuropa, Ostasien). Begleitend werden die Kapazitäten der Partnerinstitutionen gestärkt und die Nachhaltigkeit der Vorhaben sichergestellt.

In Subsahara-Afrika kann der volkswirtschaftliche Effekt einer verstärkten finanziellen Förderung sehr hoch sein, wenn im Rahmen nationaler Strategien nicht nur die sanitären Einrichtungen, sondern auch das Hygieneverhalten verbessert und die Kapazitäten erhöht werden.

41. Wie hat sich der Anteil der internationalen ODA (anteilig an der gesamten ODA sowie nominell) für Wasser und Sanitärversorgung sowie der für Sanitärversorgung alleine seit 1990 jährlich entwickelt und wie bewertet die Bundesregierung dies?



Grafik 5 : Alle DAC Länder, ODA-Zusagen im Wassersektor¹



Grafik 6: Deutsche ODA-Zusagen im Wassersektor

¹ Quelle für beide Grafiken 5 und 6: OECD, <http://stats.oecd.org/wbos/Index.aspx>

Die ODA-Zusagen im Wassersektor unterliegen starken Schwankungen. Seit Mitte der 90er Jahre sind die ODA-Zusagen im Wassersektor rückläufig. Ein Tiefpunkt wurde im Jahr 2002 erreicht. Seit 2003 ist ein Aufwärtstrend zu beobachten, der sich auch auf den Anteil der ODA-Zusagen für den Wassersektor an den gesamten ODA-Zusagen bezieht. Im Jahr 2005 wurden zum ersten Mal über 4 Mrd. US-Dollar für den Wassersektor bereitgestellt. Die ODA-Allokationen im Wassersektor werden von wenigen bilateralen Gebern bestimmt (in den Jahren 2000 bis 2004 wurden 75 Prozent der Leistungen von Japan, Deutschland, den USA, Frankreich und den Niederlanden gestellt – wobei sich die Hilfe der USA auf den Aufbau des Irak konzentrierte).

Aufgrund der Art der Datenerfassung des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist es unmöglich, gesondert Zahlen für Sanitärversorgung auszuweisen. Unter Berücksichtigung der nach Sektoren aufgeschlüsselten ODA-Zusagen macht der Wassersektor zwischen 5 bis 10 Prozent der Hilfe aller Länder, die im Entwicklungsausschuss der OECD vertreten sind, aus.

Bei der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit liegt der Anteil des Wassersektors mit 6 bis 15 Prozent höher als bei der Gebergemeinschaft insgesamt. Der Anteil der Zusagen für Abwassermanagement und Basissanitärversorgung ist seit 1990 gestiegen. Im aktuellen Wasserportfolio entfallen rund 40 Prozent auf Abwassermanagement und Basissanitärversorgung.

42. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass Angaben von UNEP (United Nations Environment Programme) aus dem Jahr 2004 zufolge zwischen 1999 und 2001 nur ca. 4 Prozent der ODA-Mittel für die Abwasserbehandlung eingesetzt wurden, und welchen Anteil ihrer EZ-Mittel setzt die Bundesregierung hierfür ein?

Die von dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ermittelte Größenordnung für die Abwasserbehandlung, womit in diesem Fall Kanalisation und Kläranlagen gemeint sind, erscheint bei einem Anteil des Wassersektors an den nach Sektoren ausgewiesenen ODA-Mitteln von durchschnittlich knapp 8 Prozent eher etwas hoch gegriffen (siehe Antwort zu Frage 41 zu dem Anteil des Wassersektors an ODA-Zusagen).

In der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit haben die Mittel für Abwasserreinigung seit 1990 deutlich zugenommen und betragen im aktuellen Portfolio 17 Prozent der Mittel im Wassersektor. Betrachtet man neben der Abwasserreinigung auch Abwassersammlung beträgt der Anteil der Zusagen etwa 40 Prozent.

43. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung nach der Einführung einer gesonderten Berichterstattung der Entwicklungs- und Geberländer über ihre finanziellen Aufwendungen für Wasser- und Sanitärversorgung und wie begründet sie ihre Haltung?

Die Bundesregierung unterstützt die Verbesserung der Berichterstattung über Aufwendungen für Wasser- und Sanitärversorgung und setzt sich in verschiedenen Foren dafür ein. Derzeit unterstützt die Bundesregierung die Initiative der Africa Working Group (AWG) der Europäischen Wasserinitiative zur Modifizierung der von dem Entwicklungsausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verwendeten OECD-DAC Codes im Bereich Wasser- und Sanitärversorgung für das OECD Creditor Reporting System (CRS). Der Vorschlag zielt insbesondere auf eine zukünftig getrennte Darstellung der Bereiche Wasser- und Sanitärversorgung, sowie auf die Einführung eines zusätzlichen Codes für Hygiene-Erziehung (Hygiene Promotion) ab. Die

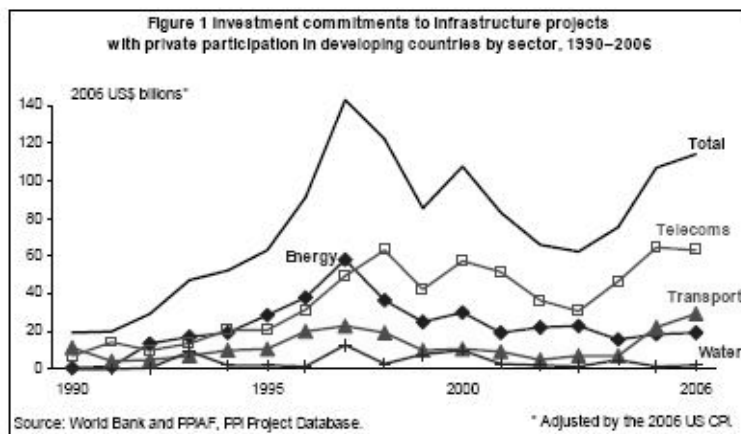
Bundesregierung unterstützt eine getrennte Erfassung von Wasser- und Sanitärversorgung, wo diese möglich ist.

Die Bundesregierung unterstützt darüber hinaus konkrete Bemühungen, das Monitoring und die Koordination der Geber in Bezug auf den Wasser- und Sanitärbereich zu verbessern. So beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland sowohl an dem Aid Mapping der EU Water Initiative (EUWI) als auch an der Erstellung des durch UN-Water und der Weltgesundheitsorganisation koordinierten GLAAS Berichtes (Global Annual Assessment on Water and Sanitation Report). In beiden Berichten werden die finanziellen Aufwendungen für Wasser- und Sanitärversorgung getrennt aufgeführt. Solange es keine einheitlichen methodischen Standards für die getrennte Berichterstattung gibt, müssen diese Daten allerdings noch mit Vorsicht behandelt werden.

44. Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung im Hinblick auf die Beteiligung des Privatsektors an der Schließung der Finanzierungslücke, welche Chancen und Risiken sieht sie dabei und welche sozialen und ökologischen Standards müssen die Unternehmen einhalten?

Privatsektorbeteiligung wird von der Bundesregierung als eine Option gesehen, die Servicequalität und Effizienz von Organisationen im Wassersektor zu verbessern, und ihre Kosten zu senken. Die Mobilisierung privaten Kapitals, sowie privaten technischen und betriebswirtschaftlichen Know-hows kann wichtige Beiträge zum Erreichen von Entwicklungszielen im Wassersektor leisten. Jenseits der Extreme „rein öffentlich“ und „rein privat“ existieren eine Reihe von Modellen, welche angepasst an die spezifische Situation und den konkreten Bedarf die Vorteile beider Konzepte integrieren. Das Ob und die Form der Beteiligung des Privatsektors sind aus der entwicklungspolitischen Zielsetzung abzuleiten: A priori werden weder öffentliche noch private Betreibermodelle favorisiert. Bei der Einbindung des Privatsektors sind Kosten, inklusive der Vorbereitungs- und Aufsichtskosten, und Nutzen sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

Den Beitrag des Privatsektors im Hinblick auf die Schließung der Finanzierungslücke bewertet die Bundesregierung zurückhaltend. In aller Regel sind die Gewinnchancen im Wassersektor zu gering bzw. die Risiken zu hoch, um signifikante Mengen von privatem Kapital zu mobilisieren. Dies gilt insbesondere für die Länder, in denen der entwicklungspolitische Handlungsbedarf und die Finanzierungslücken am größten sind. Grafik 7 zeigt den geringen Anteil der privaten Investitionen im Wassersektor im Vergleich zu den anderen Infrastruktursektoren. Investitionen konzentrieren sich meist auf Schwellenländer und auf die Schaffung von Anlagen zur Wasserproduktion oder der Kanalisation und Abwasserreinigung. Die Bundesregierung sieht großes Potential in der stärkeren Einbindung des regionalen und lokalen Privatsektors und fördert diese aktiv.



Grafik 7: Private Investitionen in die Infrastruktursektoren Wasser, Energie, Transport und Energie der Jahre 1990 bis 2006

In allen Fällen von Privatsektorbeteiligungen müssen Risiken und Chancen abgewogen werden. Die Chancen einer Privatsektorbeteiligung sieht die Bundesregierung vor allem in der Verbesserung von Transparenz, Effizienz und Wirtschaftlichkeit des Wasser- und Abwassermanagements sowie in der Bereitstellung zusätzlicher Anschlüsse. Die Risiken liegen u. a. in unzureichender Armutsorientierung, unzureichender Orientierung auf Nachhaltigkeit, einer geringen Akzeptanz seitens der Bevölkerung, insbesondere wenn internationale Betreiber involviert sind, und nicht-gleichwertiger Partnerschaften aufgrund fehlender Kapazitäten des öffentlichen Partners. In der deutschen Entwicklungspolitik werden daher Faktoren wie Transparenz, die Einbindung von lokalen Entscheidungsträgern, eine solide Datengrundlage, klare Verantwortungsteilung, Kapazitäten der staatlichen Seite und eine klare Einbeziehung armer Bevölkerungsteile besonders berücksichtigt.

Eine Schlüsselfunktion zum Ausgleich sozialer, ökonomischer, ökologischer und politischer Zielsetzungen kommt der Regulierung zu. Regulierung von öffentlichen wie privaten Wasser- und Abwasserdienstleistungen wird von der deutschen Entwicklungspolitik daher in vielen Ländern durch nationale, regionale und internationale Initiativen gefördert. Durch Regulierung werden die sozialen und ökologischen Standards festgelegt, die Unternehmen einhalten müssen.

45. Welche Rolle kann die neu gegründete „German Water Partnership“ dabei spielen, Privatinvestitionen in die Sanitärversorgung in Entwicklungsländern zu lenken?

Die German Water Partnership hat sich zum Ziel gesetzt, die Aktivitäten und Initiativen der deutschen Wasserindustrie, Wasserforschung und Wasserverbände zu bündeln, und die deutsche Expertise weltweit bekannt zu machen. Damit soll die German Water Partnership einen Beitrag zu stärkerem internationalen Engagement der deutschen Wasserwirtschaft und Wasserforschung und zur Lösung der weltweiten Wasserprobleme leisten. Die Bundesregierung unterstützt die German Water Partnership in dieser Zielsetzung. Im Rahmen der drei Plattformen der German Water Partnership zu den Themen Geschäftsfeldentwicklung, Innovation und Informationsaustausch werden hierfür die Grundlagen gelegt.

Die Bundesregierung erwartet von German Water Partnership auch einen Impuls für ein verstärktes Engagement der deutschen Wasserwirtschaft in Entwicklungsländern sowohl bei Investitionen in die Sanitärversorgung und Abwasserbehandlung als auch im Bereich der Ausbildung und des Trainings (Capacity Development).

46. Wie fördert die Bundesregierung die Bereitstellung von Bankkrediten, einschließlich Mikrokrediten, für Sanitärversorgung?

In vielen Schwellenländern können zunehmend Marktmittel in die Finanzierung von Abwasserinvestitionen und Sanitärversorgung einbezogen werden (siehe auch Antwort zu Frage 40). Im Fall von Privatsektorbeteiligung an Investitionen und Betrieb der Abwasserinfrastruktur, erfolgt in der Regel ebenfalls ein Teil der Finanzierung über den Kapitalmarkt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der wichtigsten bilateralen Geber im Bereich Finanzsystementwicklung und Mikrofinanzierung. Weiterhin unterstützt die deutsche Entwicklungspolitik den Aufbau von Kommunalfinanzierungsinstituten und deren Refinanzierung, gerade auch für die kommunale Wasser- und Abwasserinfrastruktur. In den ärmeren Ländern sind aber viele Träger (Abwasserbetriebe) noch nicht kreditwürdig und benötigen weiterhin Zuschüs-

se, um dem mit rapidem städtischen Wachstum einhergehenden Erweiterungsbedarf gerecht werden zu können.

Monitoring

47. Wie beurteilt die Bundesregierung die Qualität der Daten, die WHO und UNICEF im Rahmen des „Joint Monitoring Programs“ (JMP)“ zur Erreichung der Wasser- und Sanitärziele der internationalen Staatengemeinschaft zur Messung von Fortschritten vorlegen?

Die Daten, die das Joint Monitoring Programme (JMP) auf globaler Ebene liefert, sollen den Stand der Erreichung der Wasser- und Sanitärziele, wie sie in den Millenniumsentwicklungszielen festgeschrieben sind dokumentieren. Diese Ziele sind Unterziele des MDG 7 „Umweltnachhaltigkeit sichern“ und lauten „bis 2015 den Anteil der Menschen zu halbieren, die keinen nachhaltigen Zugang zu sicherem Trinkwasser und Basissanitärversorgung besitzen“. Die JMP-Daten sind die einzigen global verfügbaren, mit einheitlicher Methodologie erhobenen Daten zur Trinkwasser- und Sanitärversorgung.

In einem globalen System erhobene Daten stellen immer einen Kompromiss dar. Dies gilt auch für die Qualität der JMP-Daten.

Die JMP-Daten für das MDG-Unterziel „nachhaltiger Zugang zu Basissanitärversorgung“ sind nach Einschätzung von Fachleuten eher zu hoch, da die Erhebungsweise keine Aussage zu Funktionsfähigkeit und Zustand des Sanitärsystems erlaubt.

Die JMP-Daten für das MDG-Unterziel „nachhaltiger Zugang zu sicherem Trinkwasser“ sind nach Einschätzung von Fachleuten ebenfalls – vor allem in dicht besiedelten städtischen Gebieten – zu hoch, da wichtige Dimensionen wie die Qualität des Wassers, Kontinuität der Verfügbarkeit und Entfernung zur Wasserquelle mit der Erhebungsweise nicht erfasst werden.

Aufgrund dieser Einschätzung setzt sich die Bundesregierung – gemeinsam mit Partnern – für Reformen des JMP zur Verbesserung der Datenqualität ein (siehe Antwort zu Frage 50).

48. Wie müssten nach Meinung der Bundesregierung die JMP-Indikatoren verändert werden, um ein realistisches Bild vom Zugang zu einer für Menschen und Wasserressourcen unbedenklichen und nachhaltigen Sanitärversorgung zu geben?

Aus Sicht der Bundesregierung ist es nur schwer möglich, allein durch globale Programme ein derartig realistisches und genaues Bild zu erhalten. Die Situation der Sanitärversorgung in einem Land sollte daher immer auf Grundlage verschiedener Erhebungsmethoden und Datenquellen, im Rahmen eines nationalen Monitoring-Systems eingeschätzt werden.

Generell müsste das Monitoring einer nachhaltigen Sanitärversorgung nicht nur das Vorhandensein von Toiletten oder Latrinen abbilden, sondern messen, ob diese auch benutzt werden sowie ökonomisch und ökologisch nachhaltig funktionieren. Dabei sind u. a. Kriterien wie Robustheit, hygienischer Zustand, Sicherheit (insbesondere für Mädchen und Frauen in der Nacht), Vermeidung von Gesundheitsgefahren und Ressourcenschutz zu berücksichtigen.

Die Bundesregierung begrüßt, dass die Liste der verbesserten/nicht verbesserten Sanitärversorgung im Bericht des Joint Monitoring Programmes 2008 dahin gehend angepasst wurde, dass Komposttoiletten (inklusive Urinseparations-Trocknungs-Toiletten) neu zur Liste der verbesserten Sanitärlösungen zählen und dass

Spültoiletten ohne Anschluss an ein Kanalsystem nicht mehr als verbesserte Sanitärversorgung gezählt werden. Dies stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar, ist jedoch für die Gesamtbeurteilung der Nachhaltigkeit von Sanitär-systemen noch nicht ausreichend.

49. Besteht die Gefahr, dass unzureichende JMP-Daten eine Unter- oder Fehlallokation von Mitteln verursachen könnten?

Die vom Joint Monitoring Programme (JMP) erhobenen Daten geben einen generellen Überblick darüber, wie viele Haushalte in verschiedenen Regionen über eine nach JMP-Definition verbesserte Sanitär- und Trinkwasserversorgung verfügen.

Die JMP-Daten sind geeignet, langfristige globale Trends darzustellen. Als Grundlage für die Allokation von Mitteln sind sie dagegen nur bedingt geeignet. Hierzu sind detaillierte und aussagekräftigere Informationen notwendig. Die deutsche Entwicklungspolitik setzt ihre Mittel daher auf der Grundlage weiter gehender Studien ein, so dass hier kein Risiko der Fehlallokation besteht. Auch nationale Institutionen und andere Geber stützen sich nicht ausschließlich auf das JMP-Monitoring, sondern zusätzlich auf nationales Sektor-Monitoring.

Problematisch aus Sicht der Bundesregierung ist, dass die JMP-Daten den Stand der Versorgung – vor allem in städtischen Armutsgebieten – teils signifikant überschätzen. Diese Einschätzung beruht auf einem Vergleich der JMP-Daten mit den Informationen aus nationalen Monitoringsystemen. Diese weisen regelmäßig für mehrere Länder bedeutend niedrigere Versorgungszahlen aus.

Hier besteht prinzipiell die Gefahr, dass in der sektorpolitischen Diskussion sowie in der Ausgestaltung globaler Programme der Handlungsbedarf in städtischen Armutsgebieten unterschätzt wird und es dadurch zu Fehlallokationen kommen kann. Aus diesem Grund setzt sich die Bundesregierung für konkrete Verbesserungen des JMP-Monitorings ein (siehe Antwort zu Frage 50).

50. Ist die Bundesregierung bereit, federführend Reformen im derzeitigen Monitoringsystem anzustoßen, wie es auf der Weltwasserwoche 2007 gewünscht wurde, welche Schritte hat sie diesbezüglich unternommen, und welche inhaltlichen Reformen strebt sie dabei an?

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verfolgt vor allem drei Ziele bei der Neuausrichtung des Monitorings der Millenniumsentwicklungsziele im Wasser- und Sanitärbereich. Es arbeitet hierbei eng mit anderen Akteuren der Entwicklungspolitik, z. B. dem Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-HABITAT), zusammen und stimmt ihre Position mit anderen Gebern ab. Das Thema wurde und wird insbesondere auch mit dem Joint Monitoring Programme selbst u. a. auf der Stockholm World Water Week 2008 weiter vertieft. Die drei Ziele des Engagements der Bundesregierung sind:

(1) Spezifische Verbesserungen innerhalb des derzeitigen Monitoring-Systems, z. B. durch

- die Einbeziehung der Kriterien von „sustainable access to safe water and basic sanitation“,
- Durchführung nationaler Baseline-Studien,
- Nutzung von nationalen Informationssystemen,
- Berücksichtigung der raschen Verstädterung; insbesondere die Erfassung von informellen Stadtrandgebieten die offiziell oft nicht städtisches Gebiet sind,

- stärkere Vernetzung, Kooperation und Austausch zwischen nationalen Statistikämtern und Sektorinstitutionen;
- (2) eine klare Kommunikation der Gründe der Divergenz der JMP-Daten und der Daten des nationalen Sektormonitoring;
- (3) die langfristige Zusammenarbeit an einem adäquateren Monitoring-System für die Zeit nach 2015.

51. Welche Geber finanzieren mit welchen Mitteln das JMP und hält die Bundesregierung diese Finanzierung für ausreichend?

Die Gesamtförderung der Bundesregierung für das von der Weltgesundheitsorganisation und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) getragene Joint Monitoring Programme (JMP) 2006 bis 2010 beträgt 1,0 Mio. Euro. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierte das JMP in 2007 und 2008 mit 200 000 Euro. Im Jahr 2008 wurden weitere 400 000 Euro für die Jahre 2009 und 2010 ausgezahlt.

Dem BMZ sind Beiträge weiterer Geber wie folgt bekannt: Großbritannien finanziert über das Ministerium für internationale Entwicklung (DFID) im Bereich „rapid drinking water quality assessment“ und für JMP generelle operationalen Bereiche mit 600 000 Britischen Pfund. Die Schweiz finanziert mit 400 000 Euro. Die EU Water Facility gab 1 500 000 Euro in 2006 zur Unterstützung auf nationaler Ebene in den Ländern Ghana, Mosambik und Nigeria. Der JMP-Träger WHO gibt an, dass die Französische Entwicklungsagentur (AFD) ebenfalls finanzielle Beiträge leistet und darüber hinaus einen Mitarbeiter in den WHO-Zweig des JMP abgeordnet hat.

In 2007 wandte sich JMP an die internationalen Geber, um 3 Mio. US-Dollar für den generellen operationalen Bereich des JMPs zu erhalten.

Personell stehen für JMP von UNICEF neben der Leitung 1,35 Stellen sowie seit 2007 zwei weitere Mitarbeiter zur Verfügung. Die WHO stellt neben der Leitung 2,8 Vollzeitstellen sowie seit 2007 einen weiteren Mitarbeiter und einen von Frankreich entsandten Mitarbeiter.

Die Bundesregierung plant derzeit keine Steigerung ihrer Finanzierung. Sie hat über ihren finanziellen Beitrag hinaus JMP Sachleistungen angeboten, z. B. die Mitarbeit im „Technical Advisory Committee“. In Anbetracht der Aufgabenfülle ist JMP derzeit sicherlich unterfinanziert. Abhilfe könnte durch Konzentration auf Kernaufgaben des globalen Monitoring, Beiträge neuer Geber und verstärkten Rückgriff auf die Expertise von Partnern sowie Vernetzung mit anderen Organisationen geschaffen werden.

52. Wie bewertet die Bundesregierung das Vorhaben eines jährlichen globalen Monitoringberichts?

Im Jahr 2006 hat das britische Ministerium für internationale Entwicklung (DFID) seinen Global Action Plan vorgestellt, der die so genannten 5 Ones (Elemente) enthält. Darunter ist auch die Forderung nach einem jährlichen globalen Statusbericht. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, hat den „Annual Report“ bereits in einem Briefwechsel mit Minister Hillary Benn, DFID, in 2006 ausdrücklich begrüßt und aktive Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland zugesagt.

Aufgrund der positiven Bewertung der Zielsetzung eines globalen Monitoring-Berichts und der Verpflichtung zu Transparenz hat sich die Bundesregierung an dem im September 2008 erstmals erschienenen globalen Monitoring-Bericht, dem so genannten GLAAS-Report (Global Annual Assessment of Sanitation and Drinking-Water), beteiligt.

53. Welche Relevanz misst die Bundesregierung der Stärkung nationaler Monitoringsysteme bei und in welcher Weise unterstützt sie dies?

Nationale Monitoringsysteme sind für die Sektorentwicklung weitaus wichtiger als globales Monitoring. Monitoring mit dem Ziel, Planungsgrundlagen zu schaffen und Ressourcenallokationen zu optimieren, muss daher stets auf nationaler Ebene stattfinden. Nur ein nationales Monitoring kann so entwickelt werden, dass die hierfür erforderlichen Daten zuverlässig, regelmäßig und nachhaltig erhoben werden können. Investitionsplanung benötigt wesentlich mehr Informationen, als in einem globalen Monitoring erfasst werden können.

Die Stärkung von nationalen Monitoringsystemen wird von der deutschen Entwicklungspolitik durch Wassersektorreformprogramme unterstützt. In Tansania, Kenia und Sambia wird beispielsweise die Entwicklung von Informationssystemen gemeinsam mit den lokalen Regulierungsbehörden, die Durchführung ausführlicher Datenerhebungen in städtischen Armutsgebieten sowie die Harmonisierung der Datenerhebung der Statistik-Ämter sowie der Sektorinstitutionen (Ministerium, Regulierungsbehörde, Wasserbetriebe, etc.) gefördert. Die Bundesrepublik Deutschland ist hierbei jeweils der Hauptpartner der nationalen Partnerinstitutionen.

Potentiale wiederverwertungsorientierter Ansätze („ecosan“) für Ressourcenschutz, Anpassung an den Klimawandel und die Landwirtschaft

54. Wie schätzt die Bundesregierung die Kosteneffektivität und den möglichen maximalen volkswirtschaftlichen Nutzen der Wiederverwendung von Nährstoffen aus Fäkalien und der Wiederverwertung von Abwässern im Vergleich zu konventionellen Konzepten ein, wenn wiederverwertet wird
- a) für die Düngung in der Landwirtschaft,

Aus Fäkalien und Abwasser kann Dünger gewonnen werden. Für Afrika gerechnet ist die Nährstoffmenge in menschlichem Urin und Fäkalien größer als die gegenwärtig verkaufte Handelsdüngermenge. In ländlichen Gegenden wird dieser Dünger auch jetzt schon teilweise genutzt (vor allem Ostasien, aber auch in Teilen Afrikas oder Europas). Bei kurzen Vegetationsperioden oder Wassermangel (z. B. Sahelzone) können die Nährstoffe aber nicht immer so eingesetzt werden, dass sie auch in vollem Umfang für die Pflanzen verfügbar sind. Dort wo kurze Transportwege eine verstärkte Nutzung rechtfertigen, kann die landwirtschaftliche Produktivität gesteigert werden.

Ein Beispiel: In Mali haben sich die Kosten für Düngemittel in den letzten 12 Monaten verdoppelt. Zurzeit (Sommer 2008) kosten z. B. 50 kg Harnstoff-Dünger etwa 30 Euro und Phosphat-Dünger ist allgemein kaum erhältlich. Basierend auf dem Nährstoffgehalt wäre der monetäre Wert von Urin daher 7,60 Euro in Mali pro Person und Jahr. Hinzu kommt das Potential des organischen Materials aus Komposttoiletten. Bei 13 Millionen Einwohnern in Mali fallen jährlich Düngestoffe im Wert von ungefähr 100 Mio. Euro – bezogen auf o. g. Preise – an, welche genutzt werden können, aber gegenwärtig nur teilweise genutzt werden.

Hiermit ist allerdings nur ein Teil der volkswirtschaftlichen Bedeutung angesprochen. Gelingt es, die Fäkalien über den Einsatz von Ecological Sanitation (ecosan)-Konzepten hygienisch sicher einzusetzen, dann werden gleichzeitig Krankheitskosten vermieden und Arbeitstage gewonnen, die von erheblicher monetärer und volkswirtschaftlicher Bedeutung sind.

- b) für die Energieerzeugung, vor allem in Haushalten,

Das energetische Potential von aus Fäkalien gewonnenen Nährstoffen ist hoch. Etwa 15 bis 30 Prozent des Kochgasbedarfs könnten durch Biogas gedeckt werden, wenn die Fäkalien der Haushaltsmitglieder anaerob vergärt werden. Besonders erfolgreich sind Haushaltsbiogasanlagen, die Toilettenabwässer und den Dung von Tieren (einige Kühe oder Schweine) gemeinsam behandeln. Hier amortisieren sich die Anlagen durch die Biogasnutzung zum Teil in weniger als 2 Jahren. In Nepal und China verbreiten sich diese Systeme derzeit rasch, u. a. mit Unterstützung durch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Eine der 12 thematischen Arbeitsgruppen der Sustainable Sanitation Alliance widmet sich unter dem Titel „Sustainable sanitation, renewable energy and climate change“ speziell der Bearbeitung dieses Fragenkomplexes.

- c) für die landwirtschaftliche Bewässerung?

Die Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser spielt in besonders wasserarmen Ländern eine zunehmende Rolle. So werden bereits 30 Prozent des gereinigten Abwassers in Tunesien wieder für die Bewässerung eingesetzt. Die Potentiale sind auch in anderen Ländern noch hoch. Das hygienisch wenig problematische und leicht aufzubereitende Grauwasser (von Waschbecken, Duschen, Wäschewaschen) aus Haushalten besitzt ein großes Potential für die Bewässerung von Hausgärten im ländlichen und periurbanen Raum, da es ganzjährig kontinuierlich zur Verfügung steht und auch Nährstoffe zu den Zielpflanzen transportiert. Die Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO), des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zum Themenbereich „Sichere Verwendung von Abwasser, Ausscheidungsstoffe und Grauwasser“ („Guidelines for the safe use of wastewater, excreta and greywater“) aus dem Jahr 2006 ist die Reaktion der Weltgesundheitsorganisation darauf, dass weltweit im großen Stil Abwasser – oft unbehandelt – auf Felder geleitet wird, um Wasser und Nährstoffe für die Landwirtschaft zu erhalten. Dies reflektiert die weltweite Wasser- und Düngemittelknappheit. Wenn die Bestimmungen der Richtlinie eingehalten werden, werden Arbeiter und Konsumenten vor Krankheit geschützt, und eine unsachgemäße Bewässerung des Ackerbodens unterbunden.

55. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, welchen Beitrag die Energieerzeugung aus wiederverwertungsorientierten Ansätzen der Sanitärversorgung dazu leisten könnte, den Ausstoß an Treibhausgasen zu verringern, und ist die Bundesregierung bereit, hierzu eine Studie in Auftrag zu geben, wenn verlässliche Daten noch fehlen?

Potential und Bedeutung dieser Fragen hat u. a. der Preisträger des Stockholm Wasserpreises des Jahres 2007, Prof. P. L. McCarty, in seinem Festvortrag auf der Weltwasserwoche 2007 umrissen. Nach seinen Ausführungen stammen global rund 4 Prozent der für den Klimawandel relevanten Emissionen aus Methan und Stickoxiden (N₂O), die in den Bereichen Abwassermanagement (1,3 Prozent), Dung (1 Prozent) und organische Abfälle (1,8 Prozent) entstehen. Dazu kommt der CO₂-relevante Energiebedarf beim Trink- und Abwassermanagement (z. B. Pumpenergie, Energieverbrauch für die Abwasserreinigung). All diese Bereiche können durch innovatives Wasser- und Abwassermanagement beeinflusst werden. Nach Erkenntnissen der KfW ist das Potential der Vermeidung von Treibhausgasen im Abfallsektor (Deponiegas) noch wesentlich höher als in der Abwasserbehandlung und weist in der Regel ein günstigeres Kosten-Nutzen-Verhältnis auf. Teilweise wird die Energie aus Klärschlamm daher erst im Rahmen der Deponierung genutzt.

Innerhalb der „Sustainable Sanitation Alliance“ (SuSanA) arbeitet die Arbeitsgruppe „Sustainable sanitation, renewable energy, and climate change“ an diesem Thema. Neben den oben genannten Aspekten hebt sie z. B. das Potential von Abwassernutzung für die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen hervor (z. B. Gewinnung von Holzpellets durch Pflanzenkläranlagen, die mit rasch wachsenden Bäumen bepflanzt werden).

Im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ist auch die Förderung von beispielhaften Projekten zur Steigerung der Energieeffizienz sowie zur Energiegewinnung im Wasser-/Abwassersektor geplant.

56. Welche internationalen Pläne und Strategien zum Klimawandel beinhalten die Wiederverwendung von Fäkalien für erneuerbare Energie sowie die Wiederverwertung von Abwässern, um dazu beizutragen, klimabedingt zunehmende regionale Wasserknappheiten auszugleichen, und wie bewertet die Bundesregierung dies?

Die Potentiale kreislauforientierter Sanitärsysteme sind bislang in den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO), des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) 2006, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) 2006, und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) 2006 berücksichtigt. Die Verbindung der Themen Klimawandel, Ressourcenschutz und der Potentiale kreislauforientierter Sanitärsysteme ist in der Veröffentlichung „Nachhaltige Wege zur Erreichung der Millenniumsziele“ (Sustainable pathways to attain the MDGs), des Stockholm Environment Institutes im Jahr 2005 dargestellt. Diese Veröffentlichung wird zurzeit von SuSanA-Partnern mit einem stärkeren Fokus auf Sanitärsysteme in Richtung eines Positionspapiers weiterentwickelt.

Aus Sicht der Bundesregierung ist es wünschenswert, dass das Thema – wegen seiner Schlüsselstellung für die Erreichung vieler Millenniumsziele – in zentralen Plänen und Strategien zum Klimawandel Aufnahme findet und angemessen behandelt wird.

57. In welcher Weise setzt sich die Bundesregierung für den Ausbau der wiederverwertungsorientierten Sanitärkonzepte gegenüber den Partnerländern und anderen Gebern ein?

Die deutsche Entwicklungspolitik orientiert sich an der Nachfrage und den Strategien der Partnerländer. Dabei wird gegenüber den Partnern auch auf das Potential wiederverwertungsorientierter Ansätze hingewiesen.

Die Antwort zu Frage 19 zeigt welchen Stellenwert wiederverwertungsorientierte Ansätze bereits heute in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit haben. Dies ist auch eine Folge des Dialogs mit Partnern. In den Partnerländern mit der stärksten Wasserknappheit, insbesondere in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas, wie zum Beispiel Jordanien oder der Jemen haben wiederverwertungsorientierte Ansätze bereits Eingang in die entwicklungspolitischen Schwerpunktstrategiepapiere – die gemeinsame Grundlage der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen Partnerland und Bundesregierung – gefunden.

Die Antwort zu Frage 20 zu den Anstrengungen der Bundesregierung, die Anwendung des ecosan-Ansatzes substantiell auszuweiten, bezieht sich sowohl auf die deutsche bilaterale Zusammenarbeit als auch die Strategie der Bundesregierung, international für den Ausbau wiederverwertungsorientierter Ansätze zu werben.

58. Wie und entsprechend welcher Regelungen ist die Wiederverwertung menschlicher Exkreme als Dünger in der deutschen und in der europäischen Gesetzgebung beschränkt (für die Nahrungsmittelproduktion und für andere Bereiche der Agrarwirtschaft) und welchen Reformbedarf sieht die Bundesregierung hierbei, um die Entwicklung und den Transfer von Technologien und Wissen zu befördern?

Menschliche Exkreme liegen in der Regel als Mischung aus Kot, Urin sowie Wasser und anderen Stoffen vor und werden in der Regel über Klärwerke als „Klärschlamm“ aufbereitet und entsorgt. Die Exkreme sind reich an den Pflanzennährstoffen Phosphat, Stickstoff und ggf. auch Kali, was eine Verwertung als Düngemittel sinnvoll macht. Durch diese Verwertung können Klärschlämme den Einsatz insbesondere anderer Phosphatdünger substituieren (zum Substitutionspotential siehe Antwort zu Frage 60). Die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm als Düngemittel ist grundsätzlich durch das Abfallrecht (Klärschlammverordnung) und in differenzierter Form durch das Düngemittelgesetz sowie drei Verordnungen des Düngemittelrechts (Düngeverordnung für die Anwendung, Düngemittelverordnung für die zulässige Zusammensetzung und Kennzeichnung sowie durch die Klärschlamm-Entschädigungs-Fonds Verordnung (KlärEV)) geregelt. Die EU regelt Abfälle grundsätzlich durch die Richtlinie 2006/12/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 und die Verwertung von Klärschlämmen durch die EG-Klärschlammrichtlinie 86/278/EWG.

Im Klärschlamm sind auch Fremdstoffe enthalten, die teilweise unvermeidbar sind (z. B. Medikamentenrückstände), im Rahmen der Aufbereitung gezielt zugegeben werden (z. B. Fällungsmittel) oder aus vorgeschalteten technischen Prozessen stammen und dann durch die angeschlossenen Einleiter zusammen mit den Fäkalien eingebracht werden (z. B. teilweise enthaltene Schwermetalle, organische Schadstoffe). Gleichzeitig sind Klärschlämme oft auch hygienisch belastet.

Nährstoffgehalte und Schadstoffgehalte dieser Schlämme machen eine sorgfältige Überwachung, eine ständige Güterabwägung der Vorteile und Risiken bei der Verwendung dieser Schlämme als Düngemittel sowie eine ständige Anpassung für die Verwertung als Düngemittel notwendig. Im Rahmen der Neufassung der Düngemittelverordnung werden deshalb derzeit die Anforderungen an Düngemittel aus Klärschlämmen denen für andere Düngemittel angepasst. Ziel ist es, die gleichen qualitativen Anforderungen für alle Düngemittel unabhängig von der Herkunft sowie eine weitere rechtliche Einordnung der Ausgangsstoffe (z. B. Abfallrecht) zu etablieren.

Aus Sicht der Bundesregierung existiert inzwischen, mit der Verbrennung der Schlämme und verschiedenen daran anknüpfenden Aufbereitungsverfahren der Aschen, geeignete Technologien und das Wissen, um Klärschlamm so zum Düngemittel aufzubereiten, dass Schadstoffe hinreichend eliminiert und die hygienischen Eigenschaften sowie die Nährstoffverfügbarkeit umfassend verbessert werden. Die verstärkte Nutzung dieser Verfahren wird durch die Bundesregierung mit der derzeit vorbereiteten Neufassung der Düngemittelverordnung durch die Zulassung geeigneter Düngemitteltypen unterstützt.

Die Bundesregierung unterstützt den nachhaltigen Umgang der Ressource Phosphor sowie deren Nutzung als Sekundärrohstoff durch eine vom BMBF gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) im Jahr 2004 veröffentlichte Förderinitiative „Kreislaufwirtschaft für Pflanzennährstoffe, insbesondere Phosphor“. Diese zielt auf die Wertstoffrückgewinnung aus phosphatreichen Ausgangsmaterialien bei gleichzeitigem Rückhalt von Schwermetallen und anderen persistenten Schadstoffen. Abwässer und Klärschlämme sind aufgrund ihres hohen Phosphor-Rückgewinnungspotentials und auch unter dem Aspekt der heftigen Diskussionen und zuneh-

menden Beschränkungen einer landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung von besonderem Interesse. Thematisch spiegeln die Technologievorhaben den allgemeinen Trend in der Forschung wieder: Nasschemische Verfahren wie Fällung und Kristallisation, thermisch-metallurgische Verfahren zur Phosphor-Rückgewinnung aus Aschen, aber auch Nanofiltration und Bioleaching werden in den Projektverbänden thematisiert. Weitere Vorhaben zielen auf die Ausnutzung elektrochemischer Prinzipien bzw. auf Einsatz von Ionenaustauschverfahren. Ergänzende Begleitvorhaben sollen die zu entwickelnden Technologien vergleichend ökologisch und wirtschaftlich bewerten sowie ein strategisches Verwertungskonzept für die Bundesrepublik Deutschland entwickeln.

59. Wie fördern die Bundesregierung und die EU wiederverwertungsorientierte Sanitärtechnologien, in Erforschung und Entwicklung
- a) betreffend deren Einsatz in Entwicklungsländern,
 - b) betreffend deren Einsatz in Deutschland und in der EU,
 - c) betreffend deren Export in Entwicklungsländer?

Die Bundesregierung und die EU fördern wiederverwertungsorientierte Sanitärtechnologien in vielfältiger Weise.

- a) betreffend deren Einsatz in Entwicklungsländern,

Die von der Europäischen Union geförderten Forschungsprojekte NETSSAF (Network for the development of sustainable approaches for large scale implementation of sanitation in Africa) in Westafrika und ROSA (Resource-Oriented Sanitation concepts for peri-urban areas in Africa) in Ostafrika widmen sich der Erforschung und Weiterentwicklung von wiederverwertungsorientierten Sanitärtechnologien für deren breite Anwendung in der Praxis. Auch die AKP-EU-Wasserfazilität hatte in den Ausschreibungskriterien deutlich gemacht, dass Projekte mit einem Fokus auf wiederverwertungsorientierte Abwassertechnologien besonders förderungswürdig seien. Entsprechend werden zurzeit im Rahmen der AKP-EU-Wasserfazilität unter anderem zwei große Ecological Sanitation (ecosan)-Verbreitungsprogramme in Kenia und Burkina Faso unter Beteiligung der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit durchgeführt. Die EU fördert z. B. im Asia-proEco Projekt „Developing capacity for sustainable sanitation in India“ auch die Aus- und Weiterbildung zum Thema wiederverwertungsorientierter Sanitärtechnologien.

Das BMBF fördert im Rahmen der Verbünde „Exportorientierte Forschung und Entwicklung auf den Gebieten der Wasserver- und Abwasserentsorgung“ u. a. Projekte der Sanitärversorgung zur Anpassung an Bedingungen in Entwicklungsländern. Das soll die Einsatzfähigkeit deutscher Wassertechnologien bei den im Ausland und in Entwicklungsländern in besonderem Maße anzutreffenden Randbedingungen, d. h. technische Anforderungen (Klimaeinflüsse, Gewässerbeschaffenheit, Wasserverfügbarkeit, Schadstoffe, Randparameter usw.), wirtschaftliche Rahmenbedingungen, gesetzliche Regelungen unterstützen.

- b) betreffend deren Einsatz in Deutschland und in der EU,

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt fördern gegenwärtig im Rahmen des Programms Beratungshilfe für den Umweltschutz in Mittel- und Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien das Projekt „Dezentrales nachhaltiges Abwassermanagement für Kirgisistan. Die Trinkwasser- und Energieversorgung ist in den ländlichen Gebieten Zentralasiens meist unzureichend, Abwasserkanalisation und Kläranlagen funktionieren nur schlecht. Das Leitungswasser ist in der Regel nicht

trinkbar, das Wasser aus Brunnen häufig anthropogen verseucht. Ziel des Projekts ist die Gesundheit der Landbevölkerung in Kirgisistan zu verbessern, das Umweltbewusstsein zu steigern sowie das Grundwasser vor Verunreinigung zu schützen. In einem Pilotprojekt wird Hausbesitzern und Mitarbeitern der kirgisischen Partnerorganisation „Habitat for Humanity“ die Konstruktion, Wirkungsweise und richtige Verwendung von EcoSan Trocken-Trenntoiletten in Workshops und Trainings erläutert. Die Projektteilnehmer werden zudem beim Bau individueller oder kollektiver Bodenfilter zur Grauwasserbehandlung beraten. Anleitungen und Informationsmaterialien werden erarbeitet und verteilt. Projektnehmer ist Women in Europe for a Common Future e. V. Zur EU-Förderung von wiederverwertungsorientierten Sanitärtechnologien liegen uns keine Informationen vor.

c) betreffend deren Export in Entwicklungsländer?

Die BMBF-geförderten Verbände „Exportorientierte Forschung und Entwicklung auf den Gebieten der Wasserver- und Abwasserentsorgung“ haben das Ziel, Erfahrungen aus der Wasserforschung und den Stand der Technik in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen im Ausland weiter zu entwickeln und damit exportfähig zu machen. Dazu werden die Voraussetzungen für Planung, Dimensionierung und Betrieb von Wasseraufbereitungs- und Verteilungsanlagen sowie von Sanitäreinrichtungen mit starker Ausrichtung auf die Wiederverwertung von Inhaltstoffen und Energie unter anderen klimatischen und gesellschaftlichen Bedingungen erforscht.

Die Module wiederverwertungsorientierter Sanitärtechnologien des Forschungsvorhabens besitzen ein Potential für Kostenreduktionen und Flexibilität, um sich auf wandelnde Ansprüche hin (demographische Entwicklung, Klimawandel, Ressourcendruck) anzupassen. Hier sieht die Bundesregierung einen Exportmarkt der Zukunft. Dieser kann allerdings erst dann überzeugend und in großem Umfang bedient werden, wenn die innovativen Technikkomponenten auch hier im Land ausreichend erprobt und angewandt werden. Beispiele für Aktivitäten in dieser Richtung sind das patentierte so genannte HAMBURG WATER Cycle[®] (eine Technik-Kombination der Hamburger Wasserbetriebe), oder das so genannte Komplettsystem zum Recycling von Grau- und Schwarzwasser für größere Gebäudekomplexe (z. B. Hotelanlagen, Kleinsiedlungen, Freizeit- und Shoppingcenter sowie Hochhäuser). Dieses ist gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und wird entwickelt von Villeroy & Boch AG, den Universitäten Kaiserslautern und Bonn sowie dem Fraunhofer-Institut UMSICHT im Rahmen des BMBF-Förderschwerpunkts „Dezentrale Wasserver- und -entsorgungssysteme“, den das BMBF im Jahr 2001 öffentlich bekannt gegeben hat. Mit diesem Schwerpunkt wird zu einem bewussten und nachhaltigen Umgang mit der nicht zu ersetzenden Ressource Wasser beigetragen. Dieser Förderschwerpunkt zielt auf neue Ansätze, die dazu beitragen, Stoff- und Wasserströme zu entkoppeln und vor allem zu reduzieren. Der Wasserverbrauch soll reduziert werden und die Wiederverwendung von Wasser, Energie und Nährstoffen soll ermöglicht werden. Ferner sollen Bioabfälle einschließlich der damit verbundenen Energierückgewinnung (z. B. in Form von Biogas) mitbearbeitet werden. Soziokulturelle, ökonomische und rechtliche Aspekte werden in den Entwicklungen und in den Forschungen starke Beachtung finden, um den Export in Entwicklungsländer überhaupt zu ermöglichen.

Innovative Technologien werden z. B. in den Bereichen Membranfiltration, Biogasgewinnung, Regeltechnik oder Fernüberwachung dezentraler Reinigungs- oder Wiederverwendungsanlagen, in Zusammenarbeit mit Universitäten, Fraunhofer-Instituten und der Privatwirtschaft erforscht und entwickelt.

Über Einrichtungen wie die „German Water Partnership“ und Diskussionskreise, wie z. B. die Beiratstreffen des Ecological Sanitation (ecosan)-Sektorvorha-

bens der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, fördert die Bundesregierung formelle und informelle Plattformen, welche dazu beitragen, innovative Technologien und Managementmodelle zu verbreiten und die Verzahnung von Forschung und Entwicklung zu verwirklichen.

60. Wie lange werden nach Erkenntnis der Bundesregierung – in Anbetracht der zu erwartenden Trends im Düngemiteleinsatz und der Nahrungsproduktion – die für die Kunstdüngerproduktion notwendigen Phosphorvorkommen ausreichen?

Die nach derzeitigen Kriterien für Düngemittel förderwürdigen Vorkommen an sedimentären und magmatischen Phosphaten sind auf wenige Länder beschränkt. In Europa befinden sich nur wenige kleinere Lagerstätten, so dass in Europa nur circa 12 Prozent des dort verbrauchten Phosphates auch abgebaut werden. Weltweit ist der Verbrauch in den letzten Jahren, insbesondere durch die Intensivierung der Landwirtschaft in den Schwellenländern, erheblich angestiegen, was gegenwärtig zur Verknappung von Phosphaten auf dem Weltmarkt führt. Der damit verbundene Preisanstieg für Rohphosphate macht allerdings auch bisher nicht genutzte Lagerstätten sowie alternative Phosphatquellen abbauwürdig. Als zusätzliche alternative Phosphatquellen sind Guano (Vogel- und Fledermauskot) sowie künftig die verstärkte Nutzung von Phosphaten aus tierischen Exkrementen, solchen aus Knochen- und Fleischmehlen sowie Phosphaten aus Klärschlamm (siehe Antwort zu Frage 58) von Bedeutung.

Für eine seriöse Beurteilung der künftigen Verfügbarkeit von Rohphosphaten als Düngemittel können derzeit bekannte und nach der derzeitigen Abbautechnologie geeignete Reserven nur sehr begrenzt herangezogen werden, da

- die Abbauwürdigkeit bislang nicht nutzbarer Lagerstätten auch Ergebnis künftiger Preisentwicklungen und künftig verfügbarer Technologien ist und
- derartige Schätzungen auch nur sehr begrenzt künftige Nachfrageentwicklungen einbeziehen können.

Die in den vergangenen Jahren unter statischen Bedingungen – unter anderem einem Preis von 40 US-Dollar – ermittelte „statische Reserve“ würde für circa 115 Jahre reichen. Hinzu kommen bekannte (und neu gefundene) erst künftig abbauwürdige Phosphatreserven (reserve base), die aber zum Teil inzwischen aufgrund der aktuellen Preisentwicklung (bis zu 400 US-Dollar je Tonne Rohphosphat) eigentlich bereits der statischen Reserve hinzuzurechnen sind. Aktuelle Mengenabschätzungen dazu liegen noch nicht vor. Sowohl die geologisch nachweisbaren Phosphatmengen als auch ihre Abbauwürdigkeit, sind unter heutigen Bedingungen nicht zu beurteilen.

- a) Wie werden sich die Kunstdüngerpreise und damit verbunden die Preise von Agrarprodukten mit der Verknappung des Rohstoffes entwickeln?

Durch die Preisentwicklung für Rohphosphate werden weitere bekannte aber bislang nicht genutzte Lagerstätten abbauwürdig. Auch deshalb rechnet die deutsche Industrie mittelfristig wieder mit einer Entspannung auf dem Weltmarkt und einer Stabilisierung der Preise für Phosphat, allerdings auf hohem Niveau. Der Einfluss der Preise für Rohphosphat auf die Verbraucherpreise für Agrarprodukte bleibt trotz der aktuellen Situation unbedeutend, da die Ausgaben für alle Düngemittel auch bislang nicht mehr als 10 Prozent der Kosten der Landwirte ausmachen und zudem Phosphat mit einer Düngermenge von unter 20 kg P₂O₅ /Hektar/Jahr daran nur einen kleinen Anteil hat.

- b) Welche internationalen und deutschen Strategien existieren in Bezug auf den Schutz der Phosphorressourcen?

Deutsche Strategien

- Unterstützung des sachgerechten Einsatzes von Phosphatdüngemitteln (wirkungsvollstes Sparen von Ressourcen).
- Phosphate enthalten Schwermetalle, daher begrenzen Regelungen für Grenzwerte von Schwermetallen auch die Nutzbarkeit von Phosphatressourcen. Sachgerecht abgewogene Regelungen für Schwermetalle (kurzfristig) und die preiswerte Eliminierung der Schwermetalle aus dem Rohphosphat (langfristig) sind folglich ein wichtiges Teilziel im Rahmen einer Gesamtstrategie.
- Die Wiederverwertung von bereits im Umlauf befindlicher Phosphatmengen als Ausgangsstoff für Düngemittel (siehe Antwort zu Frage 58). Dies wird in der Bundesrepublik Deutschland u. a. durch die entsprechende Ausgestaltung abfallrechtlicher und düngemittelrechtlicher Vorschriften bereits unterstützt. Das Substitutionspotential ist allerdings begrenzt: bezogen auf Klärschlamm und Tiermehle beträgt dieses in der Bundesrepublik Deutschland circa 10 bis 12 kg P₂O₅ /Hektar/Jahr. Bei einem angenommenen langfristigen Bedarf für eine nachhaltige Düngung von circa 60 kg P₂O₅ /Hektar/Jahr bei allerdings starker Schwankung wären dies maximal 20 Prozent des Bedarfes.

Internationale Strategien

- Die stoffliche Wiederverwertung von als Düngemittel geeignetem Klärschlamm ist auch das Ziel von Regelungen der EU (Antwort zu Frage 58).
- Die stoffliche Wiederverwertung von tierischen Nebenprodukten (tierische Fäkalien, Knochenmehl, Fleischmehl u. a.) als Düngemittel wird durch EG-Recht ebenfalls unterstützt.
- Weltweit bestehen Anpassungsstrategien durch preisbedingt verstärkte Nutzung bislang nicht abbauwürdiger Lager.

61. In welcher Weise unterstützt die Bundesregierung die Sustainable Sanitation Alliance, in der die wiederverwertungsorientierte Sanitärversorgung eine wichtige Rolle spielt?

Die Bundesregierung unterstützt die Sustainable Sanitation Alliance (SuSanA) auf vielfältige Weise. So wird die Sekretariatsfunktion und das Management der Webseite des Netzwerks weitgehend durch das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beauftragte Sektorvorhaben ecosan der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) übernommen und finanziert. Die Bundesregierung hat auch die Ausrichtung von SuSanA-Treffen, z. B. in Afrika und Asien, unterstützt, um so eine stärkere Beteiligung von Partnern aus dem Süden zu erreichen und den Nord-Süd-Wissensaustausch zum Thema „sustainable sanitation“ zu fördern. Schließlich trägt die Bundesrepublik Deutschland durch die Mitarbeit von wissenschaftlichen und Durchführungsorganisationen wie der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), dem Centrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM) oder auch der Bremen Overseas Research and Development Agency (BORDA) und verschiedenen anderen deutschen Institutionen (z. B. TU Hamburg-Harburg, Universität Freiburg, TTZ Bremerhafen) in mehr als der Hälfte der 12 thematischen Fachgruppen dazu bei, dass die neuesten Erkenntnisse zu den unterschiedlichen Aspekten nachhaltiger Abwasser- und Sanitärssysteme (ökologische, ökonomische, soziale und institutionelle Nachhaltigkeit) zusammengeführt und für eine rasche Verbreitung aufbereitet werden.

62. Welche Kriterien, insbesondere zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit (in Bezug auf Umwelt-, Gesundheits-, technische und kulturelle Aspekte) und der Kosteneffizienz legt die Bundesregierung ihren Förderentscheidungen im Bereich der sanitären Grundversorgung zu Grunde und wie fließen die zusätzlichen Vorteile wiederverwertungsorientierter Ansätze darin ein?

Nachhaltigkeitskriterien spielen bei Förderentscheidungen eine wichtige Rolle. Das „Sektorkonzept Wasser“ aus dem Jahr 2006 stellt die Leitlinie der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im Wassersektor dar. Darin ist festgehalten, dass ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit die wichtigsten Zieldimensionen des deutschen Engagements im Wasser- und Abwasserbereich sind: „Für die ökologische Nachhaltigkeit spielt jedoch nicht nur die Quantität, sondern in zunehmendem Maße auch die Wasserqualität eine Rolle. Um eine weitere Verschmutzung von Oberflächen- und Grundwasser zu verhindern, sollten in Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft Produktionsprozesse umgestellt, in allen Sektoren Kreislaufkonzepte stärker beachtet und schließlich die Abwasserbehandlung und -wiederverwertung deutlich ausgebaut werden.“ (S. 16) und weiter: „Ein Engagement in der Trinkwasserversorgung sollte in der Regel mit Maßnahmen zur Verbesserung der Sanitärversorgung verbunden werden. Dort wo möglich und sinnvoll finden dabei kreislauforientierte Abwasser- und Sanitärkonzepte Anwendung.“ (S. 26).

Um die Nachhaltigkeit der Einzelvorhaben der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu gewährleisten, sind diese in der Regel in ein langfristig angelegtes Sektorengagement eingebettet, bei dem verschiedene komplementär auf mehreren Interventionsebenen zum Einsatz kommen können (Mehrebenenansatz). Unter anderem wird systematisch geprüft, ob bei der Entwicklung und Durchführung von gemeinsamen Vorhaben die oben genannten Vorgaben ausreichend berücksichtigt wurden.

Grundsätzlich werden lokal angepasste Alternativen geprüft und möglichst kostengünstigen aber gleichzeitig bewährten und robusten Systemen der Vorzug gegeben. Es wird immer geprüft, ob die Folgekosten (Betrieb, Unterhalt und Ersatzinvestitionen) langfristig von der Bevölkerung, einschließlich der ärmeren Haushalte, getragen werden können. Maßstab ist die Belastung als Anteil des Haushaltseinkommens. Diese Belastung soll für die Wasser- und Sanitärversorgung insgesamt in der Regel nicht über 5 Prozent (Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation) liegen. Die Förderentscheidungen orientieren sich auch an dem Leitbild des integrierten Wasserressourcenmanagements (IWRM). Umweltverträglichkeitsprüfungen sichern zusätzlich den nachhaltigen Schutz der Umwelt.

Die Vor- und Nachteile wiederverwertungsorientierter Ansätze fließen automatisch in die Alternativenprüfung mit ein und werden sorgfältig gegeneinander abgewogen. Je nach lokalen Gegebenheiten können sie zum Beispiel kostengünstiger sein, geringeres technisches Know-how des Bedienungspersonals voraussetzen oder höhere Erträge von Kleinbauern ermöglichen (Dünger-Produktion). Dem gegenüber können z. B. lokale Akzeptanzprobleme und damit verbunden ein höherer Beratungsaufwand oder sogar höhere Kosten stehen.

Koordination und Kohärenz

63. Wo bestehen nach Auffassung der Bundesregierung bei der Koordination, der Abgrenzung von Aufgabengebieten und der Kohärenz der internationalen Arbeit verschiedener internationaler Akteure im Bereich der sanitären Grundversorgung Verbesserungsmöglichkeiten?

In den vergangenen Jahren hat sich die Geberkoordination deutlich verbessert. Beispiele hierfür sind der koordinierte Vorstoß für die Einrichtung des Interna-

tionalen Jahres der Sanitären Grundversorgung sowie die verbesserte Selbstorganisation von UN-Water. Auch die im Internationalen Jahr der Sanitären Grundversorgung organisierten großen Regionalkonferenzen wurden jeweils von breiten Akteurskoalitionen getragen.

Referenzpunkt für die Koordination der Aktivitäten verschiedener internationaler Akteure sollte jedoch die Sektorstrategie der Partner sein. Daher sollten aus Sicht der Bundesregierung Geberkoordinierung und Arbeitsteilung am besten auf Länderebene unter Führung des Partnerlandes stattfinden. So haben in vielen Partnerländern Geberkoordinierungsgruppen stark zu einer Verbesserung der Kommunikation und Abstimmung, der Vermeidung von Doppelungen und der Nutzung von Synergieeffekten beigetragen. In der Weiterentwicklung dieser Koordinierungsgremien setzt sich die Bundesregierung insbesondere für eine stärkere Rolle der Partnerregierungen ein. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich aktiv in diesen Gremien durch die Übernahme von „Lead-Donor“- und/oder Sekretariatsfunktionen in zahlreichen Ländern. Eine verbesserte Arbeitsteilung unter den Gebern ist der Bundesrepublik Deutschland ein wichtiges Anliegen: Unter deutscher EU-Präsidentschaft wurde der EU-Verhaltenskodex zu Komplementarität und Arbeitsteilung verabschiedet. Auch während der Konferenz zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (2. bis 4. September 2008) in Accra wurde Arbeitsteilung betont; die Bundesrepublik Deutschland hatte dazu in Vorbereitung der Accra-Konferenz einen internationalen Arbeitsstrang geleitet und setzt sich weiterhin stark für das Thema ein.

64. Wie beurteilt die Bundesregierung die Koordinierungsleistung von UN Water?

UN-Water ist ein Zusammenschluss der im Wassersektor aktiven VN-Organisationen. UN-Water hat das Ziel, die Zusammenarbeit der VN-Organisationen im Wassersektor zu stärken und die Effektivität ihrer Arbeit zu erhöhen.

25 Programme, Fonds und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen zu koordinieren, ist eine große Herausforderung, und UN-Water ist ein vergleichsweise junges Gremium. Es ist daher noch sehr früh, Schlüsse für die Koordinierungsleistungen von UN-Water zu ziehen. Auf globaler Ebene, insbesondere in den Bereichen Monitoring des Wassersektors und gemeinsames Auftreten der verschiedenen im Wasserbereich aktiven VN-Organisationen, zeigen sich jedoch bereits große Fortschritte. Die Bundesregierung begrüßt zudem die während der 16. Sitzung der Kommission zur nachhaltigen Entwicklung durch den Vorsitzenden von UN-Water, Pasquale Steduto, angekündigte zukünftige verstärkte Konzentration der Aktivitäten auf Länderebene.

a) Welche Relevanz misst die Bundesregierung der Koordinierungsaufgabe der im Frühjahr 2007 neu gegründeten UN Water Sanitation task force bei?

Die UN-Water Sanitation task force hat im laufenden Internationalen Jahr der Sanitären Grundversorgung wichtige Koordinationsaufgaben übernommen und hervorragende gemeinsame Informationsmaterialien zur Rolle der Sanitärversorgung entwickelt. Diese Materialien und die darin enthaltenen Kernbotschaften zur Bedeutung von Sanitärversorgung für nachhaltige Entwicklung trugen dazu bei, dass die Vereinten Nationen mit einer starken Stimme das Internationale Jahr der Sanitären Grundversorgung mitgeprägt und zur Sichtbarkeit des Themas beigetragen haben. Aus Sicht der Bundesregierung war es daher eine sinnvolle Entscheidung, alle relevanten Informationen zu diesem Thema über die Task Force kommunizieren zu lassen. Inwieweit die Task Force auch die VN-Aktivitäten in den Partnerländern koordiniert und strukturiert kann die Bun-

desregierung auf Grundlage der vorliegenden Informationen von außen nicht bewerten. Generell begrüßt die Bundesregierung die Entscheidung von UN-Water, thematische Arbeitsgruppen mit klar definiertem Koordinationsauftrag einzurichten.

- b) In welcher Weise unterstützt die Bundesregierung die Arbeit von UN Water und der UN Water Sanitation task force und ist sie bereit, UN Water institutionell zu stärken, etwa durch Beiträge zu einem UN Water Sekretariat?

Die Bundesregierung unterstützt UN-Water bereits heute. Das UN-Water Decade Programme on Capacity Development (UNW-DPC) arbeitet unter dem Dach der UN University in Bonn und hat seine Arbeit am 1. August 2007 aufgenommen. Ziel des Programmbüros ist es, die Aktivitäten von mehr als zwei Dutzend VN-Organisationen und Programmen, die im UN-Water Verbund zusammenarbeiten, auf dem Gebiet der wasserbezogenen Bildung, des Trainings und der institutionellen Kapazitätsentwicklung zu stärken, auf dem Weg zur Erreichung der Millenniumsziele zu koordinieren und zu unterstützen.

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt das UNW-DPC Programmbüro für zunächst drei Jahre über eine Kooperation zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). BMZ und BMBF finanzieren wichtige Vorhaben des neuen Büros mit je bis zu 500 000 Euro pro Jahr für drei Jahre (2007 bis 2009).

- c) Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um dafür zu sorgen, dass eine UN-Institution eine permanente Federführung für den Bereich der sanitären Grundversorgung übernimmt?

Generell unterstützt die Bundesregierung im Zuge der allgemeinen Reform der Entwicklungszusammenarbeit der Vereinten Nationen unter dem Stichwort „Delivering as one“ die verstärkte Arbeitsteilung und Ernennung von Lead-Agencies in verschiedenen Politikfeldern, insbesondere auf Länderebene. Diese Unterstützung gilt grundsätzlich auch für den Bereich der sanitären Grundversorgung. Ob eine VN-Institution auf globaler Ebene die Federführung übernehmen sollte oder ob flexible Lösungen auf Länderebene angestrebt werden sollten, lässt sich derzeit noch nicht bewerten. Die Sanitation task force von UN-Water (siehe Antwort zu Frage 64b) stellt einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar.

65. In welcher Weise stimmt die Bundesregierung ihre Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Sanitärversorgung im EU-Rahmen sowie mit weiteren Gebern ab, und welche Ergebnisse haben Abstimmungen bislang erbracht?

Die Geberabstimmung findet vor allem vor Ort, d. h. in den Partnerländern statt. Dies betrifft sowohl die Abstimmung zwischen den EU-Mitgliedstaaten als auch die Abstimmung mit weiteren Partnern wie VN-Organisationen, Nicht-EU-Geberstaaten oder multilateralen Entwicklungsbanken. Diese Grundausrichtung ist aus Sicht der Bundesregierung aus den in der Antwort zu Frage 63 dargelegten Gründen richtig. Wichtige ergänzende Abstimmungsprozesse gibt es jedoch auch in vielen anderen Gremien.

Auf Länderebene findet die Abstimmung einerseits im Rahmen der Erstellung von Sektorstrategiepapieren und Länderstrategien im Geberkreis innerhalb der dort vorhandenen Gremien statt. Dies geschieht stets in Anlehnung an die nationalen Sektorstrategien und – falls vorhanden, an die Armutsbekämpfungsstrategiepapiere (Poverty Reduction Strategy Paper – PRSP) oder nationalen

Entwicklungsstrategien der jeweiligen Partnerregierungen. Außerdem findet Abstimmung, vor allem bei größeren Investitionsprojekten, durch die Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Finanzierungsprogramme, in die hauptsächlich europäische Geber eingebunden sind, statt. Beispiele hierfür gibt es in Ägypten und Marokko.

Auf EU-Ebene gibt es im Sanitärversorgungs- und Wasserbereich im Wesentlichen drei Arten von Abstimmungsprozessen: (i) EU-Ratsarbeitsgruppen, (ii) EU-Finanzierungsinstrumente und (iii) thematische EU-Initiativen.

In (i) EU-Ratsarbeitsgruppen (Entwicklung/Infrastruktur) werden die politischen Aspekte der Länderprogrammierungen und Mittelallokationen diskutiert. Dabei achten die Bundesregierung und die anderen Mitgliedstaaten neben konzeptionellen Fragen auch auf mögliche Überschneidungen mit bilateralen Programmen.

In (ii) den Verwaltungsausschüssen von EU-Finanzierungsinstrumenten, wie der Nachbarschaftsinvestitionsfazilität, dem Infrastruktur-Trustfund (ITF) oder der europäischen Wasserinitiative werden einerseits grundsätzliche Fragen der konzeptionellen Ausrichtung des Engagements diskutiert und andererseits vor allem im Rahmen von Kofinanzierungen spezifische Projekte abgestimmt.

In (iii) thematischen Initiativen, wie der Europäischen Wasserinitiative (EUWI) steht der strategische Dialog zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Afrika, der Mittelmeerregion, Lateinamerika, Osteuropa und Zentralasien in jeweils eigenständigen thematischen regionalen Arbeitsgruppen im Mittelpunkt. Vor allem in der EUWI Arbeitsgruppe Afrika hat das Thema Sanitärversorgung in den letzten Jahren einen deutlich größeren Stellenwert eingenommen, was sich auch in der Veröffentlichung des „EU-Africa Statement on Sanitation“ zeigt. Während die konzeptionelle Abstimmung im Mittelpunkt der EUWI steht, erfolgen im Rahmen so genannter nationaler Wasser-Dialoge auch andere Abstimmungsformen, wie z. B. die Entwicklung von gemeinsamen sektoralen Regionalstrategien (z. B. Zentralasien) oder die Durchführung von Donor-Mappings (z. B. EUWI Arbeitsgruppe Afrika).

Die Bundesregierung beteiligt sich intensiv an allen drei Formen der Abstimmung.

In den multilateralen VN-Organisationen und Entwicklungsbanken findet die formale Abstimmung zu Sektorstrategien, Länderprogrammen und teilweise auch Einzelprojekten über die Aufsichtsräte (Boards) statt.

Eine weitere Abstimmungsplattform stellt der Entwicklungsausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) dar, in dessen Rahmen die internationale Gebergemeinschaft sich auf allgemeine Prinzipien und Grundsätze für „good governance“ in den verschiedenen Sektoren verständigt. Zudem ist der OECD-DAC dafür zuständig, eine umfassende und detaillierte, öffentlich verfügbare Datenbank über das Engagement der verschiedenen Geber in den einzelnen Sektoren zu pflegen, die als zuverlässigste Referenz und Datengrundlage für Geberengagement anerkannt ist.

Schließlich gibt es eine Reihe von internationalen Abstimmungsforen im Wasser- und Sanitärsektor mit informellem Charakter. In diesen steht nicht die Abstimmung operativer Maßnahmen, sondern die gemeinsame Strategie- und Konzeptentwicklung mit dem Ziel der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele und der Umsetzung eines nachhaltigen Wasser- und Abwassermanagements im Mittelpunkt. Ein Beispiel für eine derartige Plattform die sich ausschließlich auf den Sanitär/Abwasserbereich konzentriert ist die Sustainable Sanitation Alliance (SuSanA), eine auf Initiative der deutschen und schwedischen Entwicklungspolitik hin gegründete internationale Dialogplattform. Außer des von verschiedenen deutschen Durchführungsorganisationen unterstützten SuSanA-Netzwerks gibt es keine formalen Abstimmungsforen ausschließlich für den

Sanitärbereich. Alle internationalen Dialogforen wie die Stockholmer Wasserwoche oder die Wasserwoche der Weltbank befassen sich allerdings ebenfalls mit dem Sanitärbereich.

66. Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Behandlung des Themas „Wasser und sanitäre Grundversorgung“ auf dem G8-Gipfel 2008 zu substantiellen Ergebnissen und neuen Impulsen führt?
- a) Welche Stoßrichtung wird sie dabei verfolgen?

Die Bundesregierung hat den Vorschlag der japanischen Präsidentschaft, Wasser auf die Agenda des G8-Gipfels von Toyako zu setzen, von Beginn an begrüßt und ist entschieden für ein stärkeres Engagement der G8 im Bereich Wasser und Sanitärversorgung eingetreten. Die Gipfelerklärung berücksichtigt einen Großteil der deutschen thematischen Prioritäten und stellt eine Grundlage für verstärktes G8-Engagement im Wassersektor dar.

In dem G8-Verhandlungsprozess hat sich die Bundesregierung für einen klaren Bezug zu der Zielerreichung der Millenniumsziele, der Notwendigkeit verstärkter G8-Anstrengungen und einer deutlichen Aktionsorientierung der Beschlüsse mit konkreten Aussagen zu dem zeitlichen und institutionellen Rahmen der Umsetzung durch die G8 eingesetzt. Thematische Prioritäten lagen neben der Wasser- und Sanitärversorgung auf der Einbeziehung des Themas Grenzüberschreitende Wasserkooperation sowie der Betonung der Rolle des Wassersektors für die Anpassung an den Klimawandel. Im Hinblick auf den regionalen Schwerpunkt hat sich die Bundesrepublik Deutschland in dem G8-Verhandlungsprozess als Voraussetzung für einen nachhaltigen, auf afrikanischen Strukturen aufbauenden Lösungsansatz für eine konzertierte Unterstützung der Afrikanischen Union (AU) und des Rates der afrikanischen Wasserminister (AMCOW) stark gemacht. Die Grundlage dafür bildet der Gipfel der Afrikanischen Union zu Wasser und Sanitärversorgung im Juli 2008 und die in dem Abschlussdokument genannten konkreten Selbstverpflichtungen sowie der Aufruf an die G8, eine verstärkte Partnerschaft mit der AU für das Erreichen der Wasser-Millenniumsziele einzugehen.

In der Gipfelerklärung verpflichten sich die G8, den Evian Water Action Plan aus dem Jahr 2003 zu überprüfen, ihre Bemühungen zu seiner Umsetzung neu zu beleben und für den nächsten Gipfel einen entsprechenden Fortschrittsbericht zu erarbeiten. Zudem enthält die Erklärung die Ankündigung, die Entwicklung einer Implementierungsstrategie für den Evian Action Plan mit afrikanischen Partnern zu diskutieren. Nach deutscher Einschätzung berücksichtigte der Evian Water Action Plan aus dem Jahr 2003 die Notwendigkeit starker Partnerschaften mit regionalen Akteuren und Prozessen im afrikanischen Wassersektor nicht ausreichend. Die Ankündigung, eine Implementierungsstrategie mit afrikanischen Partnern zu diskutieren, stellt daher einen wichtigen Schritt in Richtung eines strategischeren G8-Afrika Wassersektordialogs dar.

Im Rahmen einer G8-Wasserexpertengruppe wirkt die Bundesregierung aktiv an der Umsetzung der G8-Gipfelerklärung mit.

- b) Wie setzt sie sich dafür ein, die sanitäre Grundversorgung im UN-Sanitärjahr 2008 besonders hervorzuheben?

Die Bundesregierung hat sich während des G8-Verhandlungsprozesses gemeinsam mit Partnern entschieden dafür eingesetzt, dass das Thema Sanitärversorgung gleichberechtigt mit Wasser behandelt wird. Der Erfolg dieser Bemühungen zeigt sich auch darin, dass die entsprechenden Abschnitte in der Gipfelerklärung entgegen der ursprünglichen Absicht mit „Wasser und Sanitärversorgung“ überschrieben sind. Zusätzlich forderte die Bundesregierung mit

Erfolg den Verweis auf das Internationale Jahr der Sanitären Grundversorgung in der Gipfelerklärung.

Aktivitäten multilateraler und Regionalorganisationen sowie der EU

67. Wie bewertet die Bundesregierung die Umsetzung der auf Sanitärversorgung bezogenen Teile des G8-Afrika-Aktionsplans von Kananaskis und des Wasseraktionsplans des G8-Gipfels von Evian im Jahr 2003?

In welcher Weise hat die Bundesregierung dazu beigetragen?

Oberstes Ziel des G8-Wasseraktionsplan von Evian ist es, einen verstärkten Beitrag zu der Erreichung der wasserbezogenen Millenniumsentwicklungsziele und den Johannesburgzielen zu leisten, sowie generell zu nachhaltigem Ressourcenmanagement beizutragen. Im Wasser- und Sanitärteil des G8-Afrika Aktionsplan sowie mit dem G8-Wasseraktionsplan von Evian verpflichteten sich die G8-Mitgliedstaaten dazu, ihr politisches und finanzielles Engagement in diesem Bereich zu intensivieren und für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 enger zusammen zu arbeiten. In Bezug auf die MDG-Zielerreichung ist festzustellen, dass wichtige Erfolge erzielt wurden. So wird bei Fortsetzung des derzeitigen Trends das Millenniumsentwicklungsziel für Trinkwasser auf globaler Ebene voraussichtlich erreicht. Der Fortschritt ist jedoch sowohl regional als auch in Hinblick auf Trinkwasser und Sanitärversorgung sehr ungleich verteilt (siehe Antwort zu Frage 3). Insbesondere in Subsahara-Afrika, dem Schwerpunkt des Evian-Plans, sind die Fortschritte bisher vor allem in Sanitärbereich zu langsam. Aus Sicht der Bundesregierung ist die Umsetzung der auf Sanitärversorgung bezogenen Teile des G8-Afrika-Aktionsplans von Kananaskis und des Evian-Wasseraktionsplans daher nicht zufriedenstellend.

Aus diesem Grund hat sich die Bundesrepublik Deutschland im Vorbereitungsprozess auf den diesjährigen G8-Gipfel erfolgreich für eine erneute Verpflichtung zur Umsetzung der Ziele im Evian-Wasseraktionsplan eingesetzt. Siehe zur Strategie der Bundesregierung im Rahmen des G8-Prozesses 2008 die Antwort zu Frage 66.

Es muss jedoch auch darauf hingewiesen werden, dass in vielen Ländern in allen Weltregionen auch im Hinblick auf das Sanitärziel große Fortschritte gemacht wurden. Um diese Fortschritte herauszustellen, benennt der JMP-Report 2008 eine Reihe von Ländern, in denen seit 1990 – dem Ausgangsjahr der MDG-Messung – große Fortschritte gemacht wurden. Der JMP-Report weist dabei darauf hin, dass für Länder, in denen der Anteil der Bevölkerung ohne adäquaten Zugang im Ausgangsjahr 1990 sehr hoch lag, die MDG-Zielerreichung eine wesentlich größere Herausforderung bedeutet, die in vielen Fällen zusätzlich durch hohes Bevölkerungswachstum erschwert wird. Die größten Fortschritte seit 1990 wurden dabei in Myanmar (+69 Prozent), Syrien (+48 Prozent), Vietnam (+47 Prozent), Guatemala (+43) oder Angola (+42 Prozent) gemacht. Auch Länder, die formal gesehen nicht „on track“ bei der Erreichung des Sanitärziels sind, haben in einigen Fällen große Fortschritte gemacht. Hierzu gehören z. B. Jemen (+49 Prozent), Benin (+30 Prozent), Kamerun (+29 Prozent) sowie Mali (+29 Prozent) und Zambia (+27 Prozent).¹

Der Beitrag der Bundesregierung zur Umsetzung der G8-Verpflichtungen erfolgt im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, deren Ergebnisse in der Antwort zu Frage 15 beschrieben werden. Ein besonderer Schwerpunkt des Engagements der Bundesregierung im Wassersektor liegt auf Subsahara-Afrika. Die Bundesrepublik Deutschland zählt dort seit Jahren zu den größten

¹ WHO/UNICEF: Progress on Drinking Water and Sanitation. UNICEF, New York und WHO, Genf 2008.

bilateralen Gebern mit einem durchschnittlichen Zusagevolumen von rund 100 Mio. Euro pro Jahr und einem laufenden Portfolio von knapp 800 Mio. Euro. Um den großen Rückständen bei der MDG-Zielerreichung Rechnung zu tragen, richtet sich die entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesregierung in Subsahara-Afrika an wirkungs- und ergebnisorientierten Zielen zur MDG-Erreichung aus. So sollen dort zwischen 2005 und 2015 30 Millionen Menschen mit einer verbesserten Trinkwasser- und Sanitärversorgung erreicht werden.

- a) Welcher G8-Staat hat beim G8-Wasseraktionsplan die Federführung für Sanitärversorgung?

Innerhalb des G8-Kontextes gibt es keine formelle Federführung. Den jeweiligen Prozess betreut das Land, das die G8-Präsidentschaft inne hat. Im Falle des Evian-Wasseraktionsplans war das im Jahr 2003 Frankreich. Wenn ein G8-Land ein Thema im G8-Kreis besonders voranbringen möchte und hierfür Arbeitsgruppen oder Initiativen startet, kann es informell von den anderen G8-Mitgliedern als inhaltlich federführend für dieses Thema anerkannt werden. In diesem Sinne hat die Bundesregierung die inhaltliche Federführung für die Umsetzung des G8-Afrika Aktionsplans im Bereich grenzüberschreitendes Wasserressourcenmanagement inne.

68. Wie bewertet die Bundesregierung die Aktivitäten der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken und was tut die Bundesregierung dafür, dass diese ihre Anstrengungen zum Ausbau der sanitären Grundversorgung verstärken?

Weltbank

Die Weltbank widmet sich im Rahmen der Armutsbekämpfung effizienter, bezahlbarer und nachhaltiger Sanitärversorgung und hat aktuell ein aktives Maßnahmen-Portfolio von 4,4 Mrd. US-Dollar. Dies stellt einen Anteil von 38 Prozent an den Gesamtzusagen von 11,7 Mrd. US-Dollar im Bereich Wasser- und Sanitärversorgung, bzw. einen Anteil von 28 Prozent an den 15,6 Mrd. US-Dollar im Bereich des gesamten Wassersektors dar. Die Weltbank ist damit in diesem Bereich der führende Entwicklungspartner und schafft jährlich rund 10 Millionen Menschen verbesserten Zugang zu Wasser- und Sanitätsversorgung. Schwerpunktregionen sind Ostasien und Subsahara-Afrika.

Die Bundesregierung hat die Steigerung des Engagements der Weltbank für Wasser- und Sanitärversorgung im Rahmen des Infrastruktur-Aktionsplans (IAP FY04-07) und des anschließenden Aktionsplans für nachhaltige Infrastruktur (SIAP FY09-11) nachdrücklich befürwortet und insbesondere den Fokus auf soziale und ökologische Aspekte begrüßt. Es wird erwartet, dass sich die Zusagen in diesem Sektor auf jährlich 2 bis 3 Mrd. US-Dollar stabilisieren werden. Entscheidend für die tatsächliche Entwicklung ist die Nachfrage der Entwicklungsländer nach Projekten in diesem Bereich.

Interamerikanische Entwicklungsbank

Mit dem Ziel, einen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) zu leisten, hat die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) 2006 die Trinkwasser- und Abwasserinitiative ins Leben gerufen.

Diese Initiative hat eine Laufzeit von vier Jahren bis 2011 und beabsichtigt, in Lateinamerika und der Karibik rund 100 Mittelstädten (mit durchschnittlich rund 50 000 Einwohnern) und mindestens 3 000 ländlichen Gemeinden Kredite oder Zuschüsse für Technische Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, um die Trinkwasser- und Abwasserversorgung zu verbessern. Insbesondere sollen die einschlägigen Betriebe in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt werden.

2007 hat die Bank begonnen, mit 12 Mitgliedstaaten einschlägige Strategien zu erarbeiten und wird dies im laufenden Jahr für weitere 14 Länder machen. Insgesamt hat die Bank im Jahr 2007 700 Mio. US-Dollar an Darlehen zugesagt, die einen Beitrag zur Zielerreichung der Trinkwasser- und Abwasserinitiative und somit der Millenniumsziele leisten werden.

Afrikanische Entwicklungsbank

Wasser- und Sanitärversorgung gehört zu den traditionellen, von der Bundesrepublik Deutschland unterstützten Schwerpunkten der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB). Auf Grundlage der Millenniumsziele richtet die Bank ihre Arbeit nach expliziten Konzepten und Initiativen aus (z. B. Rural Water Supply and Sanitation Initiative 2002).

Hauptinstrument der Bank dabei ist die Projektfinanzierung durch günstige Kredite und Zuschüsse. Das Bank-Portfolio im Bereich Wasser- und Sanitärversorgung umfasst aktuell ca. 50 laufende Vorhaben, davon ca. 25 Prozent im Sanitärbereich (mit steigender Tendenz). Allein 2007 wurden ca. 220 Mio. Euro bewilligt (entspricht ca. 6 Prozent der Kredite und 26 Prozent der Zuschüsse).

Darüber hinaus ist die Bank aktiv im internationalen Politikdialog zum Thema engagiert und gehört hier zu den anerkannten Meinungsführern Afrikas (u. a. Mitorganisation der Konferenz AfricaSan+5 im Februar 2008 in Durban, Organisation der First African Water Week in Tunis im März 2008). Die Bank trägt somit wesentlich dazu bei, den technischen und politischen Dialog, von mittlerer Arbeitsebene bis zur hohen politischen Ebene, zu befördern und die Millenniumsziele unmittelbar umzusetzen.

Asiatische Entwicklungsbank

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) hat Ende 2005 mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik der Vereinten Nationen (UNESCAP) eine Untersuchung zum Finanzierungsvolumen im Wassersektor in Asien in Auftrag gegeben (Asia Water Watch 2015). Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass bis 2015 ein jährlicher Investitionsbedarf von 8 Mrd. US-Dollar erforderlich ist, um die einschlägigen Millenniumsziele im Bereich Wasser/Abwasser zu erreichen.

Die ADB hat auf dieser Grundlage 2006 ein umfassendes Programm (Water Financing Program) mit drei strategischen Schwerpunkten entwickelt:

- Verbesserung der Gesundheit und livelihoods der ländlichen Bevölkerung. Dabei sollen neben Investitionen zur Verbesserung der ländlichen Wasserver- und -entsorgung auch Be- und Entwässerungsmaßnahmen finanziert werden.
- Förderung des nachhaltigen Wachstums in städtischen Gebieten durch Investitionen in die Wasserver- und -entsorgung sowie die Abwasseraufbereitung.
- Integriertes und grenzüberschreitendes Wasserressourcenmanagement durch die Stärkung regulatorischer Kapazitäten, Konservierungsmaßnahmen und Flutmanagement.

Als Zielvorgabe sollen für das Water Financing Program 2 Mrd. US-Dollar jährlich mobilisiert und folgende Ergebnisse erzielt werden.

- 200 Millionen Menschen erhalten dauerhaft Zugang zu sicherem und sauberem Trinkwasser und verbesserter sanitärer Grundversorgung.
- 100 Millionen Menschen profitieren von verbessertem Schutz vor Überflutungen.
- 40 Millionen Menschen werden mit effizienterer Be- und Entwässerungsinfrastruktur versorgt.

- 25 Flusseinzugsgebiete werden mit einem integrierten und grenzüberschreitenden Wasserressourcenmanagement bewirtschaftet.
- Die Wasser Governance wird durch die Unterstützung nationaler Wasserreformen und Kapazitätsstärkung verbessert.

Der regionale Fokus liegt auf Indien, Indonesien, Pakistan, Volksrepublik China und Vietnam. Durch gezielte länderbezogene Veranstaltungen soll die Agenda länderspezifisch fokussiert werden (z. B. die „2nd National Sanitation Summit“ in Manila (9. Juli 2008) zum Thema „Better Water Quality and Safety through improved Sanitation“). Das Programm wird in Form eines rollierenden 3-Jahresplans umgesetzt und schließt die Mobilisierung privaten Kapitals über Public-Private-Partnership-Maßnahmen und strategische Kofinanzierungen mit anderen Gebern konzeptionell mit ein.

69. Wie bewertet die Bundesregierung die Ausrichtung und den Umfang der Entwicklungszusammenarbeit der EU im Bereich der Sanitärversorgung?

Wasser und sanitäre Grundversorgung sind Schwerpunktbereiche der EU-Entwicklungspolitik, die durch verschiedene Instrumente, wie die EU-Afrika-Partnerschaft, die Europäische Wasserinitiative (European Water Initiative – EUWI) und die EU-AKP-Wasserfazilität, gefördert werden. In Übereinstimmung mit den Millenniums- und Johannesburgzielen bildet das Integrierte Wasserressourcenmanagement (IWRM) den Rahmen für das Engagement der EU, das sowohl das Ziel der Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser als auch das einer adäquaten Sanitärversorgung und ausreichenden Hygiene beinhaltet.

Für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist das Sektorkonzept Wasser, das dem Thema Sanitärversorgung einen sehr hohen Stellenwert einräumt, auch maßgeblich für die Zusammenarbeit mit multilateralen Akteuren im Wassersektor. In diesem Sinne setzt sich die Bundesregierung auch im Rahmen der EU für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wasser- und Sanitärversorgung ein.

Laut dem Pilotbericht des UN-Water Global Annual Assessment of Sanitation and Drinkingwater (GLAAS), der im September 2008 im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation veröffentlicht wurde, werden 35,5 Prozent der EU-Mittel im Wasserbereich für Sanitäre Grundversorgung ausgegeben, während 64,5 Prozent in Trinkwasserversorgung fließen. Schätzungen zufolge gehen 80 Prozent der EU-Mittel im Sanitärbereich in Infrastrukturprojekte, während 20 Prozent für so genannte weiche Ansätze ausgegeben werden.¹ In dem durch EuropeAid herausgegebenen Jahresbericht über die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft und die Umsetzung der Außenhilfe im Jahr 2006 wird die Unterstützung der EU im Bereich Wasser als erfolgreich, im Sanitärbereich jedoch als weniger erfolgreich bewertet.²

- a) Welchen Stellenwert besitzt sie in der EU-AU-Infrastrukturpartnerschaft, in der EUWI (EU Water Initiative) und weiteren EU-Institutionen und -programmen (bitte gesondert aufschlüsseln)?

Die auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg gegründete Europäische Wasserinitiative (European Water Initiative – EUWI) stellt einen Beitrag zu der Erreichung der wasser- und sanitärbezogenen Millenniumsziele im Kontext des integrierten Wasserressourcenmanagement dar. Im Mittelpunkt

¹ UN-water Global Annual Assessment of Sanitation and Drinkingwater: 2008 pilot report – testing a new reporting approach. WHO Geneva, 2008, S. 29.

² Annual Report 2007 on the European Community's Development Policy and the Implementation of External Assistance in 2006. European Communities Brussels, 2007.

steht dabei die politische Verpflichtung zum Handeln, die Bedeutung von Wasser und Sanitärer Grundversorgung im Kontext von Armutsminderungsstrategien und nachhaltiger Entwicklung, bessere Governancestrukturen im Wasserbereich und die Unterstützung der regionalen und sub-regionalen Zusammenarbeit im Wassermanagement sowie die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen im Wassersektor.

Aufbauend auf der Europäischen Wasserinitiative setzt sich die EU im Rahmen der EU-Afrika Partnerschaft für ein verstärktes Engagement im Bereich Sanitärversorgung ein, um das Sanitär-Millenniumsziel zu erreichen. So unterstützt die EU-Afrika Partnerschaft die eThekweni-Ministererklärung der Africasan-Konferenz im Februar 2008. Darauf aufbauend strebt die Partnerschaft eine Reihe von Fortschritten in Bezug zu sanitärer Grundversorgung an. Diese sind spezielle nationale Entwicklungspläne für Sanitärversorgung, eine größere Bedeutung von Sanitärversorgung innerhalb der Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP), klare Zuständigkeiten auf nationaler Ebene, bessere Monitoringsysteme und Mindestallokationen öffentlicher Mittel für den Sanitärsektor sowie die Unterstützung der Aktivitäten des afrikanischen Rates der Wasserminister (AMCOW) in dem Bereich.

Die AKP-Wasserfazilität dient dabei als Katalysator, um die Ziele der Europäischen Wasserinitiative und der EU-Afrika Partnerschaft zu unterstützen und zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren. Dafür wurden 500 Mio. Euro für Maßnahmen der Wasser- und Sanitärversorgung in 14 AKP-Staaten zur Verfügung gestellt. Laut EU-Kommission wurde mit Hilfe der Wasserfazilität für 9 Millionen Menschen Zugang zu Sanitärversorgung geschaffen.

Die EU-Afrika Infrastrukturpartnerschaft unterstützt die regionale Integration und bessere Vernetzung Afrikas und bezieht dabei existierende Initiativen im Bereich Transport, Energie, Wasser- und Sanitärversorgung mit ein. Die Nutzung von verfügbaren Wasserressourcen, um die Wasser- und Sanitärversorgung der Bevölkerung zu sichern und das nationale, lokale und grenzüberschreitende Wassermanagement spielen dabei eine besondere Rolle.

70. Welche Arbeitsteilung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten strebt die Bundesregierung betreffend der sanitären Grundversorgung an?

Zur grundsätzlichen Haltung der Bundesregierung zur Geberkoordinierung siehe die Antwort zu Frage 63. Bezüglich der Abstimmung in der EU siehe die Antwort zu Frage 65. Alle Abstimmungsprozesse beinhalten immer auch Fragen der Arbeitsteilung. Der Arbeitsteilungsprozess kann erfolgreich nur auf Länderebene stattfinden, wobei die Rolle der Partnerregierung entscheidend ist. Um langfristig erfolgreich zu sein, muss Arbeitsteilung zudem auch andere Geber als nur EU-Geber berücksichtigen.

Internationale Regelwerke an der Schnittstelle zwischen Entwicklungs- und Umweltpolitik

71. Wie bewertet die Bundesregierung die Gefahren, die von ungeklärten kommunalen und industriellen Abwässern sowie von Sickerwasser aus wilden Mülldeponien ausgehen,

Die Bundesregierung bewertet die Gefahren, die von ungeklärten kommunalen und industriellen Abwässern sowie von Sickerwasser aus wilden Mülldeponien ausgehen, als sehr hoch.

a) für die menschliche Gesundheit,

Abwasser gefährdet, falls es nicht sachgerecht abgeleitet wird, sondern auf die Straßen fließt, die Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere von Kindern. Abwässer und Sickerwässer von Deponien gefährden zudem das Trinkwasser, insbesondere wenn es sich um durchlässige Böden handelt oder die Grundwasserschichten, die für die Trinkwasserversorgung verwendet werden, oberflächennah liegen und damit auch indirekt die Gesundheit der Bevölkerung betreffen.

Dabei sind die folgenden Belastungen von Bedeutung und problematisch:

- 1) Eine Vielzahl organischer Stoffe und Schwermetalle wird direkt durch verschmutztes Trinkwasser oder indirekt über die Nahrungsmittelproduktion auf kontaminierten Böden vom Menschen aufgenommen (siehe Antwort zu Frage 71b). Schwermetalle stammen überwiegend aus industriellen Abwässern und Mülldeponien und können bereits in geringen Gehalten für Fauna, Flora und die menschliche Gesundheit toxisch wirken.
- 2) Pathogene Keime können zu ansteckenden Krankheiten wie Ruhr, Cholera und Durchfällen führen, welche eine der Hauptursachen für die hohe Kindersterblichkeit in Entwicklungs- und Schwellenländern darstellen (siehe auch Antwort zu Frage 4b).
- 3) Ferner stellen durch kommunale Abwässer in Trinkwasserressourcen eingetragene Arzneimittel und hormonell wirkende (so genannte endokrine) Stoffe eine potentielle Gefährdung dar, deren Wirkung insbesondere auf lange Sicht noch nicht zuverlässig abgeschätzt werden kann.

b) für die Umwelt (Oberflächen- und Grundwasser, die Meere und Küstenökosysteme, sowie die Böden),

Die Verschmutzungen übersteigen oft die Selbstreinigungskraft der Oberflächengewässer und verringern die Nutzungsmöglichkeiten für alle flussabwärts lebenden Menschen (z. B. Trinkwassergewinnung, landwirtschaftliche Bewässerung oder Naherholung). In vielen Fällen führen sie zur oft dauerhaften Schädigung von Grundwasservorkommen.

Im Folgenden werden die Gefährdungen der drei Umweltteilbereiche, Oberflächen-, Grundwasser und Böden, gemeinsam gemäß dreier Abwassertypen umrissen.

- Ungeklärte kommunale Abwässer: Ungeklärte kommunale Abwässer, die in Oberflächengewässer geleitet werden, gefährden Mensch und Ökosysteme. Dabei steigt die Anzahl der an Durchfall erkrankenden oder sterbenden Menschen und es kann z. B. zum so genannten umkippen von Seen kommen. Sowohl der Bodenbereich als auch der Grundwasserraum werden über versickernde kommunale Abwässer und indirekt auch über verschmutzte Oberflächengewässer beeinträchtigt, was zu einer Mobilisation von toxischen Substanzen (z. B. Arsen) im Grundwasserleiter führen kann. Wird ein Grundwasserleiter stark oder irreversibel geschädigt, kann dies teure Sanierungsmaßnahmen oder die gänzliche Aufgabe der Trinkwassernutzung zur Folge haben.
- Ungeklärte industrielle Abwässer: Je nach Industriezweig können zahlreiche Gefahrenstoffe, zum Beispiel Schwermetalle, in industriellen Abwässern vorhanden sein. Diese gefährden die Qualität der Oberflächen- und Grundwässer, da sie ab bestimmten Grenzkonzentrationen schädigend auf Mensch und Ökosystem wirken. Viele Schadstoffe werden nicht abgebaut und reichern sich daher im Klärschlamm/Grundwasserraum/Boden an. Die Einleitung ungereinigter industrieller Abwässer kann zur langfristigen Schädigung

von Ökosystemen, inklusive Grundwasser und mit kontaminiertem Klärschlamm belasteten Ackerböden führen.

- Deponieabwässer: Belastete Sickerwässer und Abwässer aus wilden Müllhalden enthalten je nach Haldeninventar immer eine Vielzahl von Schadstoffen. Die Gefährdung für Gewässer, Boden und Grundwasserraum, sowie Flora und Fauna ist hier besonders hoch. Sickerwässer aus wilden Deponien beinhalten ein breites Spektrum an anorganischen und organischen Schadstoffen, die beim Eindringen in die Böden in diesen angereichert werden und somit die Bodenfunktionen nachhaltig schädigen können. Die Verwendung von ungeklärten Abwässern, z. B. im Zuge der Bewässerung von landwirtschaftlich genutzten Flächen ist sowohl aus Sicht des Bodenschutzes als auch aus Sicht des Gewässerschutzes nur dann zu befürworten, wenn es sich z. B. um nährstoffreiche Haushaltsabwässer handelt, die nicht zu stark mit Industriegiften oder anderen Problemstoffen belastet sind. Da aus Armut, Wassermangel und Bedarf an Düngestoffen die unreflektierte Aufbringung von Rohabwasser in der Landwirtschaft eine global weit verbreitete Realität ist, hat die VN nun zum Schutz von Mensch und Umwelt die Serie „Richtlinien zur sicheren Nutzung von Abwasser, Grauwasser und Fäkalien in Landwirtschaft und Aquakultur“ erarbeitet.

Das Globale Aktionsprogramm zum Schutz der Meeresumwelt vor landgestützten Aktivitäten des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) spricht in diesem Zusammenhang einerseits die Gesundheitsgefährdung und andererseits die Verschlechterung von Küstenökosystemen durch unzureichend behandeltes Abwasser aus städtisch-industriellen Entwicklungszonen an. Auch in Nord- und Ostsee sind die Probleme nach wie vor zu hoher Nährstoffeinträge mit entsprechenden Eutrophierungserscheinungen (u. a. übermäßige Algenblüten, Sauerstoffzehrung) noch keineswegs gelöst.

- c) für die Erreichung des Millenniumsziels bei der Versorgung mit sauberem Trinkwasser?

Die Erreichung des Millenniumsziels zur Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist umso stärker gefährdet, je länger die Erreichung des Sanitärziels auf sich warten lässt. Große Teile der Bevölkerung sind für die Trinkwasserversorgung heute von Oberflächengewässern oder von oberflächennahem Grundwasser abhängig. Aus der Antwort zu Frage 71b genannten Gefahren für Trinkwasserressourcen ergeben sich Verzögerungen und Hindernisse für die Trinkwasserzielerreichung. Dies gilt insbesondere für (unbelastetes) Grundwasser, da es im Allgemeinen von guter Qualität ist und ohne, oder mit nur wenig, finanziellem und technischem Aufwand als Trinkwasser genutzt werden kann. Bei eingetretener Verschmutzung kann eine technische Reinigung teuer und nur bedingt möglich sein. Ärmere Bevölkerungsschichten sind auf Trinkwasser aus öffentlichen Versorgungssystemen angewiesen. Falls dieses verschmutzt ist, ist ihre Gesundheit unmittelbar gefährdet.

72. Welche Defizite sieht die Bundesregierung bei bestehenden internationalen Regelungen und Empfehlungen, die die Verschmutzung von Gewässern durch Haushalts- und gewerbliche Abwässer betreffen, sowie bei deren Umsetzung?

Internationale Abkommen, wie zum Beispiel das noch nicht in Kraft getretene UN-Übereinkommen über das Recht der nicht schiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe, enthalten allgemein formulierte Regelungen im Hinblick auf die Vermeidung von Gewässerverschmutzungen, sprechen die ordnungsgemäße Abwasserentsorgung und schädliche Abwassereinleitungen aber nicht konkret genug an. Wenn internationale Regelungen in Kraft sind, wie zum

Beispiel das im Hinblick auf die Abwasserentsorgung konkret formulierte Protokoll über Wasser und Gesundheit des UNECE (Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen)-Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen, dann sind die konkreten Vorgaben aufgrund der rechtlichen und verwaltungsstrukturellen Gegebenheiten für einige Staaten aus dem Bereich der Entwicklungsländer kaum umsetzbar.

- a) Welche Strategien verfolgt die Bundesregierung und welche Ansatzpunkte sieht sie, bestehende Normen zu stärken?

Die Bundesregierung arbeitet in internationalen Gremien an der Umsetzung der Normen in die Praxis mit unter Nutzung und Vermittlung der auf nationaler, supra- und internationaler Ebene gemachten Erfahrungen, z. B. in den internationalen Flussgebietskommissionen zum Schutz des Rheins oder der Donau.

73. Welches Potential erblickt die Bundesregierung in der UN-Konvention über das Recht der nicht-schiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe von 1997, die in den Artikeln 21, 23 und 27 auf das Problem der Wasserverschmutzung und des Schutzes von Gewässern und der Meere eingeht und welche Schritte unternimmt sie, um zum Inkrafttreten dieser UN-Konvention beizutragen?

Das VN-Übereinkommen über das Recht der nicht schiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe von 1997 ist bisher – mangels einer ausreichenden Anzahl von Ratifikationen – nicht in Kraft getreten. Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen ratifiziert.

Die Artikel 21, 23 und 27 und die anderen Regelungen des Übereinkommens enthalten allgemein formulierte Vorgaben für einen grenzüberschreitenden Schutz von Gewässern vor Verschmutzung, auch durch Katastrophen und Unfälle. Das Inkrafttreten dieses Übereinkommens würde eine globale, völkerrechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Gewässern und internationalen Flussgebieten schaffen, die bisher nicht vorhanden, aber in Anbetracht des steigenden Konfliktpotentials in Hinblick auf verfügbare Wasserressourcen erforderlich ist.

Bei internationalen Kontakten weist die Bundesregierung auf dieses VN-Übereinkommen und die Notwendigkeit seiner Ratifikation hin. Die Ratifikation des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland hat auch in anderen Staaten Überlegungen in Gang gesetzt, dieses Abkommen zu ratifizieren.

74. Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorhaben, über eine ratgebende Funktion hinausgehende, globale, regionale und nationale Abwasseremissionsziele zu etablieren und zu erreichen?

Auf globaler Ebene sieht die Bundesregierung derzeit nur geringe Chancen, zu einer einheitlichen Regelung zu kommen. Dies zeigt nicht zuletzt die 16. Sitzung der United Nations Commission on Sustainable Development (CSD). Auf der CSD-16 ist eine Prüfung der Beschlüsse der 13. Sitzung der CSD zu Wasser und sanitärer Grundversorgung erfolgt. Die Diskussion auf der CSD-16 umfasste sowohl Integriertes Wasserressourcenmanagement als auch den Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung. Die Bundesregierung hat auf der CSD-16 vorgeschlagen, Wasser und sanitäre Grundversorgung 2009 in die Verhandlungen der CSD-17 einzubeziehen. Eine globale Regelung von Abwasseremissionszielen zeichnet sich im Moment jedoch nicht ab.

Auf regionaler Ebene ist es in der Europäischen Union gelungen, Abwasseremissionsziele festzulegen, um Umwelt und Gesundheit zu schützen und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Für Regionen außerhalb der EU ist die Festlegung von Zielen im Hinblick auf die Reduktion von Gewässerbelastungen durch Abwassereinleitungen von der konkreten Situation im jeweiligen Staat bzw. in der jeweiligen Region abhängig. Regionale Zielsetzungen wie die des in der Antwort zu Frage 72 genannten UNECE (Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen)-Protokolls über Wasser und Gesundheit sind konkreter als globale Zielsetzungen. Die Umsetzung dieses Protokolls in der UNECE-Region hat gerade begonnen. Auch hier werden aber keine Grenzwerte für bestimmte Schadstoffe festgelegt. Diese können gegebenenfalls national festgelegt werden, je nachdem welchen technischen Stand ein vorhandenes Abwasserentsorgungssystem aufweist.

75. Wie unterstützt die Bundesregierung die dahingehenden, von UNEP geleiteten Bemühungen, die auf dem Globalen Aktionsprogramm zur „Washingtoner Erklärung über den Schutz der marinen Umwelt von landgestützten Aktivitäten“ von 1995 basieren, zu dessen Umsetzung auch im Johannesburg Plan of Implementation in Kapitel 4 Abs. 3 aufgerufen wird?

Die Bundesregierung nimmt im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen aktiv teil an der regelmäßigen Überprüfung und Weiterentwicklung des Globalen Aktionsprogramms zum Schutz der Meeresumwelt vor landgestützten Aktivitäten. Darüber hinaus wirkt die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Kommissionen zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (HELCOM) und des Nordostatlantiks (OSPAR) aktiv bei deren Austausch im Rahmen des Regional Seas Programme des Umweltprogramms der Vereinten Nationen mit Regionalkooperationen in Afrika mit.

76. Wie bewertet die Bundesregierung die Umsetzung der die Abwasserbehandlung betreffenden Teile der von der CSD 13 von 2005 verabschiedeten Politikempfehlungen und wie befördert sie deren Umsetzung?

Die Politikempfehlungen der United Nations Commission on Sustainable Development (CSD) 13 zu Abwasserbehandlung setzen bei der finanziellen und technischen Unterstützung nationaler und lokaler Behörden und Betreiber an. Sie sollen bei der Umsetzung kosteneffektiver und umweltfreundlicher Kanalisationssysteme und Abwasseraufbereitungsanlagen sowie dezentraler städtischer Technologie unterstützt werden. Zur Erreichung der Deckung der Betriebs- und Instandhaltungskosten schlägt CSD 13 eine Mischung aus Nutzungsgebühren, Einnahmen aus Abwasserwiederverwendung und Budgetzuordnung vor. Weitere Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung sehen einen verbesserten Zugang zum Kapitalmarkt und die Erstellung nachhaltiger Wirtschaftspläne vor. Verbesserungen der Abwasserbehandlung müssen auch bei der Aus- und Fortbildung von Personal für den Betrieb und die Instandhaltung von Abwasserauffang- und -aufbereitungsanlagen ansetzen. Bei Forschung und Entwicklung sind Niedrigkosten-Technologien für Wasseraufbereitung und Möglichkeiten zur Wiederverwendbarkeit gereinigten Abwassers prioritär. CSD 13 will vor allem regionale Kapazitäten für Forschung und Entwicklung von angepasster Technologie fördern. Dadurch sollen zugleich regionale Kapazitäten für Training und technische Unterstützung aufgebaut werden. Auch die Unterstützung regionaler Abkommen über den Schutz von Wasserressourcen vor Verschmutzung spielt eine Rolle. Hierbei sollen vor allem Bedürfnisse und Probleme trockener und küstennaher Länder berücksichtigt werden (zu CSD siehe auch Antwort zu Frage 16).

Die Strategie der deutschen Entwicklungspolitik im Wassersektor unterstützt wesentliche Aspekte der durch die CSD empfohlenen Ansätze im Bereich der Abwasserbehandlung. Fundierte Alternativenprüfung sichert kosteneffiziente und umweltfreundliche Systeme. Die Betriebskostendeckung durch Nutzergebühren (im Ausnahmefall auch zuverlässige nationale Subventionen) ist außer in Krisenregionen eine Mindestanforderung der deutschen Zusammenarbeit. Gleichzeitig werden die Träger in den Partnerländern dabei unterstützt, ihre Betriebsführung so zu verbessern und zu professionalisieren, dass eine nachhaltige Finanzierung über den Kapitalmarkt möglich wird. So kann die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bereits jetzt in Schwellenländern zunehmend Marktmittel (8 Prozent der Mittel der finanziellen Zusammenarbeit) einsetzen.

77. Inwiefern beinhaltet die aktualisierte Wasserpolitik und -strategie von UNEP den Bereich der sanitären Grundversorgung und das Abwassermanagement und wie beurteilt die Bundesregierung diese?

Der Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP/ Globales Umweltministerforum (GMEF)) hat auf seiner 24. Sitzung im Februar 2007 eine neue Wasserpolitik und -strategie für die Jahre 2007 bis 2012 verabschiedet. Die Bundesregierung begrüßt diese neue Wasserpolitik und -strategie. Sie bietet einen angemessenen Rahmen für Maßnahmen zur sanitären Grundversorgung und zum Abwassermanagement und unterstreicht die Komplementierung von Millenniums- und Johannesburgzielen sowie die Ergebnisse der United Nations Commission on Sustainable Development (CSD) 13.

Die konzeptionellen Prinzipien der UNEP-Wasserstrategie sind

- die Förderung eines ökosystembasierten Ansatzes,
- ein integriertes Wasserressourcenmanagement, einschließlich der damit verbundenen Ökosysteme für eine vernünftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, einschließlich der Armutsbekämpfung sowie
- ein integriertes Wasserressourcenmanagement, durch Risikominimierung und Katastrophenschutz, Vermeidung und Verminderung von Umweltbelastungen aufgrund von Abwasser und Abfällen generell sowie durch industrielle und landwirtschaftliche Nutzungen.

Die Wasserstrategie umfasst die drei Schlüsselkomponenten Bewertung, Management und Zusammenarbeit bei der Implementierung von Umweltaspekten in ein integriertes Wasserressourcenmanagement.

Relevante UNEP-Programme für den Bereich Sanitärversorgung und Abwasserentsorgung sind „Global Programme of Action for the Protection of the Marine Environment from Land-based Activities“, „Regional Seas“ und „Nairobi River Basin Project“. Dabei sollen u. a. Instrumente zur Abwasserentsorgung und Sanitärversorgung entwickelt werden. Relevante UNEP-Programme für den Bereich Urban Water Resources sind Cities Alliance, Sustainable Cities Programme und Wastewater Management.

78. Erachtet die Bundesregierung eine globale Wasserkonvention als erstrebenswert, und wie begründet sie ihre Haltung?

Die Bundesregierung befürwortet eine globale Wasserkonvention angesichts der deutlichen Verknappung und zunehmenden Verschmutzung der weltweiten Wasserressourcen und des daraus entstehenden Konfliktpotentials im zwischenstaatlichen Bereich. Diese Haltung hat die Bundesregierung durch die Ratifizierung der VN-Konvention über das Recht der nicht-schiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe (siehe Antwort zu Frage 73) sowie des UNECE

(United Nations Economic Commission for Europe)-Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen deutlich gemacht.

Die VN-Konvention über das Recht der nicht-schiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe ist jedoch bisher mangels einer ausreichenden Anzahl an Ratifikationen, nicht in Kraft getreten. Die grundsätzliche Nützlichkeit einer Konvention zeigt sich am Beispiel der UNECE-Wasserkonvention, die seit mehr als zehn Jahren in der UNECE-Region in Kraft ist.

Die Bundesregierung wirbt für die Ratifizierung der VN-Konvention über das Recht der nicht-schiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe durch weitere Länder, so dass diese in Kraft treten kann. Darüber hinaus sieht die Bundesregierung derzeit nur geringe Chancen, auf internationaler Ebene zu einer einheitlichen Regelung zu kommen.

In dem bisher durch die Konventionen nicht erfassten Bereich des Zugangs zu Wasser und sanitärer Grundversorgung als Menschenrecht hat die Bundesregierung die Initiative zur universellen Anerkennung des Rechts auf Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung ergriffen und tritt dafür ein, dass das neu geschaffene Mandat des Unabhängigen Experten des VN-Menschenrechtsrates zur weiteren inhaltlichen Klärung dieses Rechts beiträgt (siehe Antwort zu Frage 12).

Anhang

Antwort zu Frage 24a: Sanitärversorgung in Armutsbekämpfungsstrategiepapieren (Poverty Reduction Strategy Paper – PRSP) in Partnerländern mit Schwerpunkt Wasser (Quelle: Durchgeführte Länderabfrage, Stand Juli 2008):

Land	PRSP	Verbesserung der Sanitärversorgung als Teil der Armutsbekämpfungsstrategie
Benin	PRSP, 2008	<ul style="list-style-type: none"> – Das PRSP spielt eine wichtige Rolle im makroökonomischen Dialog, insbesondere im Rahmen der Budgethilfe. Die beninische Regierung hat zwar entschieden, dass die verschiedenen Sektorstrategien an das PRSP angepasst werden sollen. Gleichwohl ist die Bedeutung auf sektorpolitischer Ebene noch gering – Die Wasser- und Sanitärversorgung ist im Rahmen der Verbesserung von Infrastruktur als prioritärer Bereich einbezogen – Das Wasserministerium hat seinen Beitrag zum PRSP ohne Beratung der deutschen Technischen Zusammenarbeit erarbeitet. Die Geber haben eine gemeinsame Kommentierung formuliert und damit einen signifikanten Beitrag geleistet. Die Kommentare wurden teilweise mit einbezogen. – Die Qualität des PRSP im Bereich Wasser/Abwasser ist relativ schlecht (Mischung von strategischen und operativen Maßnahmen, Konfusion zwischen Wasserressourcenmanagement und Trinkwasserversorgung, Verwendung nicht-plausibler Basisdaten, usw.)
Burkina Faso	PRSP, 2004	<ul style="list-style-type: none"> – Entwurf und Umsetzung eines städtischen Sanitärversorgungs-Aktionsplans
Burundi	PRSP, 2006	<ul style="list-style-type: none"> – Umsetzung eines Sanitärversorgungsprogramms in enger Kooperation mit dem Privatsektor und Organisationen auf Ebene der Kommunen – Stärkung und nationale Ausweitung existierender Sanitärversorgungssysteme – Training und Information der Bevölkerung bezüglich der Bedeutung von Hygiene und angepasster Sanitärversorgungstechniken
Kenia	PRSP, 2004	<ul style="list-style-type: none"> – Reformen des Wasser- und Sanitärversorgungssektors: Trennung von Politikformulierung, Bereitstellung von Dienstleistungen und Regulierung – Mobilisierung für die Investitionen in Sanitärversorgung – Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen zur Ausweitung von Dienstleistungen für arme städtische und ländliche Bevölkerung

DR Kongo	PRSP, 2006	<ul style="list-style-type: none"> – Wasser- und Sanitärversorgung ist Teil des PRSPs in DR Kongo – Country Assistance Framework (CAF) konkretisiert die Ziele, Maßnahmen und Indikatoren des PRSP, aufgestellt auf Basis des 2006 fertig gestellten kongolesischen Armutsbekämpfungsprogramm (DSCRCP) – Erhöhung des Zugangs zu Trinkwasser von 22 Prozent (2006) auf 49 Prozent (2015) sowie zu Sanitärversorgung von 9 Prozent (2006) auf 45 Prozent (2015)
Mali	PRSP, 2007	<ul style="list-style-type: none"> – Ziel ist es, die Sanitärversorgung von 4,4 Prozent in 2004 auf 20 Prozent im Jahr 2010 zu erhöhen – Maßnahmen sind Dezentralisierung von Ressourcen und Entscheidungsfindung von gesamtstaatlicher auf lokale Ebene – Umsetzung der Strategie zur Verbesserung der Sanitärversorgung: Drinking Water and Sanitation Programme (PROSEPA) – Förderung der Privatsektorbeteiligung
Sambia	PRSP, 2002	<ul style="list-style-type: none"> – Kommerzialisierung, Stärkung der Privatsektorbeteiligung, unabhängige Regulierung – Stärkung der institutionellen Kapazitäten, Anpassung der Sektorpolitik und rechtlichen Rahmenbedingungen – Informationsmanagement für verbesserte Planung und Entwicklung von Verbesserungen der Sanitärversorgung auf nationaler sowie lokaler Ebene – Der Fünfte Nationale Entwicklungsplan (2006-2010), der die Nachfolge des PRSP von 2002 antrat, zielt auf einen Versorgungsgrad von 80 Prozent der (rand-)städtischen Bevölkerung für Trinkwasser, von 60 Prozent für die ländliche Bevölkerung und von insgesamt 35 Prozent für Sanitäreinrichtungen in Sambia bis 2010
Tansania	PRSP, 2005	<ul style="list-style-type: none"> – Ziel ist es, die Anschlüsse an das Kanalisationssystem in städtischen Gebieten von 17 Prozent in 2003 auf 30 Prozent in 2010 auszuweiten – Reduzierung der Anzahl von Haushalten in Slumgebieten ohne adäquate Grund-Sanitärversorgung – 100 Prozent aller Schulen sollen bis 2010 mit adäquater Sanitärversorgung ausgestattet sein – 95 Prozent aller Menschen sollen bis 2010 Zugang zu Sanitärversorgung haben

Uganda	PEAP, 2005	<ul style="list-style-type: none"> – Deutsche Bundesregierung im Rahmen der Geberharmonisierung an Förderung und Beratung des nationalen Entwicklungsplans (PEAP demnächst NDP) beteiligt – Wasser- und Sanitärversorgung sind Teil des nationalen Entwicklungsplans
Bolivien	PRSP, 2001	<ul style="list-style-type: none"> – Stärkung der institutionellen Kapazitäten und der rechtlichen Rahmenbedingungen im Sektor – Umfassende Regulierung des Sanitär- und Abfallsektors – Förderung des Ausbaus von Kanalisations- und Sanitärversorgungssystemen in Stadtrand- und ländlichen Gebieten – Errichtung von Abwasser und Feststoff-Aufbereitungsanlagen – Technische Unterstützung für kleineren Kommunen – Förderung der Beteiligung von Kommunen an der Errichtung von Sanitärversorgungssystemen – Förderung der Privatsektorbeteiligung in der Betreibung von Sanitärversorgungssystemen – Förderung von Hygieneerziehung
Nicaragua	PRSP, 2005	<ul style="list-style-type: none"> – Verbesserung der Sanitärversorgung der ländlichen Bevölkerung – Verbesserungen der Sanitärversorgung in ausgewählten Städten (u. a. Managua, Juigalpa, Boaco, Granada, San Carlos, Bluefields)
Afghanistan	PRSP, 2008	<ul style="list-style-type: none"> – Der Anteil der Bevölkerung ohne sichere Wasser- und Sanitärversorgung soll bis 2020 halbiert werden – bis 2013 sollen 50 Prozent aller Dörfer Zugang zu Sanitärversorgung haben – die Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung hat hohe Priorität
Algerien	Nationale Armutsbekämpfungsstrategie (2004–2013)	<ul style="list-style-type: none"> – Investitionsprogramm Wasser/Abwasser in Großstädten, Schwerpunkt Trinkwasserversorgung, Abwasser spielt nur eine untergeordnete Rolle

Jemen	PRSP, 2002	<ul style="list-style-type: none">– Verbesserungen der ländlichen und städtischen Sanitärversorgung– Einrichtung einer Institution für Sanitärversorgung in ländlichen Gebieten– Eliminierung von institutionellen Konflikten im Wasser- und Sanitärversorgungssektor– Dezentralisierung– Training und Kapazitätsaufbau von Angestellten der Versorger– Verstärkte Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen
Vietnam	CPRGS, 2002	<ul style="list-style-type: none">– Wasser- und Sanitärversorgung sind schwerpunktmäßig in das PRSP integriert– Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat in enger Zusammenarbeit mit anderen Gebern im Prozess der Erstellung des PRSP auf eine prioritäre Stellung von Wasser- und Sanitärversorgung hingewirkt

